

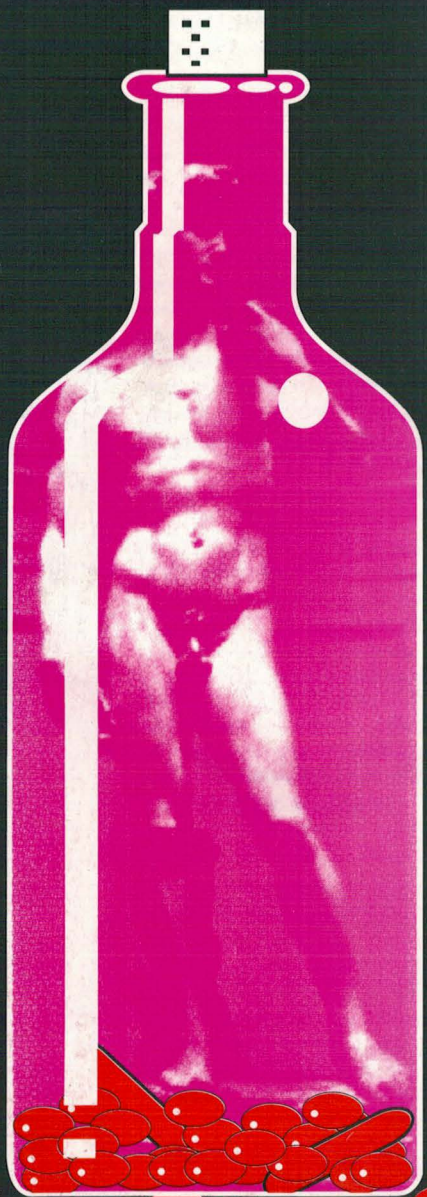
G 361 F

ISSN 0170-4613

"SOZIALISMUS ALS FEHLGEBURT?"
GESPRÄCH MIT JÜRGEN KUCZYNSKI

REFORM DER SPD:
INTERVIEW MIT BODO HOMBACH

SOZIALISMUS



Gesundheit

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT
AUSGABE 3/90 • HEFT 53 • Mai/Juni • DM 7,-

DGB-GEWERKSCHAFTEN VOR DER KRISE?

Seite 7 - 10

Der hektisch betriebene Anschluß der DDR stellt auch die Gewerkschaften vor Herausforderungen, deren Dimension schwer absehbar ist. MICHAEL WENDL vermißt eine zukunftsweisende politische Strategie in weiten Teilen des DGB und prognostiziert, daß sich über dieser Frage die Differenzen zwischen den einzelnen DGB-Gewerkschaften zuspitzen werden.

REFORM DER SPD

Seite 20 - 25

Im letzten Heft haben wir Vorschläge für eine Reform der SPD präsentiert. Zentrale These: Die Parteiförmigkeit von Politik befinde sich in der Krise. Ein radikaler Umbau der SPD sei nötig. BODO HOMBACH - Geschäftsführer der NRW-SPD - findet das ganz und gar nicht. Wir haben mit ihm diskutiert - über Demokratie, politische Rituale, SPD-Strukturen, Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften. Fazit: Hombach ist "Optimist, was die Zukunft der Parteien angeht."

GESUNDHEITSPOLITIK

Seite 27 - 34

Politik als Arbeit in Lebenswelten und an Lebensweisen zu entwickeln, war und ist erklärter Anspruch eines "Modernen Sozialismus". Mit der "Gesundheit" wagen wir in spw jetzt einen Anfang.

Seite 35

WOLFGANG SCHELTER entwickelt aus einer gründlichen Analyse der akuten Gesundheitsmisere Vorschläge für eine "tatsächliche" Gesundheitsreform aus gewerkschaftlicher Sicht.

Seite 38

NORBERT MAPPES-NIEDIEK fragt nach den Möglichkeiten der SPD, das Feld der Gesundheitspolitik anders als bisher zu bestellen.

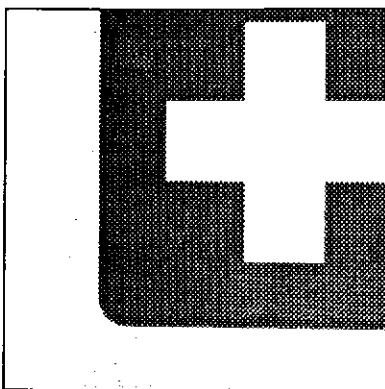
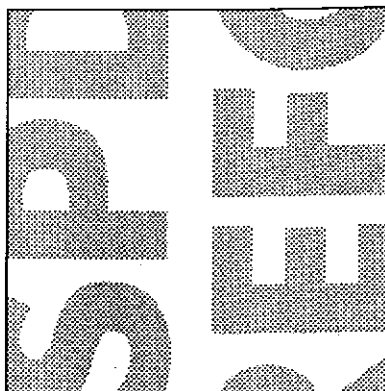
Und OLIVER BROSCCH widmet sich der linken Bewußtseinspaltung zwischen modernem Leben und traditioneller Politik, die offenbar eine öffentliche Auseinandersetzung um "Gesundheit" blockiert.

DER SOZIALISMUS ALS FEHLGEBURT?

Seite 48

Der Zusammenbruch des autoritär-bürokratischen Sozialismus spielt freilich auch in dieser Ausgabe von spw eine wichtige Rolle. Diesmal kommt ein Historiker und Zeitzeuge zu Wort, der von marxistischem Standpunkt aus die Entwicklung des Realsozialismus stets kritisch begleitet hat: Im Gespräch mit spw analysiert JÜRGEN KUCZYNSKI die gescheiterten Sozialismus-Versuche - v.a. den in der DDR. Dennoch: "Schließlich wird der Sozialismus siegen." 19

DIES MAL



PERSPEKTIVEN DER LINKEN

IMPRESSUM

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Julew Albers (Bremen),
Heinz Albrecht (Berlin-West),
Jürgen Eggert (Berlin-West),
Karin Fuchs (Wien),
Jared Hindels + (Wien),
Klaus Peter Kisker (Berlin-West),
Heinrich Lenker (Bielefeld),
Susi Mausebeck (Bremen),
Ursula Pausch-Gruber (Karlindach),
Kurt Wand (Hamburg),
Klaus Peter Wolf (Frankfurt/M.),
Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Redaktion:

Ingo Arend, Oliver Brosch, Florence Guesnet,
Jwe Kremer, Mathias Mächig, Birgit Zoerner,
Redaktionssekretär: Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:

Kieker Str. 13
5000 Köln 80
Telefon: (0221) 623227
Telefax: (0221) 612615

Verlag:

spw Verlag/Redaktion GmbH
Kieker Str. 13
5000 Köln 80
Geschäftsführung: Andreas Bach,
Michael Donnermeyer, Udo Sahl

Konto des Verlages:

Postg. Kont. Dortmund,
Kto. Nr. 324 434 66, B.Z. 440 100 46
Abzählungen
ausschließlich auf dieses Konto

- Die spw erscheint 1990 in 6 Hefen mit ca. 60 Seiten pro Heft
- Jahresabonnement DM 51,- ermäßigtes Jahresabonnement (für Schülerinnen, StudentInnen, Erwerbslose) DM 42,-
- Auslandsabonnement DM 54,-

- Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschinenschrift und mit einem ausreichenden Rand versehen sein. Wenn möglich, sollen Manuskripte auf Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden (MS-DOS, 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll, WORD oder reine ASC+Text).

ISSN 0170-4613

Copyright (C) spw-Verlag/
Redaktion Grrbtt 1990.

Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten.

Satz und Gestaltung:

Birgit Cierson & Michael Meckler/erlöh

Druck:

Nate Druck, Schwerte

1-3 Tausend Jhr. 1990

KOMMENTAR

Ralf Schmitz: SPD: Opposition findet nicht mehr statt - Bangen vor der PDS? 4

Monika Gansforth: § 218 und kein Ende 6

Michael Wendl: Die DGB-Gewerkschaften vor der Krise? 7

Gabi Behler: Frauenlos und jugendfrei? - Zur nordrhein-westfälischen Landtagswahl 11

Heide Pfarr: Rot-grün - was denn sonst? 13

Florence Guesnet: JungsozialistInnen: Neue Zeiten brechen an 15

Bertram Sauer: Gedanken zu Florence Guesnets "Linkem Patriotismus" .. 17

Rainer Bäcker: Stern über dem Morgenland 18

PARTEIREFORM

Parteireform in der Diskussion
Interview mit Bodo Hombach 20

spw special

Wolfgang Schelter:
Anforderungen an eine "tatsächliche Gesundheitsreform"
aus gewerkschaftlicher Sicht 27

GESUNDHEITSPOLITIK

Norbert Mappes-Niediek:
Die SPD und die Gesundheitspolitik der 90er Jahre 35

Oliver Brosch: Lieber reich und gesund...
Voraussetzungen für eine moderne Gesundheitspolitik 38

SOZIALSTAAT

Richard Roth: "Fortschritt 90" -
Verzicht auf die soziale Grundsicherung bedeutet
sozialpolitischen Rückschritt 42

PERSPEKTIVEN DER LINKEN

Der Sozialismus als Fehlgeburt? Ein Gespräch mit Jürgen Kuczynski 48

Mechtild Jansen: Die westdeutsche Linke & die Krise des Sozialismus 52

Ralf Schmitz*

SPD: OPPOSITION FINDET NICHT MEHR STATT - BANGEN VOR DER PDS?

Im Vereinigungswettlauf zwischen Regierung und Opposition kennt die SPD keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Dabei geht es ähnlich zu wie in der Geschichte vom Hasen und dem Igel: Wo Vogel und seine Truppe ankommen, ist Kohl schon lange nicht mehr da. Der Kanzler bestimmt Tempo und Richtung, die SPD hechelt hinterher.

Nur ein starrköpfiger Querulant aus dem Saarland beteiligte sich nicht an diesem ungleichen Wettlauf zwischen Original und Kopie - er ließ die Kohlsche Karawane samt SPD-Troß an sich vorüberziehen. Seine Versuche, beim Parforceritt zum Staatsvertrag mit Hilfe der Partei die Bremse anzuziehen, scheiterten an dieser Partei-(Ohne)Führung.

Neben Oskar - und nicht ganz so wichtig - hat man in der Baracke noch ein paar Störer des harmonischen Karawanentrosses ausgemacht: in spw schreiben sie oder geben sie gar heraus. Der Grund: Sie teilen die Neuorientierung der wetterwendischen Partei-(Ohne)

Führung nicht, daß nun der neue Hauptfeind der SPD links auszumachen sei, in der PDS. Im Ollenhauer-Haus geht ein Gespenst um. Der Chef-Aufklärer der Baracke bangt, daß "... Teile der konservativen Presse die PDS-Expansion zu dem Versuch nutzen wollen, die SPD bei gesamtdeutschen Wahlen 'weg von der Macht' und an die 30%-Grenze zu schreiben."¹

So viel ist für unseren Chef-Aufklärer klar: Gregor Gysi ist der böse Wolf, und spw öffnet ihm, naiv wie sie nun mal ist, die Tür zur sozialdemokratischen Weide. Warum hat unser Rotkäppchen eigentlich Angst vor diesem - doch arg zahnlos gewordenen - Wolf? Nun, Rotkäppchen fürchtet um die von der eigenen Politik(-unfähigkeit) enttäuschten WählerInnen, die man doch so dringend braucht, um zukünftig noch ein bißchen mitregieren zu können. Denn Gregor Gysi mit seiner sozialdemokratischen Tarn-

kappe besitzt doch die Frechheit, soziale Forderungen an die Vereinigung zu stellen. Kaum hat die Partei-(Ohne)Führung diesen zentralen Punkt sozialdemokratischer Politik für ein Viertelstündchen in Richtung Bundeskanzleramt verlassen, wildert dieser Gysi unter den sozialdemokratischen Schäfchen! Er wildert damit im ureigenen sozialdemokratischen Revier, dem "demokratischen Sozialismus" sozialdemokratischer Provenienz, was nicht mehr, aber auch nicht weniger meint als "die Politik eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz"². Gysi will den Leuten doch glatt verkaufen, daß der "demokratische Sozialismus" was mit Sozialismus zu tun hat!

Den Kern des Problems hat der Chef-Aufklärer in der Baracke erkannt: "Bemerkenswert an diesem Artikel (gemeint ist H. Dietzel, Ausgrenzung auf Dauer?, in: Sozialismus 5/1990, Anm. d. Verf.)

Freitag, 7. Juni 1990 50 Pf

Alarm in der SPD
(SED)

Von ULRICH
ROSENBAUM
Argus für SPD
Vogel links SPD
Igel denken
Bücherei zu
SED-Nachfolge
PDS noch, es ge
parischen Treib
gese Stelven
Herta Ollenhau
im verdingt w

Innerhalb der Sozialdemokratie hat es immer eine Minderheit gegeben, die sich an dem staatsorientierten, dogmatischen Sozialismus nach (altem) Moskauer Vorbild orientiert haben. Der Flügel, der bei den Jungsozialisten vergleichsweise stark war und ist, wird mit dem Etikett „Stamokaps“ (von: Staatsmonopolkapitalismus) belegt. Auf diesen Flügel innerhalb der SPD setzt offenkundig jetzt auch (wieder) die PDS in der DDR, die die Nachfolgepartei der SED ist und im Westen nach Bündnispartnern sucht. Wie sich die Partei und ihr Vorsitzender Gregor Gysi die politische Betätigung in der Bundesrepublik vorstellen, hat in einem Papier für die SPD-Organisationsabteilung in Bonn einer der itimen Kenner (und Gegner) der „Stamokaps“ und der dogmatischen Sozialisten zusammengestellt: Seine Materialsammlung vervollständigte Rudolf Hartung, SPD-Parteisekretär und zeitweiliger Juso-Bundesvorsitzender mit zehn Thesen zum Umgang mit der PDS. Wir dokumentieren die Thesen und die Materialsammlung (ohne das Kapitel „DKP“ und „Grüne“), die von Bonner Journalisten als „Geheimpapier“ der SPD-„Baracke“ ausgegeben wurden, im Wortlaut.

Frankfurter Rundschau, 12.6.90

ist, daß die Abgrenzung zur DDR-SPD wegen derer mangelnder Kapitalismuskritik stärker in den Vordergrund gerückt wird, während Unterschiede zur SPD in der Bundesrepublik eher verwischt werden.“³ Das Problem heißt also: Wie umgehen mit Konkurrenz auf dem ureigensten Politikfeld, wenn man sich mit dieser zum einen nicht politisch, sondern nur administrativ auseinandersetzen will, zum anderen mit seiner eigenen Politik Grundlagen für einen möglichen Erfolg des Konkurrenten legt? Die Antwort lautet: Behaupten, daß dieser Konkurrent zur Anpreisung seiner Ware moralisch überhaupt nicht berechtigt ist und leugnen, daß dieser eine Ware anbietet, die den Gebrauchswert der eigenen ersetzen kann.

Da dies zu dünn ist für die Auseinandersetzung mit der PDS, bleibt nur noch die Offensive: Mit aller Entschiedenheit fordert die SPD deshalb, die durch die Politik der Bundesregierung anstehende größte Enteignungswelle, die die DDR je erlebt hat, rückgängig zu ma-

chen: Die Enteignung der DDR-BürgerInnen vom gesamten Volksvermögen; oder nein: Vielleicht doch lieber nur die Enteignung der PDS. Später kann man ja noch mal nachdenken, über Verfassungsschutz, über Berufsv.... Zu den Schafen, die dem Blutausch des Gregor Gysi zum Opfer fallen könnten, zählt unser Chef-Aufklärer - ganz traditionsbewußt - die Partei- und Juso-Linke, natürlich auch spw. Sandra Rewe hat in spw-52 die PDS analysiert. Sie ist zu dem Schluß gekommen, daß die PDS die typische DDR-Partei ist: "Abgesehen von einigen heimatlosen Linken wartet hier (in der BRD, Anm.d.Red.) niemand auf die PDS."

Diese Aussage ficht das Urteil eines Chef-Aufklärers jedoch nicht an. Gibt es doch in der Baracke Menschen, die aufgrund einer spezifischen politischen Sozialisation in eben dieser glauben, sie besäßen ein Definitionsmonopol für das "Sozialdemokratische". Und das machen diese Menschen - da zu politischer Analyse nicht so sehr befähigt - am liebsten daran fest, wer mit wem im Sandkasten beim Spielen gesehen wird: Wer mit den

Schmuddelkindern spielt, fällt durchs Raster - Spielverbot in der sozialdemokratischen Liga heißt das Ziel.

Richtig bleibt jedoch weiterhin: Erstens: Der politische Hauptgegner der SPD ist die Kohlsche Karawane, deren Zug muß man bremsen und umleiten. Zweitens: Politikunfähig ist dagegen, wer nach "harten Gesprächen" im Bundeskanzleramt dort den Posten des Hausmeisters annimmt. Der Kaiser hatte noch einen Gegenkaiser, Kohl hätte einen verdient. Und dieser wiederum sollte sich nicht mit Denunzianten (West) umgeben.

* Ralf Schmitz ist Redaktionssekretär der spw.

- 1 Rudolf Hartung, Thesen zum Umgang mit der PDS in der Bundesrepublik, Bonn 28.5.1990, S. 1
- 2 W.F. Haug, Volkszeitung Nr.24 vom 8. Juni 1990, S. 9
- 3 Rudolf Hartung, Betr.: Ausweitung der Tätigkeit der PDS auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 28.5.90, S. 5

Monika Ganseforth*

§ 218 UND KEIN ENDE



Bild: Helgo Schneider

Bürgerinnenpflicht: Kinder kriegen, Maul halten: Kölner Frauen wehren sich gegen Gebärzwang

Wie kann man eine Frau zwingen wollen, gegen ihren Willen eine Schwangerschaft auszutragen? Wie kann man eine Frau bestrafen, wenn sie eine ungewollte Schwangerschaft durch einen Abbruch beendet? Welche Vorstellung von Frauen haben die Frauen und Männer, die glauben, mit dem Strafrecht das "werdende Leben" gegen den Willen einer Frau schützen zu können?

Dabei weiß doch jede und jeder, daß das Leben nicht gegen die Frau, sondern nur mit der Frau geschützt werden kann und daß zur Verhinderung von Schwangerschaftsabbrüchen Aufklärung und ein angstfreier Umgang mit Sexualität die wirksamsten Mittel sind.

Was sollen diese fast pathologischen Überlegungen, wann "das Leben" beginnt, ob mit der Verschmelzung von Samen- und Eizelle, der Einnistung des Eies oder nach drei Monaten? Wie kann man von diesen Fragen Straftatbestände abhängig machen?

Dazu fällt mir immer folgende Geschichte ein: Zwei Kirchenmänner diskutieren darüber, wann das Leben beginnt, ob mit der Verschmelzung von Samen- und Eizelle oder, oder, oder. Sie kommen zu keinem überzeugenden Ergebnis. Da sehen sie die älteste Frau des Dorfes vorbeikommen. Sie ist über 80 Jahre alt und hat

zwölf Kinder geboren. Die Kirchenmänner beschließen, dieser lebenserfahrenen Frau ihre schwierige Frage zu stellen: "Wann beginnt das Leben?" Sie antwortet: "Wenn der Alte unter der Erde und die Kinder aus dem Haus sind."

Diese Geschichte würde ich gerne den inquisitorisch fragenden FanatikerInnen zu ihrer Frage erzählen. Was führt wohl zu diesem Fanatismus? Ich vermute, daß dem Beharren auf der Strafandrohung bzw. Bestrafung eine tiefsitzende Frauen- und Sexualfeindlichkeit zugrunde liegt. Sexualität darf nur der Zeugung dienen (das ist ja auch der Grundgedanke der Moral der katholischen Kirche). Wo kommen wir hin, wenn wir freie, lustvolle, folgenlose Sexualität (bei Frauen) dulden! Wenn schon Geschlechtsverkehr, dann aber mit Folgen! D. h. Schwangerschaft bzw. Angst vor einer ungewollten Schwangerschaft. Und wenn schon ein Schwangerschaftsabbruch nicht zu verhindern ist, dann soll er wenigstens erst nach einem demütigenden Hürdenlauf stattfinden! Und dann soll er wenigstens kompliziert, schmerzhaft, belastend sein! -

Oder steckt bei den "Lebensschützern" vielleicht die unbewußte Angst hinter ihrem Fanatismus, daß ihre Mutter sie - wenn sie die Möglichkeit gehabt hätte - abgetrieben hätte?

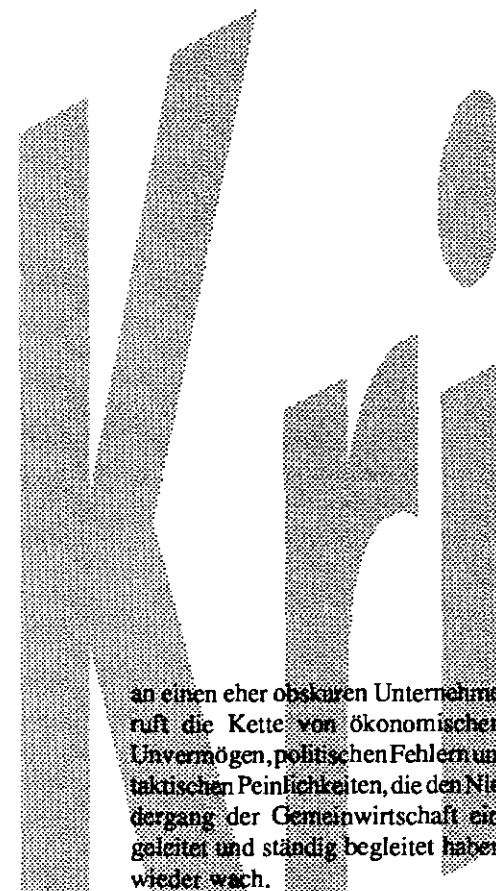
Wie dem auch sei: Auch wir Frauen wollen lustvoll und angstfrei unsere Sexualität leben können. Wir wollen, wenn es ungewollt zu einer Schwangerschaft gekommen ist, verantwortlich und selbstbestimmt mit dieser Situation umgehen. Wir wollen uns aus religiösen, ethischen oder aus welchen Gründen auch immer, für eine Schwangerschaft oder für einen Abbruch entscheiden können. Wir wollen - wenn wir uns zu einem Abbruch der Schwangerschaft entschließen - die medizinisch beste, schonendste Methode dafür haben. Es ist ein Unding, daß die Abbruchmethode davon abhängt, in welchem Land oder Bundesland man (frau) lebt. Ich bin einmal gespannt, wann die seit zwei Jahren in Frankreich eingesetzte Abbruchpille RU 486, die die Verantwortung für den Abbruch weitgehend von dem Arzt/der Ärztin auf die Frau verschiebt, den Frauen hierzulande zur Verfügung steht. Da werden sich sicher die selbsternannten "Lebensschützer" noch viel einfallen lassen, um das zu verhindern. In Memmingen und anderswo waren sie ja durchaus erfolgreich. Beinahe wäre es ihnen ja auch gelungen, durch das sogenannte "Beratungsgesetz" die Hürden noch höher zu setzen. Daß das gescheitert ist, lag sicher mit daran, daß die Regierung gefürchtet hat, dann eine Quittung bei den Wahlen zu erhalten.

Ich halte es deshalb für dringend erforderlich, weiterhin öffentlich für das Recht auf selbstbestimmte Mutterschaft und gegen jede Strafandrohung gegen Frauen in Schwangerschaftskonflikten einzutreten. Gerade vor der bevorstehenden Bundestagswahl muß deutlich werden, daß die Frauen weiterhin ihr Selbstbestimmungsrecht fordern und gegen jede Verschlechterung massiven Widerstand leisten werden. Die Demonstration am 16. Juni 1990 in Bonn soll dazu dienen und kommt gerade zur rechten Zeit.

* Prof. Dipl.-Ing. Monika Ganseforth, MdB, ASF-Niedersachsen

Michael Wendl*

DIE DGB-GEWERKSCHAFTEN VOR DER KRISE?



an einen eher obskuren Unternehmer ruft die Kette von ökonomischem Unvermögen, politischen Fehlern und taktischen Peinlichkeiten, die den Niedergang der Gemeinwirtschaft eingeleitet und ständig begleitet haben, wieder wach.

1. Ausstieg aus der Gemeinwirtschaft

Der 14. ordentliche DGB-Bundeskongreß Ende Mai markiert wichtige Zeitabschnitte für die gewerkschaftspolitische Interessenvertretung. Zum einen wird mit den Arbeitszeitkompromissen, die IG Metall und IG Medien nach zähnen und von Streiks begleiteten Verhandlungen durchsetzen konnten, bis 1996 die anvisierte 35-Stunden-Woche erreicht werden. Teile der DGB-Gewerkschaften, an der Spitze IG Medien und IG Metall haben sich als handlungsfähig erwiesen. Andererseits häufen sich die Schattenseiten der Gewerkschaftspolitik zum gleichen Zeitpunkt. Der Verkauf der Neuen Heimat Bayern

als medienwirksame Blamage eindrucksvoll in Szene gesetzt, sondern bescherte den beteiligten Geschäftsbanken kräftige Gewinne zu Lasten der Vermögen der DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften.¹

Die dadurch erzwungene Organisationsreform des DGB wurde zu einer Mischung aus organisatorischer Schrumpfung und gesellschaftspolitischen Bedeutungsverlust. Von den großen Einzelgewerkschaften wird der DGB vor Ort teilweise bereits als bloß mitzufinanzierender Ballast empfunden, wobei lediglich seine Rechtsschutzarbeit als sinnvoll angesehen wird. Die schleichende politische Demontage des DGB als Dachverband wurde durch die lähmende Prozedur der Nominierung der Bundesvorstandskandidaten in den vorhergehenden Monaten offengelegt. In der gleichen Zeit, in der die DGB-Gewerkschaften die grundlegende Erneuerung der FDGB-Gewerkschaften und die Herstellung einer organisationsinternen Willensbildung von unten nach oben forderten, verständigte sich ein "Findungsausschuß" darauf, welche Vorstandszusammensetzung den Delegierten des DGB-Bundeskongresses zu präsentieren sei. Wenn auch unwillig und mit ungewöhnlich vielen Gegenstimmen bei der Wahl des Vorsitzenden Meyer und seines Stellvertreters Fink von den Sozialausschüssen der CDU hat

der Kongreß dies nachvollzogen. Finks politische Arbeit der letzten Jahre, u.a. als Senator für Soziales und Gesundheit in Westberlin, läßt den Schluß zu, daß er sehr viel stärker als seine Vorgänger parteipolitisch akzentuierte Positionen in die Politik des DGB einbringen wird, eine Funktion, die es für den DGB schwierig macht, gegenüber der Bundesregierung insgesamt die Rolle der politischen und sozialen Opposition zu spielen.

2. Einstieg in die Währungs- und Wirtschaftseinheit

Mit der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1.7.1990 stellt sich für die Gewerkschaften die äußerst schwierige Aufgabe einer Interessenvertretung in zwei Wirtschaftsregionen mit deutlich unterschiedlichem Einkommens- und Sozialniveau. Schon heute kann davon ausgegangen werden, daß sich die "alten" Mitgliedsgewerkschaften des FDGB "paßgenau" an die jeweiligen Einzelgewerkschaften des DGB anschließen werden und sich vorher entsprechend umorganisiert oder neu gegründet haben. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß die westdeutsche Gewerkschaftsstruktur der DDR flächendeckend übergestreift werden wird, wobei der künftige Einfluß des christlichen Gewerkschaftsbundes, der in der BRD nur eine marginale Rolle spielt, ebensowenig vorhergesagt werden kann wie die Rolle ständischer Organisationen, d.h. der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) und des Beamtenbundes, die sehr früh in der DDR an der Reaktivierung konfessioneller und ständischer Vorurteile gearbeitet haben. Es liegt nahe, daß sich in mittlerer Frist eine Anlehnung an die westdeutsche Struktur der Interessenvertretung ergeben wird, daß also die DGB-Gewerkschaften die bestimmende Rolle in der Tarifpolitik und in der betrieblichen Interessenvertretung durch Betriebs- und Personalräte spielen werden. Der gegenwärtig hohe Organisationsgrad der DDR-Gewerk-

schaften (90% bei 8,6 Mio abhängig Beschäftigten) steht nur auf dem Papier und wird sich sehr schnell nach unten bewegen.

Für die künftige gewerkschaftliche Interessenvertretung ergeben sich verschiedene Handlungsebenen, auf denen sich die Probleme enorm zuspitzen. Zum einen erfordert der Umbau der DDR-Wirtschaft und die Angleichung des Rechts- und Sozialsystems an die bundesdeutsche Arbeits- und Sozialordnung eine Konzeption der gesellschaftspolitischen und makroökonomischen Regulierung eines zunächst überwiegend naturwüchsig verlaufenden Umbruchprozesses, der zu hoher Arbeitslosigkeit und damit verschärfter Lohnkonkurrenz führen wird. In der jüngsten Zeit hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) darauf aufmerksam gemacht, daß die Freigabe der Preisbildung zu erheblichen Kaufkraftverlusten der DDR-Haushalte führen wird.² Eine Steigerung des Realeinkommens unterstellt daher entsprechend höhere Steigerungsraten der nominalen Arbeits- und Sozialeinkommen. Von einem solchen Wohlfahrtsszenario wird innerhalb der DGB-Gewerkschaften trotz kritischer Stimmen offenbar ausgegangen. So erwartet auch das WSI des DGB Reallohnsteigerungen in den nächsten Jahren.

Dieser Optimismus basiert darauf, daß der Währungsunion "hohe produktivitätssteigernde Effekte" zugemessen werden, "die die DDR in die Lage versetzen sollen, etwaige Wettbewerbsprobleme, die sich aus dem aktuellen Produktivitäts- und Kostenniveau noch ergeben, relativ rasch zu überwinden"³. Diese Sichtweise ist nur möglich, wenn von der realen Verfassung der DDR-Produktionsstruktur abstrahiert wird. Die mit der BRD-Industrie nicht konkurrenzfähigen Industriesektoren der DDR werden eine solche Modernisierungschance nicht erhalten, sondern relativ rasch vom Markt verdrängt werden, sofern die BRD-Industrie qualitativ und preislich günstigere Produkte anbieten kann. Der Vertrag über eine

Währungs- und Wirtschaftsunion setzt die DDR-Wirtschaft bewußt dem Anpassungsschock an eine qualitativ überlegene und erheblich produktivere Volkswirtschaft aus.

Lediglich im Handwerk und im privaten Dienstleistungsgewerbe sind Existenzgründungen und neue Arbeitsplätze zu erwarten. Auch der öffentliche Sektor, der im Vergleich zur BRD einen um mehr als ein Drittel höheren Anteil an der Gesamtbeschäftigung hat, wird durch einen hohen Personalabbau gekennzeichnet sein, zumal Volumen und Struktur der zukünftigen Staatseinnahmen, also des Steueraufkommens, gegenwärtig kaum eingeschätzt werden können. Angesichts der zunächst niedrigen Arbeitseinkommen und der überwiegend maroden Ertragslage der Unternehmen und Betriebe muß von relativ niedrigen Staatseinnahmen ausgegangen werden.

Die Artikel 26 und 29 des Staatsvertrages verpflichten die DDR zu einer "nachhaltigen Absenkung der Personalausgaben im öffentlichen Dienst" und bei "Tarifverträgen und sonstigen Regelungen" auf die Beachtung der "Erfordernisse der Konsolidierung des Haushalts". Daß angesichts dieser Perspektiven der DGB-Bundeskongreß sich in seiner deutschlandpolitischen Entschließung "die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beider deutscher Staaten am steigenden gesellschaftlichen Wohlstand" vorstellt, kann nur mit Realitätsverdrängung und politisch verordnetem Optimismus in Sachen Einheit erklärt werden. Der DGB fordert erneut eine "wirksame Arbeitsmarktpolitik und eine Wirtschaftspolitik, mit der gezielt das qualitative Wirtschaftswachstum gefördert wird", also eine wirtschaftspolitische Konzeption, die unter erheblich günstigeren außenwirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in der BRD nie durchgesetzt werden konnte.

Gegenüber diesen unkritischen Hoffnungen hat die IG Metall erkannt, daß "mit der gegenwärtig erkennbaren ordnungspolitischen Prioritätenbil-

dung die Gefahr gewachsen (ist), daß die Vernichtung vorhandener Arbeitsplätze in den Vordergrund und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Hintergrund rückt. Die Kahlschlag-sanierung der DDR-Wirtschaft wäre mit unertragbaren sozialen Belastungen verbunden". Ausgehend von diesen Risiken fordert die IG Metall u.a. die "Konkretisierung von regionalen Beschäftigungsfeldern" durch die "Definition von regionalen Entwicklungszielen und die Erarbeitung von regionalen Bedarfsanalysen", also spezifische regionale Entwicklungspläne und -programme.⁴ Diese Forderungen stehen in merkwürdigem Kontrast zu der Hoffnung auf den produktivitätsfördernden Druck der Währungseinheit, der aus sich heraus den Rückstand der DDR-Wirtschaft schrittweise ohne größere Zerstörungen vermindern soll. Diese unterschiedlichen Einschätzungen werden jedoch in der gewerkschafts-internen Diskussion kaum argumentativ in Beziehung zueinander gesetzt, um eine breit angelegte Debatte über die notwendige wirtschaftspolitische und soziale Gestaltung der DDR-Ökonomie zu initiieren. Eine ähnliche Zurückhaltung gibt es auf dem Feld der Tarifpolitik. Während die IG Metall als inhaltliches Ziel der Tarifpolitik für die DDR "die schnelle materielle Angleichung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen in der Metallwirtschaft der DDR auf das Niveau der Bundesrepublik" sieht, sind DGB und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in einer gemeinsamen Stellungnahme davon ausgegangen, daß sich das Lohnniveau wegen der geringeren Produktivität zunächst noch deutlich unter dem bundesdeutschen Standard bewegen müsse und nur im Rahmen des Produktivitätsfortschritts entsprechend angehoben werden könne.⁵

Die Gewerkschaften befinden sich in der Tat auf einem komplizierten Terrain, da höhere Löhne in der DDR die Wettbewerbsposition gegenüber der bundesdeutschen Wirtschaft noch weiter verschlechtern können. Wird

das jedoch akzeptiert, so verbleibt die DDR in der Situation eines Niedrig-Lohn-Landes mit arbeitsintensiver Produktion und niedriger Kapitalproduktivität. Außerdem gehen von den niedrigen Arbeits- und Sozialeinkommen nur unzureichend konsumtive Anstöße aus. Insofern ist es notwendig zu versuchen, möglichst schnell das bundesdeutsche Lohn- und Arbeitszeitniveau zu erreichen, auch wenn damit die mangelnde Konkurrenzfähigkeit bestimmter DDR-Industriesektoren schonungslos offengelegt wird.

Wenn sich die Gewerkschaften darauf einlassen, auf Produktivitätsrückstände mit einer Strategie der Lohnzurückhaltung oder des Lohnverzichts zu reagieren, werden die abhängig Beschäftigten bestehende Illusionen über die "starken" westdeutschen Gewerkschaften schnell verlieren. Auch für den öffentlichen Sektor kann eine mit der prekären Haushaltssituation begründete Lohn- und Arbeitszeitzurückhaltung nur dazu führen, daß gerade die qualifizierten und mobilen Arbeitskräfte in ökonomisch günstiger gestellte Wirtschaftssektoren abwandern. Hier ist daher zunächst mit hohen Einkommensunterschieden, d.h. sehr niedrigen Niedriglöhnen für die gering qualifizierten Staatsbeschäftigten und einer finanzpolitisch begründeten Einschränkung der Tarifautonomie zu rechnen.

Es wäre über mittlere Frist ein großer tarifpolitischer Erfolg, wenn sich die DDR-Arbeitseinkommen auf zwischen 65 und 75% der vergleichbaren Löhne in der BRD einpendeln würden. Auch dies bedeutet einen hohen Lohndruck auf die Arbeitsverhältnisse in der BRD insgesamt, da auch hier die Arbeitslosigkeit wieder zunehmen wird.

Irreführend ist das Gerede von der Sozialunion aus mindestens zwei Gründen. Zum einen bedeutet die Geltung des westdeutschen Arbeitsrechts, sofern es Gesetzesrecht ist, einen relativ miesen Standard der allgemeinen Arbeitsbedingungen, da das Niveau des Gesetzesrechts von

den meisten Tarifverträgen erheblich übertroffen wird. Diese müßten aber erst entsprechend durchgesetzt werden. Zweitens sind die Lohnersatzleistungen in der BRD vom früheren Arbeitseinkommen direkt abhängig. Bei niedrigen Löhnen sinken die Lohnersatzleistungen oft unter das bedarfsorientierte Sozialhilfeniveau. Die Übertragung bundesdeutscher Sozialrechts auf die DDR bedeutet bei deutlich niedrigeren Arbeitseinkommen ein Niveau der Sozialeinkommen deutlich unter den westdeutschen Sozialhilfesätzen. Auch basieren Sozialpläne in der BRD in der Regel auf einer erheblich günstigeren Verteilungsmasse, als dies in der DDR bei Konkursen der Fall sein wird. Ist der Begriff der "sozialen" Marktwirtschaft für die BRD schon fehlplatziert, so ist seine Verheißung für die DDR nur als Verhöhnung der abhängig Beschäftigten zu werten.⁶

In der Einkommenstarifpolitik werden sich die Gewerkschaften damit auseinandersetzen müssen, daß die Arbeitgeber betriebliche Regelungen entsprechend der ökonomischen Lage des Einzelbetriebs oder Unternehmens favorisieren und solche ihren Beschäftigten anbieten werden. Sofern diese günstiger sind als konkurrierende flächendeckende Tarifverträge, werden sie von den betrieblichen Interessenvertretungen auch weitgehend akzeptiert werden.

Wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, sehr rasch flächendeckende Tarifverträge mit - im Vergleich zu der Situation am 1.7. - deutlich höheren Einkommen durchzusetzen, wird sich die Alternative betrieblicher Regelungen erheblich ausweiten und die Regelungskompetenz der Gewerkschaften aushebeln. Das Betriebsverfassungsgesetz bietet auch die rechtliche Möglichkeit betrieblicher Vereinbarungen. Für den öffentlichen Dienst wird dagegen mit tarifvertraglichen Regelungen analog dem Modell der BRD zu rechnen sein, wobei es dann unterschiedliche Lohngebiete bzw. Ortsklassen geben wird. Wie das konkret aussehen wird, kann heute nicht gesagt werden. Eine ra-

sche Anhebung auf das Einkommensniveau des westdeutschen öffentlichen Dienstes würde eine gerade im Gebiet der DDR nicht durchsetzbare "Privilegierung" der Staatsbeschäftigten gegenüber anderen Werktätigen bedeuten, zumal ein solches Einkommensniveau durch Transfers aus dem BRD-Haushalt subventioniert werden müßte.

3. Das Ende der Einheitsgewerkschaft?

Schon bei der Landnahme der DDR durch die einzelnen Gewerkschaften hatte es DGB-interne Auseinandersetzungen um die organisationspolitischen Zuständigkeiten zwischen den Gewerkschaften gegeben. Die Position der jeweiligen Gewerkschaften wird in erster Linie von ihren tarifpolitischen Handlungsmöglichkeiten abhängen. Dort wo diese objektiv oder subjektiv beschränkt sind - objektiv durch die ökonomischen Rahmenbedingungen, subjektiv durch die Konfliktunfähigkeit - wird Solidarität zwischen den verschiedenen Gruppen der Beschäftigten bzw. Nichtmehrbeschäftigten kaum herstellbar sein. Die gewerkschaftliche Interessenvertretung wird sich daher - wie in der BRD - auf die Beschäftigten konzentrieren.

Da die ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren und Regionen in der DDR rasch anschwellen werden, werden auch die gesell-

schaftspolitischen Differenzen innerhalb der DGB-Gewerkschaften deutlich zu Tage treten. In der Bundesrepublik konnten die großen Strukturverschiebungen zwischen den Wirtschaftssektoren durch die Ausdehnung der Dienstleistungsbereiche, insbesondere der Beschäftigung im öffentlichen Sektor (Ausbau des Sozialstaats), und durch sozialpolitische Maßnahmen bis Anfang der achtziger Jahre einigermaßen kompensiert werden. Die hohe Arbeitslosigkeit hat bis heute die Kerngruppen der leistungs- und politisch widerstandsfähigen abhängig Beschäftigten nur am Rande - z.B. bei der Stahlkrise - berührt. Die empirischen Befunde der Arbeitsmarktforschung

Die politischen Differenzen zwischen den einzelnen DGB-Gewerkschaften werden sich v.a. dadurch vergrößern, daß IG Medien, IG Metall, HBV und andere die gesellschaftspolitischen Herausforderungen des radikalen Umbruchs der DDR-Wirtschaft aufnehmen und sich darüber weiter politisieren.

sprechen dafür, daß in der BRD relativ große Austauschprozesse zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten stattfinden, d.h. daß über längere Zeiträume die gering qualifizierten und nicht voll leistungsfähigen Arbeitnehmer als Langzeitarbeitslose ausgegrenzt werden.⁷ Die zu erwartende Massenar-

beitslosigkeit in der DDR wird dagegen erheblich weiter in die Substanz des GesamtArbeitskörpers gehen. Insbesondere die hohe Frauenerwerbsquote wird massiv bedroht sein.⁸

Es werden daher an die Gewerkschaften rasch sehr viel weiter gehende Forderungen und Erwartungen gerichtet werden. Nur mit umfassenden industrie- und wirtschaftspolitischen Konzepten und entsprechenden gesellschaftspolitischen Strategien können die Gewerkschaften diesen

Herausforderungen gerecht werden. Nur: Die meisten bundesdeutschen Gewerkschaften sind unter günstigeren Rahmenbedingungen noch nicht einmal ihren tarifpolitischen Aufgaben nachgekommen, was insbesondere für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gilt. Die politischen Differenzen zwischen den einzelnen DGB-Gewerkschaften werden sich v.a. dadurch vergrößern, daß IG Medien, IG Metall, HBV und andere die gesellschaftspolitischen Herausforderungen des radikalen Umbruchs der DDR-Wirtschaft aufnehmen und sich darüber weiter politisieren. Die DGB-Gewerkschaften, die dies nicht tun, müssen weitergehende tarif- und gewerkschaftspolitische Vorstellungen abblocken und sich auf das "Machbare" beschränken. Ein organisatorisch und politisch schwacher DGB wird diese Gegensätze nicht weiter moderieren oder überdecken können. Eine eher pragmatisch orientierte Gewerkschaftspolitik wird jedoch versuchen, die auf alternative industrie- und wirtschaftspolitische Strategien zielenden Tendenzen innerhalb der Gewerkschaften politisch zu diskriminieren. Dies wird mit der versuchten Ausgrenzung der PDS aus dem neuen Gewerkschaftszentrum beginnen. Das bedeutet nicht nur den bewußten Abschied vom Prinzip der Einheitsgewerkschaft, sondern auch die tiefgehende politische Krise der deutschen Gewerkschaften.

* Michael Wendt ist Gewerkschaftssekretär bei der ÖTV-Bayern.

1 H. J. Schulz, Die Ausplünderung der Neuen Heimat, Frankfurt/M. 1987

2 siehe DIW-Wochenbericht 21/90, S. 294

3 H. Kühle/G. Müller, Währungsunion zwischen Bundesrepublik und DDR, in: WSI-Mitteilungen 5/90, S. 259

4 IG Metall Vorstand, Die soziale Einheit gestalten. Memorandum der IG Metall zur sozialen Ausgestaltung des Prozesses der Einigung der beiden deutschen Staaten, Frankfurt/M. 1990

5 Handelsblatt v. 12.3.1990

6 Daß manche westdeutsche Gewerkschafter gegenüber der DDR diesen Begriff ernsthaft verwenden, läßt auf eine Verwechslung von Marketing mit Interessenvertretung schließen.

7 W. Adamy/G. Bosch, Arbeitsmarkt, in: M. Kötter (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1990, Köln 1990, S. 280 ff.

8 Ch. Ochs, Frauen in der DDR, in: WSI-Mitteilungen 5/90, S. 303

Gabi Behler*

F R A U E N L O S &

ZUR NORDRHEIN-WESTFÄLISCHEN LANDTAGSWAHL

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hat ein sozialdemokratischer Landesverband zum dritten Mal hintereinander eine absolute Mehrheit in einem Landtag erreicht: Die Freude war groß in Düsseldorf am 13. Mai 1990, aber der Jubel hielt sich in Grenzen, er wirkte streckenweise etwas müde.

Immerhin: Nur ein Listenplatz wurde in Anspruch genommen (und dies nur wegen der Überhangmandate der anderen Parteien), 121 Wahlkreise wurden direkt geholt, die sog. Republikaner wurden mit 1,8% deutlich abgeschlagen, die CDU gewann praktisch nichts, die FDP verlor, die Grünen kamen mit 5% gerade 'rein. Das Wahlverhalten hat sich gegenüber der Wahl von 1985 kaum verändert - also: Alles weiter wie bisher? "You should not change winning teams", wie Johannes Rau formulierte?

In den Wochen vor dem 13. Mai klagten fast alle Aktiven über einen müden Wahlkampf. Verhaltene Kritik an der sehr unterschiedlichen organisatorischen Kraft, wie es vornehm hieß, wurde hinter vorgehaltener Hand formuliert. Die dümmliche CDU-Parole vom gehenden Sozialismus prallte nicht nur am persönlichen Renommee Johannes Raus ab. WählerInnen konnten hier auch wenig von nordrhein-westfälischer Realität entdecken, und die große Deutschlandeuphorie war längst von der Sorge um die eigene Zukunft und der Angst vor den finanziellen Konsequenzen einer Staatsgründung von oben überlagert. Trotzdem: Das Wahlergebnis enthält einige Alarmsignale für die eigene Partei.

- Die SPD verzeichnete erhebliche Verluste in ihren traditionellen Wahlbezirken, vor allem im Rhein-Ruhr-Gebiet. Dies hat sicher mit der geringeren Wahlbeteiligung zu

J U G E N D F R E I ? -

tun. Eine breite Mobilisierung der Stammwählerschaft blieb aus. Infas führt dies darauf zurück, daß der nordrhein-westfälische Wahlkampf nicht sehr aggressiv gewesen sei, daß er statt harter Abgrenzung von der Bundesregierung die Landesthemen in den Vordergrund gestellt habe. Die Frage ist, ob diese Analyse nicht zu oberflächlich bleibt.

- Die SPD hat im Vergleich zu früheren Wahlen bei jungen Wählerinnen und Wählern deutlich verloren. Die "partizipatorische Revolution" der vergangenen 15 Jahre hat hier zu höheren Ansprüchen an demokratische Beteiligung geführt, begünstigt gerade in diesen Wählergruppen andere Aktionsformen und führt eher zu einer Distanz gegenüber traditionellen Organisationen, wie sie sicherlich - jedenfalls in weiten Bereichen - auch die SPD darstellt.

- Die Republikaner sind nicht in den Landtage eingezogen. Dieses erfreuliche Ergebnis verdeckt aber deutliche Stimmenerfolge gerade auch in traditionellen Hochburgen - wie in Köln, Gelsenkirchen und Duisburg. Ihr Stimmenpotential ist längst nicht verschwunden. Sicherlich ließ das nationale Getümmel bei anderen Parteien sie streckenweise überflüssig erscheinen und damit auch ihren Stimmenanteil sinken. Sie haben aber in den Ballungsgebieten weiterhin ihre Klientel, die zumindest teilweise aus den Verlierern der Modernisierungswelle des letzten Jahrzehnts bestehen dürfte. Deren Unzufriedenheit und soziale Verunsicherung schaffen ein rechtes Stimmenpotential, das sich auch aus traditionellen SPD-Wäh-

lern rekrutiert. Sie quasi rechts liegen zu lassen, wäre eine verhängnisvolle Option für die Zukunft.

- In den katholischen Hochburgen konnte die SPD überraschend Stimmengewinne verzeichnen. Unser Wählerreservoir steigt hier kontinuierlich und langfristig an. Dies hat sicherlich auch mit dem Abschleifen traditioneller Hochburgen der großen Parteien zu tun. Aber zumindest auffällig ist 1990, daß in etlichen dieser aussichtslosen Wahlbezirke jüngere Frauen nominiert wurden, die ein anderes Image verkörperten und mit phantasievollen Wahlkämpfen Zielgruppen erreichen konnten, die im Ruhrgebiet verloren zu gehen drohen. Sie konnten offenbar Wähler und Wählerinnen ansprechen, die früher für uns nicht ansprechbar waren.

- Der geringe Stimmenzuwachs der Grünen verhalf ihnen zum Sprung in den Landtag. Damit wird das Vierparteiensystem in der Bundesrepublik (für einige überraschend) stabilisiert. Die weitgehend den Grünen zugeschriebenen Themen Umwelt, Gleichstellung der Geschlechter und Frieden/Abrüstung werden somit auch in Nordrhein-Westfalen eine neue Dynamik erhalten.

Konsequenzen:

- Wir werden gegen das nationale tümeln eigenständige Deutschlandpolitik als Friedens- und Abrüstungspolitik weiterentwickeln und darstellen müssen. Die unterschiedlichen Akzente bei den Bonner Verlautbarungen der letzten Monate haben zu Verwirrung und Orientierungslosigkeit (streckenweise je-

denfalls) geführt. Die Forderung der Länder, auch Nordrhein-Westfalens, nach "Beteiligung" am Einigungsprozeß" reicht hier nicht aus und ersetzt kein eigenes Konzept.

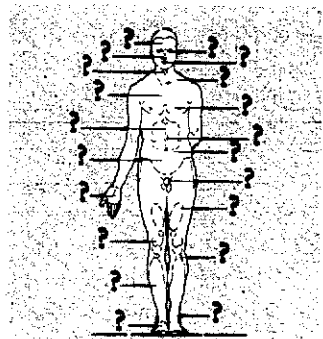
- Organisatorisch und inhaltlich müssen wir das "Hinwegmogeln über eigene Schwächen" beenden. Mit traditionellen Großveranstaltungen erreichen wir kaum noch jemanden, und der Kandidat, der in der x-ten Talkshow mitzuteilen hat, daß er bitteschön gewählt werden möge, wird höchstens noch auf diejenigen überzeugend wirken, die eh schon von ihm überzeugt sind.
- Deshalb müssen wir als Partei themenorientierter arbeiten als bisher. Dies gilt nicht nur für Wahlkampfzeiten. Insbesondere die Zukunftsthemen müssen dabei im Vordergrund stehen. Es reicht nicht, in der Umweltpolitik die besten Kompromisse vorweisen zu können, und es reicht auch nicht aus, in der Gleichstellungspolitik eine Staatssekretärin den guten Willen, aber wenig Kompetenzen demonstrieren zu lassen. Wenn ihre Arbeit dann auch noch durch die Äußerungen des Fraktionsvorstandes desavouiert wird, braucht man sich über Glaubwürdigkeit keine großen Gedanken mehr zu machen.
- Deshalb: Wir müssen in der Partei, aber auch in den Kommunen (!), partizipations- und projektorientierter arbeiten. Die Forderung ist alt, aber wenn wir ihre Umsetzung jetzt verschlafen wird das wahr, was - laut Spiegel - Johannes Rau schon angekündigt hat: Nach ihm kommt nichts mehr.
- Das traditionelle Bild von Funktoren unserer Partei wird dominiert von auch äußerlich wenig unterscheidbaren Männern um die 50 in grauen Anzügen. Bei all ihren Verdiensten: Eine SPD, die frauen- und jugendfrei wirkt, wie man es in manchen Wahlbezirken annehmen könnte, verliert ihre Mehrheitsfähigkeit. Die Frauenquote in der SPD-Landtagsfraktion ist mit 17,2% die niedrigste aller Parteien. Und deshalb wünsche ich mir, daß

wir den Teil des Volksparteikonzepts endlich ernst nehmen, der es unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung ermöglicht, sich in unserer Partei wiederzufinden. Man käme auf diese Weise auch äußerlich weg von den monolithischen Strukturen, die letztendlich nur lähmend wirken. Mal sehen, was die Landesliste zur Bundestagswahl hier an Signalen aussenden wird.

- Der Zusammenbruch des sog. real existierenden Sozialismus schafft - davon bin ich überzeugt - Freiheit für die Entwicklung von Utopien, fordert dazu regelrecht heraus. Nur mit neuer Utopiefähigkeit werden wir überleben.

* Gabi Behler gehört dem Landesvorstand der nordrhein-westfälischen SPD an.

Kritik des Gesundheitswesens



Der ganze Mensch
und die Medizin

Argument

Der ganze Mensch und die Medizin

Die Medizin-Reihe des Argument-Verlags wird als »wichtiges Forum der kritischen und oppositionellen Bewegung im Gesundheitswesen« gewürdigt. Der neue Band setzt sich kritisch mit verschiedenen, in sich sehr heterogenen Strömungen auseinander, die sich, bei aller Widersprüchlichkeit, unter dem Begriff »Ganzheitliche Medizin« zusammenfassen lassen. Trotz der teilweise gravierenden Unterschiede ist dieser Richtung doch ein distanzierendes Verhältnis zur naturwissenschaftlich orientierten Schulmedizin und ein mehr oder minder kritisches Verhältnis zur gegenwärtigen Gesundheitspolitik eigen.

Die »ganzheitlich« ausgerichteten Medizinrichtungen verstehen sich in der Regel nicht als gesell-

schaftswissenschaftlich begründet, vielmehr formulieren sie — oft von den Naturwissenschaften herkommend — ein umfassendes, alle Aspekte des menschlichen Daseins berührendes Theoriegebäude.

Einige Autoren des Bandes führen die Auseinandersetzung gerade unter gesellschaftstheoretischen Aspekten und versuchen auf diese Weise, den oszillierenden Begriff »Ganzheitsmedizin« einzuordnen.

Die erkenntnistheoretischen Ergebnisse des chilenischen Neurobiologen Maturana werden — stellvertretend für andere Entwürfe dieser Art — eingehend untersucht.

Eine weitere Diskussionsebene dieses Bandes ist die augenblickliche »Praxis der Medizin«. Plakativ gefragt: Was bedeutet es konkret, nicht mehr die Krankheit, sondern das Kranksein zu behandeln? Dabei rücken besonders das Arzt-Patient-Verhältnis und die Frage nach dem Stellenwert allgemeinmedizinischer Erkenntnis in den Vordergrund.

Aus dem Inhalt: F. Hartmann, Was kann ganzheitliche Medizin sein? — J.-U. Niehoff und R.-R. Schrader, Ganzheitliche Medizin — Perspektive oder Irrweg? — T. Brocher und C. Sies, Maturana und Psychologie — B. Guthke und E. Göbel, Gesundheit — ein Stiefkind der Arbeitskultur.

AS 162, ca. 180 S., DM 18,50

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

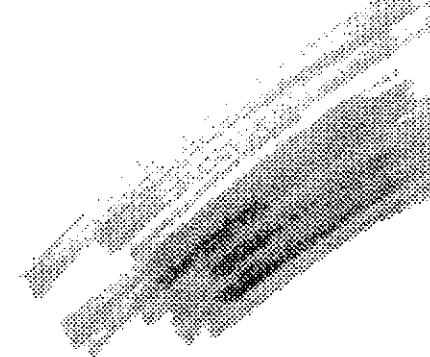
30 Jahre Argument

Heide Pfarr*

ROT-GRÜN - WAS DENN SONST ?

Es ist schon eigenartig. Da übertrifft die Berliner Senatskoalition gerade den "Haltbarkeitsrekord" des rot-grünen Bündnisses in Hessen, da wurde in München eine Stadtregierung mit den gleichen Farben gebildet, und in Niedersachsen schickt man sich an, dem Berliner Beispiel zu folgen - ausgerechnet in Berlin aber soll nun alles nach einem guten Jahr aus sein. Ein Teil der Alternativen Liste will jetzt den Ausstieg aus der Koalition. Sie seien es leid, sich "10 bis 12 Stunden mit dem Kollegen Sachzwang um die Koalitionsachse" zu drehen, die AL müsse "nicht mehr Kröten, sondern Elefanten" schlucken, so Birgit Arkenstette und Wolfgang Guckelberger in den letzten "Stachligen Argumenten", der Zeitschrift der AL.

Offensichtlich war ein Jahr genug, sind die Ergebnisse zu dünn, wurden zu viele Hoffnungen enttäuscht. Mißt man die Erfolge der Koalition an den großen Verheißungen zu Beginn, so ist in der Tat vieles nicht eingelöst worden. Die "Jahrhundert-Chance" - von der Ströbele einst sprach - ist nicht wahrgenommen worden, auch ist Berlin (West) noch lange nicht die "Modellstadt für menschliche, soziale Lösungen der bestehenden Probleme", von der Walter Momper schwärmte. Die systemverändernden Reformen sind ausgeblieben. Sie mußten ausbleiben, denn mit der Bildung einer rot-grünen Senatskoalition sind noch lange nicht die gesellschaftlichen Kräfte neu erweckt worden, die zur Durchsetzung großer Reformwerke nun einmal notwendig sind. Es scheint, daß die Koalition ihrem eigenen Ruf aufgesessen ist. Zu lange wurde sie von den Konservativen zu einem Bürgerschreck stilisiert, als daß sie nicht in Gefahr kommen mußte, selbst daran zu glauben. Der Kater folgte auf dem Fuße. In der gegenwärtigen Debatte über Fortsetzung oder Bruch der Senats-



koalition müssen die Erfolge des ersten Jahres benannt werden: Es gibt den Einstieg in eine neue Verkehrspolitik, ausbaufähige Ansätze für eine neue Frauenpolitik, wichtige Entscheidungen im Umweltschutz, die Durchlüftung des Verfassungsschutzes, bedeutende Umstrukturierungen im Justizbereich und vieles andere mehr. Nirgendwo sind die Erfolge akribischer aufgelistet worden als in dem 64 Seiten starken Rechenschaftsbericht der AL-Fraktion und ihrer Senatsmitglieder. Alle drei Senatorinnen kamen in ihrem Schlußresümee zu eindeutig positiven Ergebnissen. Auf Grundlage dieser Rechenschaftsberichte hatte sich die AL-Mitgliederversammlung noch am 18. Februar mit überwältigender Mehrheit für die Fortsetzung der Koalition ausgesprochen.

All das soll jetzt nicht mehr wahr sein. Der Kita-Streik, die geplante Ansiedlung von Mercedes-Benz am Potsdamer Platz und der deutsche Einigungsprozeß haben offenbar alles verändert. Dabei hat jeder dieser Konflikte seine eigene Geschichte; zugleich zeigte ein jeder aber auch allgemeine Defizite der Koalition und der sie tragenden Parteien auf.

Der Kita-Streik mußte an die Substanz gehen, streikten doch Erzieherinnen und Erzieher, die sich das rot-grüne Bündnis herbeigesehnt hatten und so viel Hoffnung in die neue Politik setzten. Niemand in den beiden Parteien konnte dies ungerührt lassen. Galitten hat keine Aussage

die AL. Ein Streit zwischen Gewerkschaften und SPD ist vor allem eine Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung. Dort, in den SPD-Abteilungen und -Kreisverbänden sind die Meinungen unversöhnlich aufeinandergeprallt und wurden Wunden gerissen, die nur sehr schwer verheilen. Der Senat und die Partei müssen neu lernen, daß es auch unter sozialdemokratisch geführten Regierungen Konflikte mit Gewerkschaften geben kann, die es - wenn notwendig - auch auszuhalten gilt. War dies schon für die SPD nur schwer zu akzeptieren, so galt das erst recht für die AL. Ihre "vorbehaltlose Unterstützung" des Kita-Streiks beraubte sie ihrer eigenständigen Rolle. Der Neuköllner AL-Jugendstadtrat Michael Wendt beschrieb das so: "Da eigenständige Handlungsfähigkeit sich nur über Eigenständigkeit gewinnen läßt, kann die AL sich in ihrem Verhalten weder von der SPD noch von der anderen Konfliktpartei, in diesem Fall den Streikenden und ihren Gewerkschaften, abhängig machen lassen. Wenn die AL schlicht und einfach beschließt, Forderungen in vollem Umfang zu unterstützen, dann reicht es aus SPD-Sicht natürlich, sich mit den Gewerkschaften auseinanderzusetzen, die AL stellt dann eigentlich ja nichts dar." Ganz ähnlich die Auseinandersetzung um die Ansiedlung von Mercedes-Benz am Potsdamer Platz. In ihrer vorbehaltlosen "Betroffenen-Politik" hat sich die AL bis heute nicht entscheiden können, ob sie nun denen folgt, die Mercedes-Benz überhaupt nicht in der neuen Mitte haben wollen, oder ob sie sich auf die Seite derer stellt, die eine derartige Ansiedlung unter Akzeptierung der Ergebnisse eines städtebaulichen Wettbewerbs befürworten. Bislang hüllte man sich in Formelkompromisse. Dabei hätte der Konflikt um die Planung am Potsdamer Platz als Reizpol

dafür erhalten können, wie eine demokratische Öffentlichkeit Einfluß ausüben kann. Haben doch erst die mobilisierten Städteplaner und Architekten dem Senat die Verlängerung der Fristen und den städtebaulichen Wettbewerb abgetrotzt.

Natürlich hat auch die SPD ihre Probleme mit der Formulierung einer eigenständigen Position. Nach acht Jahren Opposition war sie zu Recht stolz auf die wiedererrungene Regierungsmacht. Dabei vergaß sie aber schnell, daß es nicht reicht, lediglich Momper und dem Senat wohlgefällig beim Regieren zuzusehen, sondern daß es gilt, auch eigenständige Positionen zu formulieren und sie in der Öffentlichkeit durchzusetzen. War

Ein Anfang ist jedenfalls gemacht. Auch die Alternative Liste hätte eine Diskussion über ihre Strukturen bitter nötig. Sind doch die Zeiten endgültig vorbei, als sie noch jede Betroffeneninitiative vorbehaltlos unterstützen konnte, als AL-Wahlprogramme in Buchform lediglich eine Auflistung fast aller bekannten progressiven Forderungen darstellten. Die Mitgliedervollversammlungen erlauben sich immer noch den Luxus, mit durchschnittlich 300 Anwesenden von den Mandatsträgern ultimativ die Durchsetzung von Koalitionsvereinbarungen einzufordern, formelhaft mit dem Ausstieg zu drohen und ansonsten die Hände in den Schoß zu legen.

lassen. Dabei wird es bleiben. Die enormen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Vereinigung Berlins könnten von beiden Parteien als Chance genutzt werden, wieder gestaltend einzugreifen. Keine Stadtregierung kann dies alleine schaffen. Dazu bedarf es eines gesellschaftlichen Konsenses, den nur Parteien herstellen können. Es geht um nicht weniger als um die Fortschreibung der Koalitionsvereinbarungen, um Prioritätensetzungen im sozialen Bereich, um die Gestaltung einer neuen demokratischen Verfassung und um die Rahmensetzung für das Zusammenwachsen zweier bisher getrennter Verwaltungen. Nur wenn diese Herausforderungen auch aufgegriffen werden, kann ein Zusammenwachsen verhindert werden, können sich die Bürgerinnen und Bürger hier wie dort in den Vereinigungsprozeß einschalten und sich mit ihm identifizieren. Gegenwärtig fungieren sie lediglich als Zuschauer. Zuschauer, die angesichts der überstürzten Einigung zu Recht immer mürrischer werden.

Sowohl in der Alternativen Liste als auch in der Berliner SPD gibt es die Bereitschaft, diese Aufgaben anzupacken. Die Mitgliedervollversammlung der AL hat am 24. März fünf Arbeitsgruppen eingerichtet, die Positionen zu diesen Fragen ausarbeiten sollen. Der Landesvorstand der SPD hat am 14. Mai Kommissionen beauftragt, die Arbeitsaufträge des Landesparteitages zu erfüllen. Es wird Zeit, daß jetzt die verschiedenen Gremien gemeinsam an die Arbeit gehen. Nur die diese Koalition tragenden Parteien können ein geregeltes Zusammenwachsen organisieren. Und nur die gegenwärtige rot-grüne Konstellation hat auch nach Gesamtwahlberliner Wahlen die Aussicht auf eine stabile Mehrheit. So gilt auch in Zukunft: Rot-grün - was denn sonst?



Bild: Thomas Rausch

eine gewisse Unzufriedenheit schon während des Kita-Streiks zu bemerken, so konnte in der Deutschlandpolitik dieses Problem nicht mehr übersehen werden. Die von Bonn vorgegebene Geschwindigkeit des Vereinigungsprozesses gibt der Exekutive einen solch erdrückenden Vorsprung, daß Fraktion und Partei endgültig den Anschluß zu verlieren drohen. Deshalb mußte an dieser Stelle der Konflikt in der Berliner Sozialdemokratie aufbrechen. Die jetzt beginnende Diskussion wird mit Sicherheit zu einer Neubestimmung der Rollen von Partei, Fraktion und Senat führen.

Der nun von einigen propagierte Ausstieg ist nichts als die Flucht vor dieser längst überfälligen Reformdebatte. Mit dem Zauberwort "Tolerierung" glauben sie, zwei sich widersprechenden Grundsätzen treu bleiben zu können. Sie wollen weiterhin "Betroffenenpolitik" für jeden und alle betreiben und zugleich nicht die Verantwortung für das Scheitern einer linken Regierungspolitik übernehmen. Die Berliner SPD hat aber bereits während der Koalitionsverhandlungen klargemacht, daß sie nicht so töricht ist, sich auf das Vabanquespiel wechselnder Mehrheiten einzu-

* Prof. Dr. Heide Pfarr ist Senatorin für Bundesangelegenheiten in Berlin (West).

Florence Guesnet* JungsozialistInnen:

NEUE ZEITEN BRECHEN AN

Der Bundeskongreß der JungsozialistInnen fand vom 27. bis 29. April 1990 in München statt: der Kongreßort als Referenz vor den GenossInnen, die vor zwanzig Jahren hier die Linkswende der Jusos und deren Rolle als sozialistische Richtungsorganisation in der SPD festschrieben.

Keinen historischen Abriss der letzten zwanzig Jahre, sondern eine Darstellung der aktuellen Debatten, Positionen und Konstellationen, wie sie sich auf dem Kongreß herauskristallisierten, nimmt Florence Guesnet in ihrem Kommentar vor.

Abgesehen von dem deutschlandpolitischen Debakel - dazu später - ist es den Jusos auf ihrem Kongreß gelungen, in wesentlichen Politikfeldern zu gemeinsamen bzw. breit getragenen Positionsbestimmungen zu kommen.

Das Arbeitsprogramm, im Vorfeld von einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe erarbeitet, wurde einstimmig beschlossen. Es gruppiert sich um Projekte mit fachbezogenen Bundeskommissionen und weitere Arbeitsvorhaben des Verbandes. Zentrale inhaltliche Bereiche sind Internationales und Europa, ökologischer und sozialer Umbau, die Frauenpolitik, Jugend und Bildung (unter Einbeziehung der antifaschistischen Arbeit), Demokratische Rechte und Organisationspolitik. Zusätzlich bildet der Bundestagswahlkampf einen Schwerpunkt, wobei die inhaltliche Zuspitzung eine sehr umfassende ist: die Auseinandersetzung um die Fortschritt-90-Konzeption der Partei



Susi Möbbeck, wiedergewählt

Anschließend an eine zähe Debatte zu Fortschritt '90 wurde einhellig ein Antrag beschlossen, der v.a. in der Sozialpolitik wesentliche Verbesserungen fordert (u.a. soziale Mindestsicherung, mehr staatliche Steuerung und Regulierung für den ökologischen Umbau beansprucht und die Demokratisierung der Wirtschaft wieder auf die Tagesordnung setzt. Die Öko-Steuer wird von den Jusos nicht abgelehnt, sondern als ein Instrument für den ökologischen Umbau angesehen - aber nicht als allein-seligmachendes.

Im Bereich Antifaschismus war es erstmals seit vielen Jahren möglich, fraktionsübergreifend ein gemeinsames strategisches Herangehen zu diskutieren und zu beschließen. Dabei gelang es, die neueren Konzepte in der Jugend- und Sozialarbeit (Heitmeyer u.a.) mit traditionellen und radikalen aktionsorientierten Ansätzen zusammenzuführen.

Inhaltliches Highlight des Kongresses waren die frauenpolitischen An-

träge, die die wachsende Sachkompetenz der Genossinnen in diesem Bereich unterstrichen. Ergänzend zur Fortschritt '90-Debatte beschlossen die Jusos umfassende Reformpositionen zum frauenpolitischen Umbau des Sozialstaates. Einhellige Zustimmung fanden auch die Positionen zum § 218 inklusive Unterstützung der Demonstration am 16.6. und die frauenpolitischen Forderungen für den Bundestagswahlkampf. Ein umfassender Vorschlag zu einem Anti-Diskriminierungsgesetz lag aus dem Landesverband Bayern vor. Mit den Forderungen zu einer Anti-Diskriminierungs-Generalklausel, zur Frauenerwerbstätigkeit und zur Gleichstellung in der Familie, zum § 218 und dem Verbandsklagerecht haben die Jusos - auch für die Parteidiskussion - wegweisende Positionen beschlossen.

Weniger wegweisend und sachkompetent verlief dann die deutschlandpolitische Diskussion. Versuche im Vorfeld des Kongresses, einen ge-

zur Deutschlandpolitik zu formulieren, waren fehlgeschlagen. Das lag einerseits an divergierenden taktischen Überlegungen der verschiedenen Strömungen, andererseits - und das erscheint mir wesentlich - an dem insgesamt Unvermögen der deutschen Linken, die Geschichte und Realitäten des "realen Sozialismus" zu verdauen und dann auch noch reformpolitische Vorschläge zum Thema Deutschland zu entwickeln. Ob die Verabschiedung eines entsprechend unausgegorenen und zusammengestückelten Antrages besser gewesen wäre als die skandalisierte letztendliche Nicht-Befassung der Anträge, erscheint daher fraglich. Keine Strömung konnte ihre "eigenen Truppen" vollständig orientieren, noch weniger war es möglich, Ausstrahlung darüberhinaus zu entfalten. Obwohl man sich in ganz wesentlichen Reformfeldern einig war - europäische Friedensordnung und Entmilitarisierung, Volksabstimmung statt von oben verordneter Einheit, Priorität auf sozialverträglichen Maßnahmen etc. - wurde kein Konsens gefunden. Fraktionsegoistische Kalküle gingen so letztendlich für niemanden auf, den Schaden im Ansehen der Jusos müssen jetzt alle tragen.

Die Debatte am Sonntagmorgen zur Parteireform (als Diskussionspartner war Hans-Jochen Vogel angereist) litt unter Unausgegorenheit. Kritik an der mangelnden Demokratie, fehlenden Lebensnähe und Modernität der Partei ist der richtige Ausgangspunkt, aber noch keine Orientierung, die zu zugespitzten Auseinandersetzungen führt, vor allem nicht, wenn der Diskussion die interne Vorlaufzeit fehlt.

Insgesamt ist das wichtigste Ergebnis dieses Kongresses: die Jusos bleiben links. Dies ist an verschiedenen Ergebnissen ablesbar:

- Die inhaltlichen Positionsbestimmungen stehen für den gemeinsamen Willen, durch radikale Kritik und Reformorientierung in der SPD

für sozialistische Politik zu kämpfen, auch wenn es hierbei nicht zu inhaltlichen Glanzleistungen und Sternstunden kam. Aber wer bringt die in der Linken in der aktuellen Situation überhaupt noch?

- Die ausgebaute Stimmenmehrheit für Susi Möbbeck als Bundesvorsitzende bestätigt die prägende Rolle der marxistischen Strömung im Gesamtverband.
- Es ist den Fraktionen gemeinsam gelungen, den Vorstoß einiger weniger für eine Rechtswende der Jusos vorerst abzuwehren. Wie Ralf Ludwig (gescheiterter undogmatischer Vorsitzkandidat) kommentierte: "Der Berg kreiβte und gebar eine Maus."

Insgesamt ist eine klimatische Annäherung der linken Strömungen zu vermerken. Anzurechnen ist den undogmatischen GenossInnen ihr Verzicht auf eine antikommunistische Schlammschlacht gegen die Verbandsmehrheit. Eine Rationalisierung der Beziehungen beginnt sich abzuzeichnen. Ernsthafte Kontroversen werden zunehmend inhaltlich geführt, nach Konsens wird gesucht. Und wo das nicht gelingt, wird abgestimmt. Das Ergebnis muß der "Unterlegene" dann "ertragen". Diese Rationalisierung ist aber nicht nur höherer politischer Einsicht zuzuschreiben, sondern auch einem Zerfall der klassischen Strömungen, der durch nicht nachvollziehbares Fraktionsgebaren beschleunigt wurde.

Auch wenn die "neuen Rechten" eine verschwindend kleine Gruppe waren, die umso großspuriger ihren "Führungsanspruch" formulierte: unterschätzen sollte man deren Potential nicht. Die Schwächen der linken Strömungen sind gravierend und schaffen, werden sie nicht bald behoben, ein inhaltliches und machtpolitisches Vakuum.

Die größte Herausforderung und Chance, dieses Vakuum von links aufzufüllen, besteht in der Zusammenführung der beiden deutschen

sozialdemokratischen Jugendorganisationen.

Die jungen SozialdemokratInnen der DDR nahmen mit einer 40-köpfigen Delegation am Bundeskongreß teil. Ihre inhaltliche und kulturelle Distanz zu den Juso-Mainstreams und deren Politikformen ist groß, mit einem "organisches Zusammenwachsen" der Organisationen ist nicht ohne große beiderseitige Anstrengungen zu rechnen.

Insgesamt stellt der Juso-Bundeskongreß 1990 eine Zäsur für den Verband dar. Die inhaltlichen Identifikationspunkte mit 1969 sind erschöpft, neue sind noch von keiner Strömung entwickelt. Die Politrituale, die mit den ideologischen Debatten entwickelt wurden, bestehen weiter - aber ohne diese ideologischen Auseinandersetzungen.

Geprägt war der Kongreß von trägen bis zu wirklich langweiligen Debatten. Eine überfrachtete Tagesordnung überforderte die Delegierten, die z.B. Samstag bis nach Mitternacht durchhalten mußten. Die Beratung in Arbeitsgruppen fiel mal wieder uneingehaltenen Zeitplänen zum Opfer. V.a. in der deutschlandpolitischen Debatte führten kurzfristig verteilte Änderungsanträge zu einer totalen Unübersichtlichkeit. Solche Politikformen "waren zwar schon immer so", werden aber angesichts aktueller Demokratiebeschwörungen und den veränderten Ansprüchen nachrückender Deligiertengenerationen einfach unerträglich.

Ob die Jusos die zukünftigen Herausforderungen annehmen können, liegt in der Verantwortung der Strömungen. Die Rationalisierung der Beziehungen muß vorangetrieben werden, dabei v.a. die Fähigkeit, in programmatischen Fragestellungen gemeinsame Antworten zu finden.

* Florence Guesnet, Wuppertal, Mitglied der spw-Redaktion

Bertram Sauer*

GEDANKEN ZU

FLORENCE GUESNETS

"LINKEM PATRIOTISMUS" **

"In einem Land ohne Erinnerung ist alles möglich" - unter dieses Motto stellte Michael Stürmer vor einigen Jahren in der FAZ seine Strategie des Kampfes um die Zukunft. Nun liegt es mir fern, Florence Guesnet mit ihrem Plädoyer für "ideologische Öffnung auf dem Gebiet der 'Nation'" auch nur in die Nähe von Michael Stürmer rücken zu wollen. Jedoch wenn Stürmer im o.g. Artikel ausführt, daß im Lande ohne Erinnerung derjenige die Zukunft gewinne, der die Erinnerung füllt, Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet, kann die Herstellung von linker Diskursfähigkeit nicht darin bestehen, die Struktur der Begriffe zu übernehmen und lediglich die Konnotationen auszuwechseln.

Bei aller Sympathie für die Position "Socialisme et Republique", erst recht für den Versuch, die Debatte zu europäisieren, bleibt ein wesentlicher Unterschied zwischen "la nation" und "der Nation" immer noch der, daß bei der Konstitution von ersterer politische Gefangene befreit wurden, während für die Wiedergeburt von letzterer nicht selten welche gemacht wurden. Da es in Deutschland bekanntlich außerhalb der ArbeiterInnenbewegung kaum ausgeprägt demokratische Traditionen gibt (selbst der konservative Widerstand gegen Hitler barg ja obrigkeitstaatliches Denken in sich), besteht hierzulande wohl kaum die Möglichkeit, sich auf einen liberalrevolutionären Nationenbegriff zu beziehen. Dieser Unterschied in den demokratischen Traditionen beider Länder manifestierte sich auch in verschiedenen

Formen der Volkssouveränität beider Verfassungen. Nicht umsonst wurde in den französischen Verfassungen formuliert, daß die Souveränität beim Volke liege, während sie in

Art. 20 des Grundgesetzes vom Volke ausgeht; mensch ist geneigt, mit Brecht zu fragen: "Und wo geht sie hin?" Wenn es in der Diskussion um die Einheit darum geht, einen demokratischen Gemeinschaftssinn zu stiften, gelingt dies von links nur dadurch, daß sich die Volkssouveränität auch in

der praktischen Erfahrung des Volkes als Verfassungsgeber niederschlägt. Egal ob ein "Verfassungspatriotismus" eher konservativ wie bei Sternberger oder eher progressiv wie bei Habermas begründet wird, läßt sich dieser nur in BürgerInnenidentität verwandeln, wenn die Menschen erstmals in der deutschen Geschichte selbst über ihre Verfassung entscheiden. Vielleicht kann eine Kampagne für eine Volksabstimmung über eine neue gesamtdeutsche Verfassung der Beginn eines sich selbst verstärkenden politischen Lernprozesses sein, an dessen Ende emotional wie ratio-

Replik

nal begründeter Verfassungspatriotismus stünde. Ein solcher Verfassungspatriotismus, der sich durch die dauerhafte Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten und deren Kontrolle seitens des ganzen Volkes erst herstellt, ist dann wahrlich nützlicher als abstrakte Tugendpredigten und linke Glaubensbekenntnisse. Es ist endlich einmal angesagt, BürgerInnenidentität zur Entfaltung zu

bringen, in der jenes von Bloch in seinem "Ungleichheitstheorem" bereits problematisierte "wirtschaftlich-ideologische Restsein" aufgehoben werden könnte, damit diese ewigen "Schlupfwinkel der Reaktion" von links besetzt würden. Fragwürdigem "linken Patriotismus" kann nur mit

Wenn es in der Diskussion um die Einheit darum geht, einen demokratischen Gemeinschaftssinn zu stiften, gelingt dies von links nur dadurch, daß sich die Volkssouveränität auch in der praktischen Erfahrung des Volkes als Verfassungsgeber niederschlägt.

Tucholsky entgegnet werden: "In Patriotismus lassen wir uns von jedem übertreffen, wir fühlen international, in Heimatliebe von niemandem, nicht einmal von denjenigen, auf deren Namen das Land grundbuchlich eingetragen ist - unser ist es!"

* Bertram Sauer, Hannover, Blindenlehrer, Mitglied der SPD

** In spw-Heft 52 erschien ein Beitrag von Florence Guesnet zum Thema "Patriotismus von links?".

“Deutscher Schäferhund von ausgezeichnete Herkunft, Mutter - aus der DDR, Vater - aus der BRD.”

Anzeige in der Moskauer Wochenzeitung “Sowjetischer Zirkus”



Im Zuge der endgültigen Beseitigung sozialistischer Restbestände verändert sich auch der Umgang der Siegermächte mit den Ländern der sogenannten “Dritten” und “Vierten”- Welt. War man zu Zeiten der Systemkonkurrenz noch darauf verwiesen, den eigenen Chauvinismus nicht zu deutlich werden zu lassen, so sind diese Rücksichtnahmen nun obsolet: der neue Mercedes Reklamespot zeigt, was deutsche Männer wirklich wünschen.

Seit den Umwälzungen in Osteuropa und dem Einsetzen der Geburtswehen des neuen Großdeutschlands scheint die Welt geschrumpft zu sein. Daß es neben Europa und vielleicht den beiden anderen Zentren des Kapitals, den USA und Japan, noch sonst etwas Relevantes auf dieser Erde geben könnte, ist aus den Nachrichten und damit dem kollektiven Bewußtsein verschwunden.

Deutschland, Deutschland über alles - und dann noch das übrige Resteuropa - bezeichnen die

Grenzen der zivilisierten Welt und damit den Ort, wo die Zukunft gemacht wird.

Selbst Großteile der europäischen Linken haben sich diese Weltsicht angeeignet. Wo doch die Befreiungsbewegungen - für die man unter Einsatz der Sonntagsruhe Bleistifte und Radiergummis sammelte - sie so kläglich enttäuscht haben, indem sie sich einfach besiegen ließen, oder aber, was als noch schändlicher gilt, sich dagegen wehrten, haben sie ihr nationales oder wenigstens ihr europäisches Wesen entdeckt. So schwadroniert man gemeinsam mit Genscher und Co von einer Gesamteuropäischen Verteidigungsgemeinschaft, als ob dies das Ziel linker Friedenspolitik sei. Eine Geste nicht ohne Komik: friedensbewegte Linke streiten für die Militärorganisation der neuen Weltmacht Europa. Oder kann man wirklich soviel politische Naivität aufbringen und glauben, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft unter deutscher Führung würde eine Abrüstungsorganisation?

Vielmehr ist man sich Rechts wie Links darüber im Klaren, daß die Supermacht Europa sich verteidigen muß gegen den Zugriff “gieriger Kaffer”, denen es aus unerklärlichen Gründen einfallen könnte, sich dagegen zu wehren, den Wohlstand der “Ersten Welt” mit ihrer Armut und ihrem Leben zu finanzieren. Und da man aus Gründen des Profits modernste Waffen in die “Dritte Welt” geliefert hat und liefert - “money makes the world go round” - , muß man sich davor schützen, daß diese irgendwann gegen ihre Hersteller gewendet werden, anstatt für das gegenseitige Ab-

Rainer Bäcker

Stern über dem Morgenland

schlachten der Ärmsten der Armen benutzt zu werden. Dies sieht mittlerweile auch jeder “vernünftige Linke” ein - schließlich sitzt man ja irgendwie mit im Boot - , so daß man den in weinseligen Stunden vielbeschworenen “Internationalismus” beim Geschwafel über die “multikulturelle Gesellschaft” enden läßt (so wie man in der Sozialdemokratie ja auch immer noch “Brüder, Zur Sonne, Zur Freiheit” intoniert, ohne sich selber dabei ernst nehmen zu können - “dat is aber so jut für die Jefühle”).

Wie weit der alltägliche Chauvinismus schon wieder gediehen ist, zeigt exemplarisch der neue Fernsehspot des deutschen Automobilherstellers: des Unternehmens mit dem Stern am Kühler.

Zum Tathergang: Ein gut gekleideter deutscher Geschäftsmann entsteigt einem Flugzeug, Lärm und Chaos im Flughafen, man merkt, daß es sich um ein arabisches Land handeln muß. Nachdem er seinen Autoschlüssel in Empfang genommen hat, tritt er

auf einen belebten Platz. Noch mehr Lärm, Durcheinander, er wird geschubst, keiner nimmt Rücksicht auf unseren modernen Kreuzritter, Islamische Musik, fremdländisches Stimmenwirwar und die Hitze machen ihm zu schaffen. Ein alter Araber lächelt ihm zu, er grient kurz zurück, doch dann verzieht er angewiedert das Gesicht: er weiß, daß man diesen Muselmanen nicht trauen darf. Dann plötzlich ein Glanz auf seinem Gesicht. Er hat seinen Mercedes entdeckt. Lärm und Hitze verschwinden. Er steigt in den Wagen ein, läßt sich selbstzufrieden in den Sitz fallen, da er dem bedrohlichen Chaos entkommen ist. Aus dem off begrüßt ihn eine Stimme: “Willkommen zu Hause”.

Die Werbung zum Zeitgeist, Thema: der deutsche (europäische) Mensch und die “Dritte Welt”. Hier wird Ideologie faßbarer als in den Sonntagsreden der Politiker. In der Werbung werden Geschichten entworfen, in und mit denen man leben kann und die Gesinnung gestalten. Von daher ist der Mercedespot auf der Höhe

der Zeit. Erzählt er doch davon, daß es zwei Sorten von Menschen gibt, das erfolgreiche deutsche Einzelwesen (Produkt der heißgeliebten Individualisierung), das in seinen Waren zu sich selbst findet (“Ich fahre Mercedes, also bin ich”) - und das nur in Rudeln auftretende, lärmende, drängelnde, verschlagene Wesen Marke Halb Mensch, dem weniger Persönlichkeit zugestanden wird als einem Gefährt mit Stern an der Stirn. Hier trifft Individuum auf Masse, Kultur auf Folklore, Erfolg auf Elend.

Die Besitzverhältnisse werden dabei gleich mitgeklärt. Wo die deutschen Waren sind, da ist auch deutsche Heimat - und an der hängen wir bekanntlich mit unserem Herzblut. Die Vereinnahmung läuft nicht nur über Artikel 23.

So erzählt der harmlose Werbespot die Geschichte des modernen Kreuzzugs: der Stern wird über dem Morgenland errichtet. Und bei aller Großmannssucht offenbart er auch viel von der Angst, die das Deutsche vor dem Fremden hat. Angst, die sich geschützt wissen will, damit das Fremde nicht einmal so unverschämt bei uns auftritt, wie wir es in seinem Bereich tun. Von daher ist klar, wofür wir eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft brauchen: zur Verteidigung “unserer” Heimat hier und im Rest der Welt.

* Rainer Bäcker, Psychologe, Köln



Bild: R. Schmitz

PARTEIREFORM IN DER DISKUSSION

In spw 52 stellten Ralf Krämer, Susi Möbbeck, Karsten Rudolph und Birgit Zoerner ihre Analyse des Zustands der SPD und Vorschläge zur Reform der Partei vor. spw sprach mit Bodo Hombach über die SPD und ihren Erneuerungsbedarf.

Bodo Hombach ist seit 1979 Landesgeschäftsführer der NRW-SPD, deren Mandat zur Gestaltung der Landespolitik für weitere fünf Jahre verlängert wurde. Das Gespräch für spw führte Birgit Zoerner.

spw: Bevor ich zu den konkreten Vorschlägen zur Reform der SPD komme, möchte ich noch einmal auf die beiden zurückliegenden Landtagswahlen zurückkommen. Für beide trifft zu, daß sie im schon länger zu beobachtenden Trend abnehmender Wahlbeteiligung liegen, besonders dramatisch in der Altersgruppe der 18-24jährigen. Ich bin der Auffassung, daß die Formel von der Politikverdrossenheit dieses Phänomen viel zu symbolisch umschreibt. Vielmehr bin ich der Auffassung, daß die Parteiförmigkeit von Politik in die Krise geraten ist.

Bodo Hombach: Sicher. Es wird deutlich, und das ist spannend für die Zukunft, daß die Tatsache, ob man sich überhaupt von Politik ansprechen oder mobilisieren läßt und sich an der Wahl beteiligt, politisches Verhalten an sich schon ist. Das zu erkennen und zum Inhalt politischer Arbeit zu machen, ist eine Aufgabe. Es gilt, Be-

troffenheit zu erzeugen im doppelten Sinne: Betroffensein und Auseinandersetzung von und mit Politik und ihren Lösungen. Diese Anforderung, dieser selbstgestellte Anspruch, hat gegenwärtig noch keine Deckung in den Instrumentarien, welche der Organisation, die das in eine Kampagne umsetzen könnte, zur Verfügung stehen. Und damit ist aus meiner Sicht ein wichtiger Punkt genannt, warum der SPD die Ansprache und Beteiligung von jugendlichen bzw. jüngeren Menschen nur unzureichend gelingt.

spw: Ich denke, wir haben es mit zwei Phänomenen zu tun: auf der einen Seite mit dem Rückgang der Wahlbeteiligung gerade bei Jugendlichen, auf der anderen Seite dem Entstehen einer selbstorganisierten Gegenöffentlichkeit - letztlich also mit der Spaltung der politischen Sphäre. Dabei stellen wir fest, daß es derzeit eine starke Ab-

schottung der Partei von dieser Gegenöffentlichkeit gibt, im Gegensatz zum Anfang der 80er Jahre, als es eine Öffnung der Partei gegenüber solchen Bewegungen gegeben hat. Deshalb noch einmal zurück zur Ausgangsfrage: wenn die Parteiförmigkeit von Politik in die Krise geraten ist: Was bedeutet dies für die SPD insgesamt, aber auch für Dich und Deine Arbeit als Landesgeschäftsführer?

Bodo Hombach: Zum einen: Ich glaube, daß die SPD in der Reaktion auf Bürgerbewegungen Gefahr läuft, mit den eigenen Erfolgen nicht Schritt zu halten. Es ist ein erfreuliches Ergebnis sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik, daß der Bildungsstand breiter Bevölkerungsschichten erheblich gestiegen ist, und damit das, was unter Emanzipation verstanden wird, weiter greift; daß wir die Rechtsstellung weiter Bevölkerungsgruppen gegenüber Behörden und gegenüber Entscheidungsträgern verbessert haben, daß Sozialdemokraten die künstliche Privilegierung qua Herkunft und Formalstatus in der Gesellschaft weitgehend abgebaut haben, daß wir über eine Pädagogik der Kritikfähigkeit eine ganze Generation viel stärker daran gewöhnt haben, staatliches Handeln nach Nutzen und Sinn zu hinterfragen. Fazit: Es gibt außerordentlich positive Ergebnisse sozialdemokratischer Politik, die sowohl sozialstatistisch ins Gewicht fallen als auch im Bewußtseinsstand der Bevölkerung. Nun ist es unsere verdammte Pflicht, unsere Politik, auch Verwaltungshandeln bei Auseinandersetzungen mit Bürgerinteressen und Gruppen, daran auszurichten. Dies kommt im Verwaltungshandeln, leider auch auf der kommunalen Ebene, oft zu kurz. Nämlich da, wo ein unmittelbarer Planungskonflikt besteht zwischen Bevölkerungsinteressen und staatlicher Einwirkung. Es gibt allerdings auch einen anderen Aspekt, der uns nachdenklich machen muß. Wir haben wenig Antworten auf folgende Frage: Was passiert eigentlich, wenn sich

Bürger zusammentun, um ihre unmittelbaren Interessen gegen die Verwaltung durchzusetzen und sich dabei nicht scheuen, progressiv klingende Argumente ins Feld zu führen, obwohl es diesen Bürgern um Anliegen geht, die - auch bei gutem Willen - nicht im Interesse des Gemeinwohls liegen?

spw: Meine vorhin gestellte Frage war nicht so zu verstehen, als sei jede Form von selbstorganisierter Interessendurchsetzung per se richtig, unabhängig von ihrem jeweiligen Ziel. Es geht mir vielmehr darum, auf das Phänomen hinzuweisen, daß viele Menschen sich von Organisationen und Verbänden abwenden, vor allem aber von Parteien, und daß sich die Defizite, die sie dort sehen, nämlich mangelhafte Möglichkeiten, sich mit ihren Fähigkeiten einbringen zu können, schließlich darin widerspiegeln, daß sie sich selbst organisieren, selbstorganisiert Politik machen ...

Bodo Hombach: ... oder auch nicht!

spw: ... das ist dann die andere Seite der Medaille.

Bodo Hombach: Da muß ich nachhaken. Was heißt denn Parteiförmigkeit von Politik? Ich sehe sehr große Unterschiede in der Form des Politikmachens und auch der Außerdarstellung zwischen CDU auf der einen, Grünen, aber auch SPD, auf der anderen Seite. Sicher ist es richtig, daß jenseits dieser Unterschiede die Parteien - auch die SPD - gerade dem Gestaltungswillen junger Leute nicht in ausreichendem Maße Raum geben. Wir müssen deshalb darüber nachdenken, welche weitergehenden, neuen Partizipationsmöglichkeiten es innerhalb der SPD geben kann. Dies hängt unmittelbar mit einem zweiten Problem zusammen. Es muß nicht nur in den Parteien, sondern auch in den Verwaltungen zu einem Formwandel von Politik und Arbeit

kommen. Will die Partei dem Gestaltungswillen Platz geben, muß sie diesen Formwandel gegebenenfalls auch administrativ durchsetzen. Aber genau dieser Prozeß gestaltet sich zögerlich, undurchsichtig und damit für viele nicht nachvollziehbar. Das führt zu Frust oder aber zu Gegenbewegung vieler negativ Betroffener. Schließlich möchte ich zu bedenken geben, daß bei aller Notwendigkeit, die Partei der gesellschaftlichen Entwicklung neu "anzupassen", sich aus meiner Sicht bisher kaum eine tauglichere Institutionalisierung von politischer Partizipation ergeben hat als das Wirken in Parteien. So beobachte ich die Tendenz - viel stärker als jemals zuvor -, daß Bürgergruppen ein unmittelbares Arbeitsziel haben: die Willensbildung einer Partei zu beeinflussen. Während man in den früheren Jahren oft den Eindruck hatte, daß es so etwas gab wie die Vorstellung, man könne sich neben den politischen Institutionen durchsetzen, steht jetzt die Einwirkung auf Parteien viel stärker im Mittelpunkt. Man hat wohl erkannt, daß dies am ehesten Durchsetzungschancen eröffnet. Ein praktisches Beispiel ist die Ökologiebewegung. Sie hat sich allerdings dadurch zum Teil selbst überflüssig gemacht, daß sie die Parteien - insbesondere die Sozialdemokratie - zunächst sensibilisiert und dann konzeptionell vorangetrieben hat. Sie kann für sich in Anspruch nehmen, Motor einer solchen Entwicklung gewesen zu sein, aber die wirkliche gesellschaftliche Entfaltung kam erst, als Parteien dies in Politikkonzepten umsetzten. Ich bin deshalb Optimist, was die Zukunft der Parteien angeht, bei aller Bereitschaft zu sagen, daß die Parteien sich jetzt umorientieren müssen, damit es nicht zu einem Bedeutungsverlust kommt, den ich gesellschafts- und ordnungspolitisch für schädlich hielte.

spw: Es gibt also keine grundlegende Krise der in und durch Parteien organisierten, formulierten und letztlich

im parlamentarischen Raum umgesetzten Politik?

Bodo Hombach: Die Frage verstellt, vermutlich ungewollt, den Blick auf die eigentliche Problemstellung! Was ist politische Betätigung, welchen Zusammenhang gibt es eigentlich zwischen trockenem, rationalem Wirken - auf Papier und Antragsbasis in Gremien und Institutionen - und dem persönlichen Einbringen, über das wir vorhin gesprochen haben. Ich glaube, hier gibt es ein sehr "deutsches" Phänomen. Vor 1933 gab es - wenn ich die damalige Entwicklungsrichtung verstanden habe - diese Trennung von Kopf und Bauch, der Gefühligkeit und Emotion von der Ratio nicht. Wir hatten den roten Stadtteil, die rote Blasmusik, den roten Radlerbund, wir hatten eine rote Beerdigung, d.h. wir hatten eine Politisierung, geradezu eine kulturpolitische Durchdringung des Alltagslebens durch Politik. Die großen Debatten über die Frage "Walmdach oder Flachdach" waren hochideologisiert, das Straßentheater war noch nicht eine kleine Schau, sondern ernstgemeintes Aufklärungsbemühen von Intellektuellen. Ein Regisseur wie Eisenstein wäre vor Gram verzweifelt gewesen bei der Vorstellung, ins Programmkinno verbannt zu sein - er wollte Massen erreichen, also Massenkultur als aufklärerischer Anspruch.

Es gab eine schlimme Zäsur nach 1933, als der Faschismus diese Elemente politischer Kultur aufnahm, pervertierte und überhöhte, also Politik zur Staatsinszenierung machte. Die Reaktion der deutschen Linken war als Gegenbewegung angelegt; demonstrativ festgeschrieben in dem Satz "Emotion gleich Manipulation, deshalb gehört Emotion nicht in die Politik", übrigens ein Zitat von Helmut Schmidt (im Vorwort zu: Karl Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde). Dies hat den Politikstil einer ganzen Nachkriegs-SPD geprägt: Die Abschaffung der gesamten Vorfeldorganisationen, Kurt Schumachers SPD des "Neuen Typs", wo man Freizeitorganisationen bewußt nicht

wollte, war ein Reflex auf dieses Faschismuserlebnis. Das war für die Kriegsgeneration eine plausible Antwort, führt jedoch heute zu einem Partei- und Politikstil, den man charakterisieren muß als grau und emotions- und kulturarm. Aber die Generation, die bei den Massendemonstrationen der Friedensbewegung das Kribbeln auf dem Rücken erlebt hat, und dies im doppelten Sinne, zum einen als Solidaritäts- und Gemeinschaftserlebnis, zum anderen aber auch als politische Mobilisierung, hat viel zu wenig Angebote in der gegenwärtigen Form sozialdemokratischer Parteiarbeit. Das "Aussetzen" einer Stadtratsfraktionssitzung ist natürlich nur für einen ganz militanten harten Kern junger Menschen überhaupt denkbar, mit ganz hoher Anpassungsleistung - vielleicht durch so etwas wie Aufstiegserwartung geprägt.

spw: Ist nicht einer der Gründe für die mangelhafte Anziehung- und Bindungskraft der SPD gerade für junge Leute, daß ihre Aussagen, ihre Konzepte und ihre Politik sich durch ein hohes Maß an Diffusität auszeichnen?

Bodo Hombach: Es gibt da noch einen ganz anderen komplizierten und dialektischen Prozeß, wenn man über Parteien und ihre Integrationskraft redet. Auf der einen Seite suchen Parteien "Selbstvergewisserung", man möchte sich ja „parteilich“ definieren und identifizieren können. Man möchte sich abgrenzen können. Gerade diese Anforderung ist ein sehr kompliziertes Problem bei Volksparteien. Denn wenn ich die Bandbreite der programmatischen Gemeinsamkeiten in einer Volkspartei immer enger ziehe, also programmatische Identität profilieren und damit zwangsläufig auch stärker polarisieren, dann schaffe ich zwar eine hochgradig identitätsstiftende Plattform für wenige; doch der Anteil derer, denen ich damit sage: "Du gehörst eigentlich nicht dazu", nimmt zu. Das ist das

Problem. Die Bestimmung dessen, was eigentlich identitätsstiftend ist, womit jemand übereinstimmen muß, um von sich sagen zu dürfen: "Ich bin Sozialdemokratin" oder "Ich bin Sozialdemokrat", das müssen wir nach meiner Meinung neu justieren. Denn wir haben ein Übermaß an definitorischem Ballast, was Sozialdemokratie sein soll - bis hinein in Detailregelungen, in denen durch Mehrheitsbeschluß geregelt wird, was sozialdemokratisch ist und was nicht ...

spw: ... was aber niemand wahrnimmt ...

Bodo Hombach: ... und was ja Element dieser Untugend ist. Dieses unverbindliche Ritual, diese Antragsparaden auf Parteitag, wo dann seit vielen Jahren derselbe Antrag fortgeschrieben und immer weiter entwickelt, d.h. textlich umgeschnebelt wird, sind ohne Bezug und Rückkoppelung zur Realität. Die Frage, was ist zwischenzeitlich damit geschehen, inwieweit haben wir Realität beeinflußt, ist nicht unbedingt Bestandteil des Parteitagsrituals. Dies ist für mich ein hohes Maß an Entfremdung, die übrigens mit der Sprache beginnt. Von daher kann ich eine Generation sehr gut verstehen, die diese Formeln kaum liest, sondern die wissen möchte "Was habt ihr heute getan zur Lösung des praktischen Problems?"

spw: Auf diese Formel gebracht läuft Politik andererseits Gefahr, sich im pragmatischen Klein-Klein zu verlieren. Parteien müssen heute vielmehr unter veränderten Bedingungen, unter einem ganz anderen Anforderungsdruck Politik gestalten als noch vor 15 Jahren, nämlich unter dem Druck der Probleme, die Ulrich Beck mit dem Begriff "Risikogesellschaft" umschrieben hat. Politik muß heute Lösungen für die globalen Probleme finden und durchsetzen. Im-

mer mehr Leute sind nun deshalb enttäuscht von traditioneller Politik, weil sie - meiner Meinung nach zu Recht - der Auffassung sind, daß die Parteien viel zu wenig Gestaltungswillen zur politischen Lösung dieser Probleme entwickeln.

Bodo Hombach: Ich bin natürlich bereit, mit Jusos und anderen Gruppen in der Partei zu überlegen, wie die Arbeit in der Partei sein muß, damit sie Spaß macht, damit sie zeitgemäß und mehrheitsfähig ist. Was ich aber überhaupt nicht teile ist, wenn am Anfang einer solchen Überlegung die These steht: Parteien verlieren immer mehr an Zustimmung. Ganz im Gegenteil: Ihr habt durch Eure Untersuchung 'Vergleichszahlen gewonnen, die belegen, daß nach dem Krieg die Parteien - bei Jungen und bei Alten - viel stärker in Mißkredit waren, als sie es heute sind. Wir müssen auch sehen, daß wir gerade in Deutschland eine unheilvolle Tradition der bürgerlichen Ablehnung gegen das Politische und gegen Parteien schlechthin haben.

Dennoch haben Parteien durchaus Chancen, akzeptiert zu werden als unverzichtbarer Bestandteil demokratischen Wirkens. Ich will damit nicht den Veränderungsdruck wegreden, sondern ich will die apokalyptische Vision („Immer mehr Menschen wenden sich ab...“) wegräumen, weil diese lähmt und überhaupt keine Chance bietet, sich mit Parteien zu bewegen, sie zu verbessern und zu verändern. Um einem Einwand, der auf der Hand zu liegen scheint, direkt zu entgegenen: Meiner These widerspricht auch nicht die heute im Vergleich zu den 50er Jahren abnehmende Wahlbeteiligung, denn der gesellschaftliche Druck auf das "Wahlgehen" war in den 50er Jahren wesentlich höher als heute. Im Zusammenhang mit dem vorhin schon angesprochenen Emanzipationsprozeß ist der normative Wert des "Wahlgehen-Müssens", weil es anständig und alles andere unanständig ist, immer mehr geschwunden. „Wahlenthaltung“ ist auch politischer Ausdruck geworden - leider.

spw: Dem letzteren stimme ich zu, doch gerade der relative Erfolg sozialdemokratischer Politik, der damit verbundene Ausbau des Sozialstaats und des Bildungssystems, führt doch heute dazu, daß die Menschen, die sich auf der Grundlage dieser Politik Kompetenzen vielfältigster Art aneignen konnten und angeeignet haben - auch in ihrer alltäglichen Praxis, in der Auseinandersetzung mit Umweltproblemen oder Unterentwicklung der Dritten Welt - sich in Politik, wie sie heute Parteien prägt, nicht mehr wiederfinden können. Hier entwickelt sich ein zunehmender Widerspruch: zwischen einerseits den Beteiligungs- und Mitgestaltungswünschen der Menschen und auch ihren individuellen Fähigkeiten dafür sowie dem wachsenden Anforderungsdruck an Politik, andererseits den Möglichkeiten zur Partizipation in Parteien und an Politik. Auch das Profil der SPD ist nicht so, daß Leute den Eindruck haben, da lohnt es mitzumachen - und vor allem: dort können wir uns einbringen und etwas verändern. Du hast vorhin die Rituale auf Parteitag angesprochen. Nach meiner Meinung sind diese auch deshalb so unerträglich, weil real dort keine Auseinandersetzung um inhaltliche Fragen stattfindet - diese sind schon vorab "geklärt" - und weil wenig in der Umsetzung von Beschlüssen passiert, z.B. durch die Fraktionen der SPD.

Bodo Hombach: Es ist trivial und dennoch richtig: Wer Lebendigkeit in der SPD will, der muß die Chancen schaffen für möglichst viele, sich in die Partei "einbringen zu können", wie Du dies nennst. Das bedeutet natürlich auch: Anerkennung und Einbeziehung der Vielfalt der Meinungen und Lebensstile in der Partei. Das ist notwendig, aber nicht das Wichtigste. Wesentlich ist, daß eine Partei es schafft, für eine Mehrheit der Bevölkerung überzeugende Politikangebote zu formulieren. Die sie dann ausstattet mit der Macht, die Gesellschaft entscheidend zu gestal-

ten. Nicht die Nabelschau, nicht die Binnenstruktur, nicht die Frage "Wie erlebt ein Aktivist - maximal 2% der Bevölkerung - die Partei von innen?" ist für mich das Wichtigste, sondern die Antwort auf die Frage: „Wie können Parteien Mehrheiten bilden und für Mehrheiten richtige, d.h. interessensadäquate Politikkonzepte anbieten?“ Also: Wie wird die SPD von außen gesehen?

spw: So sehr ich die Mehrheitsbildung für ein zentrales Ziel von Politik halte, so sehr stellt sich die Frage: Mehrheitsbildung für welche Ziele? Konkret am Beispiel der ökologischen Frage nachgehakt: Wie groß war der Stellenwert der SPD für die Veränderung gesellschaftlichen Bewußtseins in diesem Politikbereich?

Bodo Hombach: Gerade in Bezug auf die Ökologie sage ich, daß es der SPD in bemerkenswerter Weise gelungen ist, Innovation in der Formulierung ihrer Politikkonzepte zu entwickeln - deutlichstes Beispiel hierfür ist die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Die SPD mußte zunächst einmal propagandistisch begründen, warum Wachstum und Ökologie für reale Politikkonzepte keine Gegensätze sind und warum ökonomisches Wirken und ökologische Interessen kompatibel und damit vernünftig handhabbar sein können. Die SPD hat Wege gefunden, mit Hilfe der Industriegesellschaft ökologische Ziele durchzusetzen. Ich glaube, daß die wesentliche Aufgabe der SPD in den letzten Jahren darin bestanden hat, Interessen zusammenzuführen, Gemeinsames zu formulieren: Dies halte ich übrigens für ein Zukunftsmodell. Denn jeder Mensch hat heute so viele Partikularinteressen, daß es die große Aufgabe der sozialdemokratischen Partei ist, hier Verknüpfungen herzustellen, Bündnisse zu formieren, zu institutionalisieren und vor allem politisch handlungsfähig zu machen. Darin liegt die Modernität und der Reiz eines integrativen Poli-

tikkonzeptes, das Klügere als ich „Versöhnen statt Spalten“ nennen und das - von der SPD verstanden und angewandt - zur Mehrheit führt. Hinzu kommt natürlich die Anforderung, daß in der SPD eine Plattform geschaffen werden muß, die es ermöglicht, Innovatives zu Gehör zu bringen. Dazu gehört ein höheres Maß an Konfliktbereitschaft und -fähigkeit. Daß der Ortsverein allein mit einer solchen Debatte überfordert wäre, wissen wir alle aus Erfahrung.

spw: Haben wir es nicht in der Partei damit zu tun, daß in ihr das Mehrheitsprinzip mit Demokratie verwechselt wird, daß das Prozeßhafte von Demokratie ausgeblendet bleibt? Findet nicht Konsensbildung - ich würde sogar sagen, erst einmal Meinungsbildung - in der SPD auf eine Art und Weise statt, daß ein Diskussionsprozeß überhaupt nicht mehr stattfindet? Ist es nicht üblich in der SPD, daß - bevor überhaupt eine Auseinandersetzung stattfindet - die jeweils relevanten Kräfte in der Partei sich auf ein Ergebnis einigen, das vielfach zu einem dicken Brei führt. Wäre es nicht sinnvoller, sich über verschiedene Positionen mit aller Deutlichkeit auseinanderzusetzen und so auch nach außen eine lebendige Partei zu verkörpern? Nur so würde Demokratie wirklich als Prozeß erkennbar.

Bodo Hombach: Es ist zum einen völlig richtig beobachtet. Denn welcher vernünftige Mensch will leugnen, daß die Konsensbildung oft nach kaum nachvollziehbaren Ritualen verläuft, daß die Debatte nicht transparent, nicht offen ist ...

spw: ... und häufig Selbstzweck ist ...

Bodo Hombach: ... aber auf der anderen Seite auch falsch! Denn man muß sich einmal vor Augen halten, mit welcher Geschwindigkeit die SPD in den letzten zehn Jahren eine An-

passung an gesellschaftliche Veränderungen vollzogen hat. Daß bei dieser Art Meinungsbildung eine bestimmte Generation, nämlich die Nachkommen der Studentenbewegung, die damals keinen Platz fanden und heute noch keinen organisierten Platz gefunden haben, möglicherweise abgekoppelt wurde, daß Sorgen und Nöte, neu entstandene Überlegungen junger Menschen nicht nachweisbar Raum gefunden haben, will ich nicht bestreiten.

spw: Die Debatte um eine Erneuerung der SPD ist wohl so alt wie die SPD selbst. Es hat auch in letzter Zeit einige Ansätze gegeben, so z.B. durch Peter Glotz. Die schärfste Kritik kam sicherlich von Wolfgang Michal, formuliert in seinem Buch "SPD - staats-treu und jugendfrei!"

Für mich ist die SPD allerdings nicht mehr reformierbar innerhalb ihrer jetzt bestehenden Strukturen, nicht mehr anpaßbar an die von uns eben schon diskutierten veränderten Ansprüche an Politik. Der Ortsverein wird ja immer noch als das "gesunde Herz" der Partei betrachtet - meiner Meinung nach fälschlicherweise, denn das politische Leben dort ist vielerorts durch Apathie gekennzeichnet. Ich bin der Meinung, daß der Ortsverein, daß die bestehende Struktur der Partei, die auf einem straffen Territorialprinzip beruht, viel zu wenig Spielraum für eine effektive themen- oder projektorientierte Arbeit bietet. Festzustellen ist, daß die Ortsvereine - angesichts zunehmender Mobilität und Diversifizierung der Interessen der Bevölkerung - immer weniger einen politischen oder sozialkulturellen Zusammenhang der Mitglieder widerspiegeln können. Unser Vorschlag ist deshalb, daß bestehende und neuzuschaffende themen- und zielgruppenorientierte Arbeitsgemeinschaften mit den Ortsvereinen gleichzustellen sind. Denn nur innerhalb solcher Strukturen ist eine inhaltliche Qualifizierung von Mitgliedern möglich, die wiederum

Voraussetzung ist für die programmatische Weiterentwicklung der SPD. Uns geht es nicht um eine Strukturveränderung der Veränderung wegen, sondern darum, den skizzierten Anforderungen gerecht zu werden, letztlich eine programmatische "Aufladung" der Partei zu erreichen, die schließlich die Handlungsfähigkeit der Partei erhöht.

Bodo Hombach: Wir haben in NRW sehr früh, vor zehn Jahren, geprüft, wie eigentlich das Ortsvereinsleben von innen aussieht, welche Funktion es hat. Und wir haben damals in einer kritischen Debatte eine Reihe von Konsequenzen gezogen, beispielsweise was die Frage der verbesserten Informationen, die Frage der Partizipationsmöglichkeiten und eine Reihe anderer Aspekte angeht.

Der Ortsverein hat seine Schwächen. Aber noch größere Schwächen hat das, was wir unter Arbeitsgemeinschaften subsumieren. Mit dem, was der Ortsverein leistet, an Leuten umfaßt, bewegt und an politischer Aktivität entwickelt, können sich die Arbeitsgemeinschaften nicht vergleichen. Dies ist ein eher vordergründiger Aspekt, hinzu kommt jedoch, welche öffentliche Wirkung, welcher Beitrag zum innerparteilichen Leben, zur Meinungsbildung, durch den Ortsverein geleistet wird. Das ist immer noch wirkungsvoller als das, was zum Beispiel unsere Arbeitsgemeinschaftsstruktur leistet, die nach meiner Meinung genauso überdacht werden muß wie die Ortsvereinsstruktur. Häufig ist festzustellen, daß Arbeitsgemeinschaften den Zugang für bestimmte Zielgruppen nicht leichter machen, sondern sogar erschweren. Vielfach sagen Leute: "Zur SPD kann ich mich bekennen, aber das, was diese Arbeitsgemeinschaft da macht, in die ich ja eigentlich sollte, weil ich weiblich bin, oder jung oder Arbeitnehmer, das will ich nicht" ...

spw: ... was es genauso umgekehrt gibt ...

Bodo Hombach: ... was ich jedoch bei weitem nicht so oft höre. Ich glaube also, daß die bisherige Form der Parteiarbeit Probleme hat, nicht nur ein Teil der Struktur. Die Jusos täten m.E. gut daran - bei aller berechtigten Kritik an der Partei und ihrer Struktur - zu fragen, ob sie Zugang zu jungen Leuten gefunden haben. Ob sie die Interessen von Jugendlichen widerspiegeln, ob sie die Interpreten von Jugendinteressen in der Partei sind, ob sie von der Jugend als Gesprächspartner akzeptiert werden ... Davon sind die Jusos zu weit entfernt - bei aller Bereitschaft zu sagen, es ist ein gemeinsames Problem der Partei, nicht nur der Jusos, Jugendliche anzusprechen.

spw: Was Du hier beschreibst, hat zum einen zu tun mit dem gegenwärtigen Verhältnis von Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften, zum anderen mit den Möglichkeiten, Einfluß zu nehmen auf Entscheidungen, auf Politik!

Bodo Hombach: Zu diesem letzten Punkt: Ich möchte noch einmal auf unseren gemeinsamen Ausgangspunkt zurückkommen. Wie geht eine Partei damit um, daß die zweitstärkste Partei nach ihr die der Nicht-Wähler ist.

Es ist nicht das Hauptproblem der SPD, daß in der Partei intellektuell fundierte Positionen, Analysen, Perspektiven und Vorschläge nicht Platz fänden oder nicht gehört würden. Die, die sich artikulieren können, die Zugang zu Medien haben, werden auch in der Partei massenhaft gehört. Die Partei fixiert sich geradezu auf die Aufnahme solcher Positionen, sie ist fast schon zu wendig geworden. Das Bild vom "Tanker" - wenn es denn gestimmt hat - stimmt so heute nicht mehr. Eher kann man der Partei den Vorwurf machen, daß sie mitunter auf leise Brisen schon mit Kurskorrekturen reagiert. Es fehlt oft die klare Linie und die Plausibilität von Politik. Das Problem ist auch, daß diejenigen

Leute zu wenig gehört werden, die sagen: "Die machen doch sowieso, was sie vorhatten und was sie wollen", oder die sagen: "Leute wie ich, die nicht so gut reden können, finden da sowieso kein Gehör". Die große Gruppe der Nicht-Wähler sind Menschen, die sich allein gelassen fühlen mit ihren Sorgen und Problemen und die nicht mehr das Gefühl haben, daß die Parteien davon noch ein bißchen aufnehmen oder gar zum Thema ihrer Politik machen. Die große Gruppe derjenigen, die Gefahr läuft, den Anschluß an den gesellschaftlichen Prozeß und auch an den ökonomischen Fortschritt zu verlieren, verliert nun auch zunehmend den Anschluß an die politische Gestaltung. (Die andere Gruppe der Nicht-Wähler, die hochpolitisiert ist, der die Parteipolitik zu unbeweglich ist und die aus politischen Gründen nicht zur Wahl geht, ist sehr klein, ich halte sie zahlenmäßig fast für vernachlässigbar.) Woran es fehlt? Daß die Partei diese Gruppe der Bevölkerung politisch aufnimmt und personell repräsentiert. Deshalb halte ich es für den zentralen Auftrag von Parteien, die unterschiedlichen sozialen Gruppen, die unterschiedlichen Bildungsschichten, die unterschiedlichen Zugänge zu Politik wieder stärker zu repräsentieren. Auch dabei schätze ich ortsnahe Strukturen der Kommunikation sehr hoch ein.

spw: Also kein struktureller Reformbedarf, vielmehr nur ein bißchen "face-lifting" für die Partei?

Bodo Hombach: Natürlich viel mehr als „face-lifting“! Aber im ersten Schritt: Über zusätzliche Arbeitsformen nachdenken. Eine Alternative zu parteilichen Gremien und Strukturen - seien sie territorial oder seien sie zielgruppen- bzw. themenorientiert in deren Rahmen man unterschiedliche soziale Gruppen zusammenführt und dort konsensbildend wirkt, eine Alternative dazu gibt es noch nicht. Bessere Formen müssen erst geprobt

werden, bevor alte über Bord geworfen werden. Die Vorstellung, daß eine Partei z.B. einen Öko-Kader hat, einen nächsten, der sich für Arbeitnehmer und Gewerkschaftsrechte stark macht, eine weitere Gruppe, die feministische Aktivitäten betreibt, diese sich aber lose auf dem Parteitag wieder-treffen, ist mir noch fremd. Denn die politische Sozialisation, über dieses spezielle Interesse hinaus sich mit anderen sozialen Gruppen oder Altersgruppen an einen Tisch zu setzen und Konsensbildung zu betreiben, muß in der Partei früher beginnen. Daß der Ortsverein hier umfassende Hilfe benötigt, ist unbestritten, aber im Verhältnis zu anderen Möglichkeiten der politischen Aktivität ist er gegenwärtig noch am tragfähigsten oder, wenn man so will, am reformfähigsten.

spw: Bodo, Du bist einer der jüngsten Abgeordneten der SPD im neugewählten Düsseldorf Landtag. Verkörperst Du damit die Erneuerung der NRW-SPD?

Bodo Hombach: Nun, ich hoffe, daß ich einen Teil dazu beitragen kann, daß wir eine sinnvolle Verknüpfung zwischen Kontinuität und nötigem Neuanfang finden. Dies ist für mich die Aufgabe, der ich mich in besonderer Weise widmen möchte.

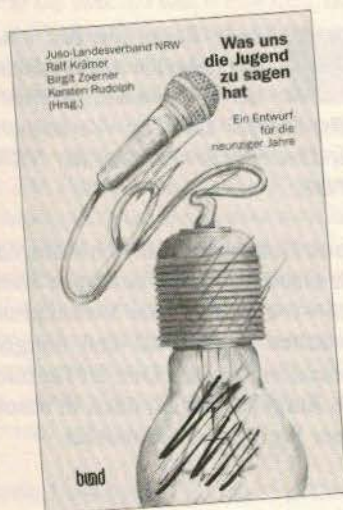
spw: Bodo, wir danken Dir für dieses Gespräch.

¹ Gemeint ist die Untersuchung der JUSOS-NRW, deren Ergebnisse im Bund Verlag veröffentlicht wurden, in: Was uns die Jugend zu sagen hat, hrsg. von Ralf Krämer, Karsten Rudolph und Birgit Zoerner, Köln 1989

Was uns die Jugend zu sagen hat

Was denken Jugendliche heute über wesentliche Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens? Warum ist ihr Interesse an Parteien so gering, wie gehen sie mit den neuen Medien um? Zu diesen (und anderen) aktuellen Fragen wurden Jugendliche im Alter zwischen 17 und 24 Jahren im Auftrag der SPD in NRW befragt. Dieses Buch gibt ihre Meinungen, Ideen und Wünsche zu aktuellen Themen wie Umwelt, Computer, Medien, Schule, kulturelles Leben u.a.m. wieder. Befragungsergebnisse werden aus der Sicht junger, führender Sozialdemokraten interpretiert und in politische Perspektiven umgesetzt.

Soeben erschienen!



Juso-Landesverband NRW
Ralf Krämer, Birgit Zoerner,
Karsten Rudolph (Hrsg.)
Was uns die Jugend zu sagen hat
Ein Entwurf für die neunziger Jahre
Mit einem Nachwort von
Bodo Hombach
172 Seiten, kartoniert 19,80 DM
ISBN 3-7663-2184-6

Informationen über unser Verlagsprogramm senden wir Ihnen gern. Bitte verlangen Sie das »Bund-Journal«.

Bund-Verlag · Abt. Info
Hansestr. 63 A · 5000 Köln 90

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die "Blätter" sind die auflagenstärkste und meistabonnierte politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift in deutscher Sprache.

Sie analysieren wesentliche Fragen der deutschen und der internationalen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Zeitgeschichte und Kultur.

Und sie bieten neben einer monatlichen Chronik einen ausführlichen Dokumentationsenteil.

In Heft 6'90 u.a.:

Klaus Naumann Wahlfucht?

Arthur Heinrich Souveränitätswahn

Werner Liedtke, Irene Runge, Christiane Schindler, Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Templin und Vera Wollenberger

DDR - Erblast und Mitgift

Thomas Fues, Barbara Unmüßig und Ludger Volmer
Entwicklung ist mehr als Überleben

Todd Gitlin Kopfsprung in die Geschichte

Micha Brumlik Verfassungsgebungspatriotismus

Frank Deppe Die Intellektuellen, das Volk und die Nation

Heinz Thüer Der Herausforderer - Ein Portrait des Kandidaten Lafontaine

Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches im Wortlaut

Die **Blätter** werden herausgegeben von
Rudolf Hickel, Jörg Huftschmid, Walter Jens, Gerhard Kade, Walter Kreck, Reinhard Kühnl, Claus Leggewie, Paul Neuhöfer, Ute Osterkamp, Manfred Pahl-Rugenstein, Jens G. Reich, Helmut Ridder, Rainer Rilling, Irene Runge, Friedrich Schorlemmer, Gerhard Stuby, Marie Veit, Rosemarie Will

ANFORDERUNGSCOUPON

- Schicken Sie mir ein kostenloses Probeheft.
 für 10 DM die beiden nächsten Hefte zum Kennen lernen (Scheck -oder- Briefmarken-lege ich bei)
 Ich möchte abonnieren! Zum Preis von jährlich DM 78,60 (SchülerInnen, StudentInnen... DM 66,60) incl. Versandkosten; für BezieherInnen in der DDR 78,60 (bzw. 66,60) M-DDR.

Name, Vorname

Wenn ich in den nächsten 10 Tagen einen Widerruf an die Bestelladresse abschicke, wird meine Bestellung rückgängig gemacht!

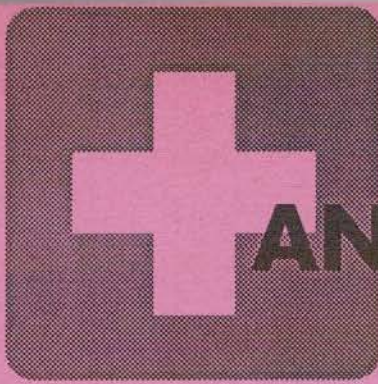
Straße

PLZ/Wohnort

Datum/Unterschrift

Datum/Unterschrift

Blätter Verlagsgesellschaft
Bertha-von-Suttner-Platz 6, 5300 Bonn 1
Telefon 0228 / 65 01 33



Wolfgang Schelter*

ANFORDERUNGEN AN EINE "TATSÄCHLICHE GESUNDHEITSREFORM"

aus gewerkschaftlicher
Sicht

Gesundheitspolitik reduziert sich in der Sichtweise der mit der Gestaltung und Umsetzung betrauten Entscheidungsträger häufig auf Kostendämpfungspolitik. Eine solche Politik ist perspektivlos und reformfeindlich, weil sie unsinnige Parzellen des Systems der Gesundheitsversorgung als unveränderlich akzeptiert. Ein Nachdenken über eine tatsächliche Gesundheitsreform muß die Prämissen der traditionellen

Gesundheitspolitik in Frage stellen. Nicht die Frage der Kosten der Gesundheitsversorgung steht im Vordergrund, sondern die Zielbestimmung der Gesundheitspolitik:

Jeder Mensch muß unabhängig von seinem Einkommen die bestmögliche Versorgung im Krankheitsfall erhalten und einen optimalen Schutz vor Risiken, die zu Erkrankungen führen, genießen.

Erst nach einer Zielbestimmung stellt sich die Frage nach der Finanzierbarkeit und damit untrennbar verbunden die Frage nach den Strukturen der Gesundheitsversorgung. Das Gegenteil ist aktuelle Politik. Spätestens seit Ende der siebziger Jahre sind die Kosten des Gesundheitswesens fast einziger Gegenstand der Gesundheitspolitik. Durch die Kostendämpfungsgesetze von 1977, 1981, 1982, 1983 wurde den Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung immer mehr "Selbstbeteiligung" aufgebürdet. Den vorläufigen Höhepunkt stellen die durch das **"Gesundheitsreformgesetz"** in Verbindung mit massiven Leistungskürzungen eingeführten Zuzahlungen dar, auf die ich hier nicht im einzelnen eingehen muß. Ausgangspunkt der Reform waren die steigenden Beiträge der Krankenkassen. In der Tat hatte sich der durchschnittliche Beitragssatz insgesamt von

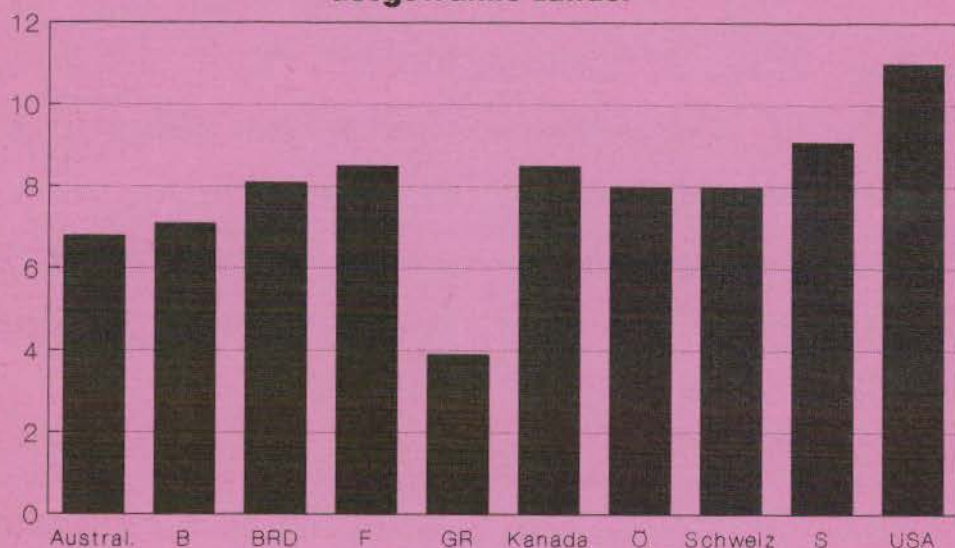
1970 8,20 v.H. der Bemessungsgrundlage,
1980 11,38 v.H. auf
1988 12,90 v.H. erhöht.

(Quelle: Daten des Gesundheitswesens, Band 159, BMJFFG, S. 231)

Tat um den Versuch, den Charakter der Gesetzlichen Krankenversicherung als Solidargemeinschaft in Frage zu stellen. Zum Wesen der Solidargemeinschaft gehört, daß die Gesunden für die Kranken zahlen; die Arbeitgeber ihren Anteil für die Wiederherstellung der Gesundheit ihrer Arbeitnehmer leisten. Nun, nach der Reform werden die Gesunden und die Arbeitgeber geringfügig entlastet, die Kranken zahlen zu. Einsparungen bei den Ausgaben der Krankenkassen haben 1989 zu Überschüssen und 1990 teilweise zu geringfügigen Beitragssenkungen geführt. Nicht verwunderlich, weil die Ausgaben zum Teil auf die Versicherten verlagert wurden und zum anderen Leistungskürzungen erfolgten. Des weiteren führten die 1988 erfolgten Vorzieheffekte bei Zahnersatz, bei Hilfsmitteln etc. dazu, daß 1989 diese Ausgaben nicht schon wieder fällig wurden. Eine Beitragssenkung von 0,4 v.H. wird für 1990 als erreichbar angesehen. Bei einem Monatseinkommen von 3500 DM entfiel davon auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine Bruttoersparnis von je 7,- DM.

Blüm: "Die Zahlen beweisen, daß wir eine Reform für die Versicherten gemacht haben. Jede eingesparte Mark kommt den Versicherten, den Beitragszahlern, zugute". (Sozialpoli-

Abb. 1: Gesundheitsausgaben in % des BSP - 1986 ausgewählte Länder



Quelle: SVR, 1989 S. 311

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Spanne der Beitragshöhen der rund 1150 Krankenkassen zwischen 8 v. H. und 16 v.H. liegt. In der Bundesrepublik werden knapp 10 v.H. des Bruttosozialprodukts für Kosten der Gesundheitsversorgung aufgewendet; sie nimmt damit keinen Spitzenplatz unter den Industrienationen ein (s. Abb. 1).

Es ist allerdings möglich, daß es bei der "Gesundheitsreform" weniger um die Kosten der Gesundheitsversorgung ging als darum, die Arbeitgeber von Lohnnebenkosten zu entlasten. Der AOK-Bundesvorsitzende Heitzer: "Das Gesundheitswesen wird nicht billiger, sondern die Kosten werden schlichtweg von den Kassen auf die Patienten verlagert." (zitiert nach SPIEGEL 10/89). Wenn dies so ist, dann handelt es sich in der

rische Informationen, BMAS, 23.3.1990)

So kann nur reden, wer eine tatsächliche Reform der Gesundheitsversorgung gar nicht will und sich mit Kostenverschiebungen zufriedengibt. Das Ergebnis ist nicht einmal Kostendämpfung, sondern im wesentlichen schlicht Umverteilung der Kosten.

Wie ist nun die Ausgangslage für eine qualitative Umorientierung in der Gesundheitspolitik?

DIE GESUNDHEIT DER GESELLSCHAFT

Insbesondere den Fortschritten der kurativen Medizin und der Pharmazie wird zugerechnet, daß sich die mittlere Lebenserwartung der Deutschen in den vergangenen hundert Jahren nahezu verdoppelt hat. Sie beträgt für Männer 71,9 Jahre und für Frauen 78,5 Jahre. Infektionskrankheiten spielen, sieht man von AIDS ab, als Krankheits- und Todesursache in der Bundesrepublik keine bedeutende Rolle mehr. Ob dies insbesondere der Hochleistungsmedizin zu verdanken ist, kann durchaus in Frage gestellt werden. Nicht zuletzt die Verbesserung der allgemeinen Lebensumstände, also als erste Voraussetzung die Ausschaltung von ständigem Hunger und eine ausreichende Ernährung, die Verbesserung der Wohnbedingungen und Hygiene sind ursächliche Faktoren für die geringere Krankheitshäufigkeit (Schagen, Udo: Kritische Medizin. Dokumentation Zukunftsaufgabe Gesundheitsförderung, Stuttgart, Kohlhammer 1989). Diese wurden nicht zuletzt erkämpft durch engagierte Mediziner wie Virchow, aber auch durch gewerkschaftliche Kraft.

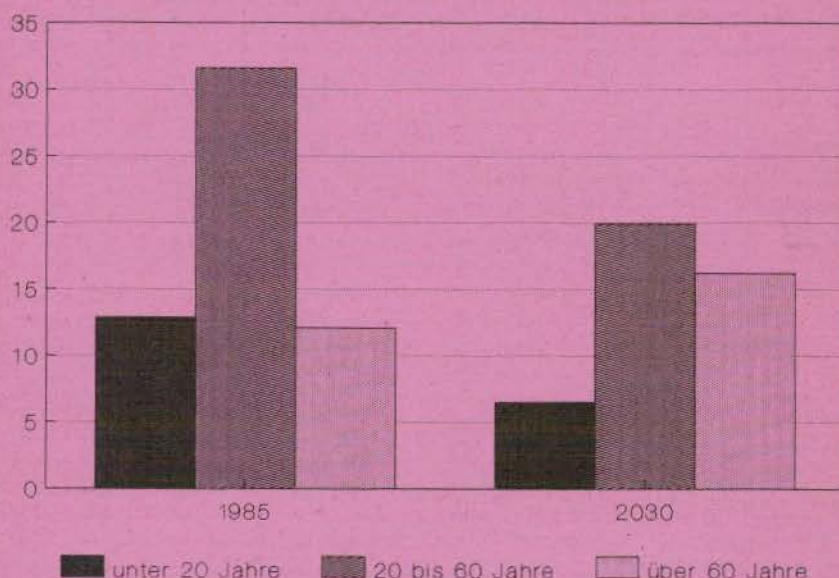
Hauptkrankheiten sind heute: Krankheiten des Herzens und

handlung und Linderung von physischen Leiden getreten, das das Leben verlängert, aber nicht unbedingt humaner ist:

- Ein System, das lediglich in wenigen modellhaften Ansätzen eine Vernetzung der ambulanten, stationären und rehabilitativen Leistungen für alte Menschen geschaffen hat;
- ein System, das pflegebedürftige alte Menschen zu "Fehlbelegungen" im Krankenhaus macht, die abgeschoben werden müssen;
- ein System, das diese Menschen trotz eines langen Arbeitslebens am Ende als Sozialhilfeempfänger im Heim sterben läßt, oft allein - ohne Zeit für Zuwendung.

Die Zahl der **Pflegebedürftigen**, die so hilflos sind, daß sie dauernd fremde Hilfe benötigen, hat sich in den letzten Jahrzehnten stark erhöht. Die Bundesregierung geht von weit mehr als zwei Millionen Pflegebedürftigen aus, von denen etwa 630.000 schwer- oder schwerstpflegebedürftig sind. Rund 370.000 Pflegebedürftige werden in Heimen und Krankenhäusern betreut. Die Veränderung der demographischen Struktur der Bundesrepublik Deutschland wird durch

Abb. 2: bundesdeutsche Bevölkerungsentwicklung bei konstanter Geburtenhäufigkeit



des Kreislaufs, nach wie vor Krebs, degenerative Skelettveränderungen, Krankheiten des Verdauungssystems, Stoffwechselkrankheiten, Allergien und psychische Krankheiten. Sie sind immer häufiger die Ursache für Berufs- und Erwerbsunfähigkeit und erhöhen den Anteil an ständig behandlungsbedürftigen Personen. Hinzu treten Verkehrsunfälle sowie chronische Alterskrankheiten.

Die Zeit der intakten Großfamilie, in der Kinder, Eltern und Großeltern unter einem Dach lebten und starben, ist lange vorbei.

An die Stelle der familiären Zuwendung und Pflege bei Krankheit und Altersgebrechlichkeit ist ein System der Be-

die folgenden Zahlen besonders deutlich:

- Das Statistische Bundesamt hat in einer Modellrechnung, die im Jahre 1987 in einer aktualisierten Fassung vom Bundesminister des Innern veröffentlicht wurde, untersucht, welche Veränderungen der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung - ohne Berücksichtigung der Ausländer - eintreten werden.
- Bei konstanter Geburtenhäufigkeit wird die Zahl der unter 20jährigen, die 1985 noch 12,9 Millionen betrug, auf 6,5 Millionen im Jahre 2030 zurückgehen, die Zahl der 20- bis 60jährigen von 31,6 auf 19,9 Millionen zurückgehen und die Zahl der 60jährigen und älteren auf 16,2 Millionen steigen; dies bei einer insgesamt um 14 Millionen auf 42,6 Millionen sinkenden deutschen Bevölkerung (Graphik).

- Die Zahl der hochbetagten älteren Menschen über 80 Jahren wird im nächsten Jahr bereits rund 2,2 Millionen Mitbürger betragen. Sie wird damit gut eine halbe Million über der von 1985 liegen.

Der Pflegebedarf wächst mit der zunehmenden Zahl älterer Menschen. Zwei Zahlen machen dies deutlich. In der Altersgruppe der 60- bis 70-jährigen sind heute 0,9% pflegebedürftig. In der Altersgruppe der über 80-jährigen liegt der Pflegebedarf jedoch bereits bei 19%. Für das Jahr 2000 werden 2,4 Millionen und für das Jahr 2030 gar 2,9 Millionen Pflegefälle geschätzt.

Von großer Bedeutung für die Entstehung und den Verlauf chronischer Krankheiten ist die **Arbeitswelt**. Nur ein Drittel aller Arbeitnehmer erreicht arbeitend das Rentenalter. Aufgrund sozialer und beruflicher Lebensumstände sind die Gesundheitsrisiken für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich hoch. Krankheitshäufigkeit und Frühinvalidität können als Beweis für schichtenspezifische Unterschiede gewertet werden. Noch immer werden Arbeiter früher und öfter krank als andere Gruppen unserer Gesellschaft.

Ursachen und Entstehungszusammenhänge von Krebs sind bisher noch nicht hinreichend geklärt. Über das Ausmaß der Arbeitsbedingtheit der Krebserkrankungen gibt es einen heftigen Expertenstreit. An der Arbeitsbedingtheit bestimmter Erkrankungen, insbesondere durch Gefahrstoffe, besteht allerdings kein Zweifel mehr.

In einem dicht besiedelten und hochindustrialisierten Land wie der Bundesrepublik Deutschland gehen gesundheitliche Beeinträchtigungen von kaum abschätzbarem Ausmaß von der nicht nur national verursachten **ökologischen Zerstörung** aus. Spektakuläre Katastrophen wie Seveso und Tschernobyl deuten nur auf weitere gravierende Veränderungen hin: Waldsterben, Veränderungen der globalen Ozonschicht, Aussterben von Tier- und Pflanzenarten. Die ausufernde Verwendung chemisch hergestellter Materialien für Verpackungen und in Wohn- und Baumaterialien, Nahrungsmittelzusätze und "Schädlingsbekämpfungsmittel", die industrielle Landwirtschaft führen zu Umweltgefährdungen und Umweltzerstörungen, die erhebliche Gesundheitsgefährdungen verursachen.

Die **Gesundheitsberichterstattung** ist in der Bundesrepublik Deutschland gerade erst im Aufbau begriffen. Die notwendigen Instrumente der Sozialepidemiologie sind kaum entwickelt.

Morbidität und vor allem Mortalität differieren regional. Regionale Morbiditäts- und Mortalitätsdifferenzen können als Indiz dafür gelten, daß Menschen in Ballungsgebieten und alten Industriegebieten in besonderem Maße Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt sind oder waren. Ein flächendeckender regionaler Vergleich der Morbidität ist bisher nicht durchgeführt worden. Aber: Durch Analyse in bestimmten industriell geprägten Untersuchungsräumen wurden eindeutige räumliche Risikogruppen identifiziert. Ein Zusammenhang von Umwelteinflüssen und Morbidität kann als nachgewiesen angesehen werden.

Neben erblichen Veranlagungen haben die gesundheitlichen

Risikofaktoren, die sich aus dem **gesellschaftlich geprägten Verhalten** ergeben, besonderes Gewicht. So bestehen enge Zusammenhänge zwischen dem Gesundheitsverhalten und Herz-Kreislauf-Krankheiten, Krebs, psychischen und psycho-somatischen Erkrankungen. Ein früher Beginn des Rauchens und des Alkoholkonsums, falsche Ernährung, Bewegungsarmut, unnötige psychische Belastungen und gesundheitsschädliche Lebensgewohnheiten fördern die genannten Krankheiten ebenfalls. Dies führt oft zu einer falschen Bewertung individuellen Verhaltens: Aus dem angeblich individuellen Fehlverhalten wird ein individuelles Verursachungsprinzip und schließlich eine individuelle Haftbarkeit abgeleitet - und damit von gesellschaftlichen Gefährdungsbereichen abgelenkt.

STRUKTURMÄNGEL IM GESUNDHEITSWESEN

Unser System der Solidarfinanzierung von Sozialleistungen entspricht dem Grundsatz, daß jeder Bürger das Recht auf Erhaltung und bestmögliche Wiederherstellung seiner Gesundheit hat. Eine möglichst weitgehende Erfüllung dieser gesellschaftlichen Bedürfnisse wird aber nicht erreicht, insbesondere weil die privatwirtschaftliche Struktur weite Bereiche des Gesundheitswesens an einzelwirtschaftliche Interessen geknüpft ist, die nicht hinreichend öffentlich kontrolliert werden und sich bislang auch weitgehend gesamtgesellschaftlichen Planungen entzogen haben. Bisher ist so gut wie nichts geschehen, um die kostentreibende Grundstruktur unseres Gesundheitswesens, nämlich öffentliche Finanzierung und private Leistungserstellung und damit private Gewinnmaximierung, zu verändern.

Ein wichtiger Grund für die isolierte Betrachtung der Krankheit liegt in der Struktur des Gesundheitswesens. Sie findet auch in der mangelnden Erforschung der Zusammenhänge zwischen Arbeits- und Umweltbedingungen und der Entstehung von Krankheiten, wie auch dem daraus folgenden Mangel an wirksamen Gegenmaßnahmen, ihren Niederschlag. Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland ist vorwiegend auf die Behandlung von Krankheiten ausgerichtet, ohne die Ursachen für bestimmte Krankheiten zu kennen oder ihre Entstehung verhindern zu können.

Da die Behandlung von Krankheit mit dem Ziel der bestmöglichen Wiederherstellung der Gesundheit bei dauernd pflegebedürftigen Menschen nicht möglich erscheint, wird diese stationäre Pflege nicht durch Solidargebilde der Sozialleistungsträger finanziert, sondern durch Angehörige oder Pflegebedürftige selbst; meist durch die Sozialhilfe.

Im Bereich der **ambulanten Versorgung** nimmt der niedergelassene Arzt eine Schlüsselstellung ein. Er steht im Zentrum eines Systems, das marktwirtschaftlich strukturiert ist, dem es aber an allen die Märkte sonst kennzeichnenden Regelmechanismen mangelt (Schäfer, vgl. SPIEGEL 10/89). Durch seine Praxis geht der wesentliche Teil aller Patienten. Er stellt Diagnosen und behandelt. Er hat zudem die wichtige Aufgabe der Weiterleitung der Patienten an die jeweils entsprechende Stelle des Gesundheitswesens. Sein gesetzlich abgesicherter Monopolanspruch auf die ambulante Behand-

lung steht einer notwendigen Verflechtung vieler medizinischer Teilbereiche entgegen. Die Folge ist an vielen Stellen eine mangelhafte Kontinuität der Patientenversorgung.

Die Behandlung des Kassenarztes stützt sich überwiegend auf medizinisch-technische Leistungen und Medikamente, das Gespräch mit dem Patienten tritt demgegenüber in den Hintergrund, da es nicht delegationsfähig ist. Diese Entwicklung wurde durch die von den ärztlichen Landesorganisationen ausgehandelte Gebührenordnung bestimmt. Die Entscheidung des niedergelassenen Arztes über Art und Umfang der Behandlung kann nicht allein von der Krankheit des Patienten abhängen, sondern möglicherweise ebenso von einzelwirtschaftlichen Überlegungen. Eine kostspielige Technisierung der ambulanten Medizin ist die Folge.

Obwohl der Preis für die Leistungen der Kassenärzte durch ein kompliziertes Verfahren nicht stärker ansteigt als die Entwicklung der Grundlohnsumme, konnte das Honorarvolumen durch intensivere Behandlung der Patienten gesteigert werden. Die Menge der Leistungen wurde ausgeweitet. Behandlungsfälle nehmen trotz rückläufiger Primärananspruchnahme durch die hohe und wachsende Zahl der Überweisungen zu (Wanek/Lenhardt, 1989 Jahrbuch für Kritische Medizin 14, Berlin, Hamburg). Dies wird verstärkt durch die Steigerung der Anzahl der Kassenärzte, die von 1970 bis 1984 um 34,5% anstieg und nach Prognosen von 1985 bis zum Jahr 2000 nochmals um zwischen 57,2% und 95,2% ansteigen soll.

Das Konstrukt "Arzt im Praktikum", das ein Praktikum nach bestandem Examen vorschreibt, ist ebenso wie Maßnahmen der "Qualitätssicherung" der Ärzteausbildung eher geeignet, den Ansturm auf die Niederlassung zu verzögern, als die Qualität der ärztlichen Versorgung zu verbessern.

Die **Verordnung von Medikamenten** ist eines der wichtigsten therapeutischen Mittel der kurativen Medizin und hat aus diesem Grunde eine gleichermaßen gesundheitspolitische wie wirtschaftliche Bedeutung. Dabei konkurrieren die Ansprüche des Bürgers auf Wirksamkeit, Schutz vor Arzneimittelschäden und Wirtschaftlichkeit des Arzneimittelangebots mit den Interessen der Arzneimittelhersteller und -verteiler.

Die pharmazeutische Industrie entscheidet praktisch über Umfang und Qualität des Arzneimittelangebots. Die Nachfrageseite ist in Entscheidungsträger (Arzt), Finanzier (Krankenkasse) und Konsument (Patient) aufgespalten. Mit dem "Gesundheitsreformgesetz" hat der Gesetzgeber den Krankenkassen vorgeschrieben, für wirkstoffgleiche Präparate Festbeträge festzulegen. Diese Festbeträge sind ein geeignetes Mittel, um zu erreichen, daß bestimmte Präparate preisgünstiger angeboten werden. Befürchtungen, daß die entstehenden Umsatzeinbußen bei nicht festbetragsfähigen Präparaten wieder wettgemacht werden könnten, sind aber nicht unbegründet.

Die aufwendige Werbung trägt zu einer unnötigen Verteuerung des aufgeblähten Angebots an Arzneimitteln bei. Die Teilfinanzierung von Fachzeitschriften und Kongressen für Ärzte sichert den Pharmaherstellern darüber hinaus ein Informationsmonopol, das dem Arzt die Übersicht über den Arzneimittelmarkt erschwert und die Tatsache verschleiert,

daß nur ein Bruchteil des Arzneimittelangebots zur Versorgung der Bevölkerung tatsächlich notwendig ist.

Für die Marktposition der Hersteller von **medizinischen Geräten** gilt Ähnliches. Der Boom der Medizintechnik wurde durch die Struktur der ärztlichen Gebührenordnung und die Möglichkeit der Geräte, technische Leistungen erheblich zu vermehren, beeinflusst. Gerade in diesem Bereich hat sich eine Koalition auf der Anbieterseite gebildet, die nicht nur für einen erheblichen Teil der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen verantwortlich ist, sondern darüber hinaus zu einer gesundheitspolitischen Überbewertung der technischen Dimension der Medizin geführt hat. Die durch die Produzenten von medizintechnischen Geräten und Medikamenten bewußt geförderte Erwartungs- und Verbraucherhaltung stabilisiert nicht nur den Absatz. Sie bewirkt auch, daß sich der einzelne, der Arzt ebenso wie der Patient, diesem Verhalten allein nicht entziehen kann.

Ogleich der **betriebsmedizinische Dienst** seiner Entstehungsgeschichte und Aufgabenstellung nach eine präventive und verbindende Funktion zwischen den herkömmlichen Institutionen des Gesundheitswesens und der Arbeitswelt hat, ist er ebenfalls noch weitgehend an dem kurativen Muster der ambulanten Versorgung ausgerichtet und ohne Rückkopplung mit anderen Bereichen. Der Grundmangel ist jedoch die Abhängigkeit vom Arbeitgeber durch Arbeits- oder Dienstleistungsvertrag. Hinzu kommen fehlende Eingriffsmöglichkeiten, z.B. bei der Feststellung gesundheitsgefährdender Arbeitsbedingungen.

Die Tätigkeit der Betriebsärzte beschränkt sich weitgehend auf Einstellungs- und Nachuntersuchungen, die nicht nur das Ziel haben, den Arbeitnehmer vor gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen zu schützen, sondern auch dem Unternehmer eine arbeitsplatzgerechte Auslese der Arbeitnehmer ermöglichen. Die finanzielle Abhängigkeit vom Arbeitgeber fördert ein solches Aufgabenverständnis und belastet das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Betriebsarzt.

Die **Rehabilitation** ist ihrer Aufgabenstellung nach auf Integration und Kooperation gesundheitlicher und sozialer Dienstleistungen ausgerichtet. Gegenwärtig aber ist weder ein lückenloser Übergang von der Krankenbehandlung zur Rehabilitation gewährleistet, noch werden alle Chancen zur Wiederherstellung und möglichst weitgehenden Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben genutzt.

Für eine wirksame Rehabilitation ist besonders die mangelnde Verbindung zwischen Arbeitswelt, sozialen Lebensverhältnissen und Gesundheitswesen störend, weil hier das Zusammenwirken von Maßnahmen am Arbeitsplatz, gesellschaftlicher Unterstützung und medizinischer Behandlung unerläßlich ist.

Dies gilt in noch stärkerem Maße für die Wiedereingliederung psychisch Kranker. Hier ist allenfalls in Ansätzen eine gemeindenahere Betreuung sichtbar. Und wo es sie gibt, ist sie vielfach zu einer Kostendämpfungspolitik unter dem Deckmantel der Reform verkommen.

Wie die Wiedereingliederung Behinderter haben auch die **Kuren** in unserem vorwiegend kurativ orientierten Gesundheitswesen bisher keinen angemessenen Platz. Die Möglich-

keiten der Heilmaßnahmen zur Nachbehandlung, zum Schutz vor Rückfällen, zur Vorsorge bei bestimmten Risikogruppen, zur Gesundheitsaufklärung und -beratung werden zu wenig genutzt.

Die Einschränkungen bei Kuren durch das Gesundheitsreformgesetz haben dem Kurwesen insgesamt geschadet und laufen dem Gedanken der Gesundheitsförderung zuwider. Immer mehr Arbeitnehmer verzichten auf einen Kurantrag und gefährden damit auf lange Sicht die Erhaltung ihrer Arbeitskraft. In seiner Funktion als therapeutische Institution ist das **Krankenhaus** notwendigerweise kurativ ausgerichtet. Es wird aber im Gegensatz zu den bisher behandelten Bereichen der ambulanten Versorgung in der Regel nicht kommerziell betrieben. Der große Anteil der staatlichen Krankenhäuser an der stationären Versorgung ist Ausdruck der gesetzlichen Verpflichtung, für eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern zu sorgen.

Die starre organisatorische Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung wird durch die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur beider Bereiche verstärkt. Um ihr Monopol auf die ambulante ärztliche Versorgung zu verteidigen, wurden alle Versuche zur Öffnung des Krankenhauses für den ambulanten Patienten von den Standesorganisationen abgeblockt. Umgekehrt beanspruchen sie die kommerzielle Nutzung kommunaler Einrichtungen durch Belegärzte. Die vorgesehene Regelung zur vorstationären Diagnostik und nachstationären Behandlung im Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz wurde durch die Intervention der Standesorganisationen an die Überweisung durch den Kassenarzt gebunden. Wegen der mangelnden Kooperationsbereitschaft dieser Organisationen ist es auch nie zu einer sinnvollen Arbeitsteilung zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhaus gekommen. Selbst dort, wo eine optimale Versorgung der Bevölkerung durch niedergelassene Ärzte nicht gewährleistet werden kann, ist dem Krankenhaus die ambulante Versorgung der Bevölkerung verwehrt. Die Konsequenz dieses Gegeneinanders sind Planungsmängel, unnötige Doppeluntersuchungen, Belastungen für den Kranken und eine Vernachlässigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte.

Trotz Anerkennung der staatlichen Verantwortung für ein leistungsfähiges Krankenhaussystem war die Finanzlage der Krankenhäuser vor Verabschiedung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes durch Milliarden-Defizite gekennzeichnet. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz hat durch die Übernahme der Investitionskosten durch den Staat die Grundlage für eine wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser gelegt. Es hat die Voraussetzungen für eine staatliche Krankenhausplanung geschaffen, gleichzeitig aber eine Tendenz zur Überwälzung staatlicher Kosten auf die Pflegesätze und damit auf die gesetzliche Krankenversicherung begründet. Die Erwartungen, daß das Krankenhausfinanzierungsgesetz auch eine bessere Bedarfsplanung ermöglichen würde, wurden enttäuscht. Fehlende Kriterien für eine bundeseinheitliche Bedarfsplanung, fehlende regionale Plandaten, eine mangelnde Koordinierung zwischen dem ambulanten und stationären Sektor sowie zwischen dem staatlichen, dem freigemeinnützigen und privaten Krankenhausbereich haben bislang eine bedarfsgerechte Gliederung der Krankenhäuser-

versorgung nach Fachbereichen, Versorgungsstufen und regionalen Bedürfnissen verhindert. Nunmehr ist durch den Rückzug des Bundes aus der Krankenhausfinanzierung auch die Aufgabe einer Bundesbeteiligung an der Planung der Krankenhausversorgung akzeptiert. Die Diskussion monistischer Finanzierungsmodelle deutet auf eine weitere Aufgabe staatlicher Verantwortung für die Krankenhausversorgung hin.

Die Anwendung veralteter Personalbedarfsberechnungsverfahren für die Besetzung der Krankenhäuser mit Ärzten und Pflegekräften sowie die Anrechnung von Auszubildenden auf die Stellenpläne haben - auch wegen der gestiegenen Anforderungen - zu einer verstärkten physischen und psychischen Belastung des Personals und im Gefolge damit zu einer Verschlechterung der Versorgung, vor allem der psychosozialen Betreuung der Patienten, geführt. Der Personalmangel beim Pflegepersonal ist nicht zuletzt auf ständige Überforderung zurückzuführen.

Die Ausgliederung von Teilbereichen, wie z.B. von Wäschereien und Krankenhausreinigung, bringt das Krankenhaus in Abhängigkeit von privatwirtschaftlichem Gewinnstreben und führt zu einer mangelnden Berücksichtigung krankenhausspezifischer Erfordernisse. Darüber hinaus bleibt der angebliche ökonomische Vorteil solcher Maßnahmen fraglich. Sie wirken sich außerdem nachteilig auf die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten aus.

Der mangelnden Kooperation zwischen Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens entspricht eine mangelnde Zusammenarbeit nach innen. Im Krankenhaus hat sich ein hierarchisches System etabliert, das aus einem Geflecht von Abhängigkeiten besteht, die einer verantwortungsvollen patientenorientierten Krankenhausversorgung entgegenstehen. Konflikte zwischen Vorgesetzten und Funktionsbereichen können den Vorrang der Patientenversorgung und der angemessenen Mittelverwendung in den Hintergrund drängen.

Die Situation des **öffentlichen Gesundheitsdienstes** ist unbefriedigend. Er ist häufig zu einer "Restgröße" des Gesundheitswesens geworden, der solche Aufgaben übernimmt, die der private Sektor wegen fehlender wirtschaftlicher Attraktivität nicht für sich reklamiert. Der öffentliche Gesundheitsdienst ist deshalb kein in sich geschlossener Bereich mit einer eigenständigen Aufgabenstellung. Er beschränkt sich auf die Überwachung und Begutachtung von Teilproblemen ohne ausreichende rechtliche Möglichkeiten zur systematischen Erfassung und Auswertung von Gesundheitsdaten, zur Gesundheitsaufklärung und -erziehung oder zur Behandlung bestimmter Risikogruppen. Die schwache Stellung der **gesetzlichen Krankenversicherung** im Gesundheitswesen liegt an der starken Zersplitterung der Krankenkassen. Zudem wirken sich die unterschiedlichen Gesundheitsrisiken der Arbeitnehmer in unterschiedlichen Belastungen der Krankenkassen aus. Die Folgen sind Unterschiede in der Beitragsgestaltung und dem Leistungsangebot der einzelnen Kassen. Von besonderem Gewicht für die gesundheitspolitische Stellung der Krankenkassen aber ist auch die Tatsache, daß sich die gesetzliche Krankenversicherung bislang weniger als Einrichtung der Gesundheitssicherung denn als Kostenträger für gesundheitliche Risiken der Versicherten verstanden hat.

Daher wurde eine Aktivierung der Betroffenen für **gesundheitsfördernde Ziele** versäumt. Die gesetzliche Krankenversicherung hat damit die Aufgabe übernommen, die ihr im System der kurativen Medizin zugeordnet war und ebenso wie die anderen Bereiche des Gesundheitswesens die Krankheitsursachen und die Entwicklung von Gegenmaßnahmen vernachlässigt. Das Gesundheitsreformgesetz bietet hier, unbeschadet grundsätzlicher Kritik, durch die Vorschriften zur Finanzierung von Präventionsmaßnahmen neue Handlungsmöglichkeiten. Der richtige Gedanke der "Gesundheitsförderung", der wesentlich umfassender verstanden werden muß als Gesundheitserziehung, droht jedoch zu einer "Hochglanzpädagogik" verformt zu werden.

PERSPEKTIVEN

Gesundheitsförderung

Gesundheitspolitik als integraler Bestandteil einer sozial und ökologisch orientierten Politik muß sich verstärkt der Gesundheitsförderung widmen. Die Grundidee der Gesundheitsförderung enthält nicht allein den Gedanken an eine präventive Lebensführung des einzelnen Menschen, sondern auch an eine soziale und ökologische Gesellschaftspolitik; eine Politik auch auf den Feldern des Verkehrswesens, des Städtebaus, des Verbraucherschutzes, der Energieerzeugung und des Arbeitsschutzes. Deshalb ist daraus, daß die Gesundheitsförderung durch § 20 SGB V als gesetzliche Aufgabe den Krankenkassen zugeordnet ist, nicht der Schluß zu ziehen, nur diese seien für die Gesundheitsförderung zuständig. Allerdings sollten die Krankenkassen ihre Möglichkeiten nutzen, über die traditionelle Gesundheitspädagogik hinaus mehr für die Erforschung der Ursachen von Erkrankungen außerhalb des individuellen Lebensbereiches zu tun.

Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt

Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt ist ein Teil der Gesundheitsförderung. Gesundheitsförderliche Politik muß den Arbeitsschutz reformieren. Das bundesdeutsche Arbeitsschutzsystem ist mangelhaft.

- Ein stärkeres Gewicht muß die Erforschung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen erhalten.
- Das zersplitterte Arbeitsschutzrecht muß in einem einheitlichen Arbeitsschutzgesetz neu gestaltet werden. Dieses Arbeitsschutzgesetz muß auch für den öffentlichen Dienst gelten. Es soll einklagbare Rechte der Arbeitnehmer enthalten.
- Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in eine arbeitsmedizinische Betreuung einbezogen werden.
- Betriebsärzte und Sicherheitsfachkräfte müssen von betrieblichen Abhängigkeiten weitgehend frei sein und bei erkannten Gefährdungen Eingriffsrechte in den Betriebsablauf erhalten.
- Für die Anerkennung des Zusammenhangs zwischen gesundheitsschädigenden Einflüssen der Arbeit und der Erkrankung müssen Beweiserleichterungen für den Arbeitnehmer bis hin zur Beweislastumkehrung geschaffen werden.

Integration

Die Strukturen der Gesundheitsversorgung und der Sozialdienste orientieren sich nicht am Grundsatz der Bedarfsge-

rechtigkeit, sondern an gesetzlich betonten Zuständigkeiten. Eine tatsächliche Gesundheitsreform muß insbesondere das **Monopol der Kassenärzte** auf die ambulante medizinische Versorgung zugunsten eines bedarfsgerechten Pluralismus **abschaffen**. Nur so können kostenaufwendige Doppeluntersuchungen mit hohem apparativem Aufwand sowie unnötige Mehrfachanschaffungen vermieden werden. Die immer wieder beklagten Fehlbelegungen in Krankenhäusern könnten bei stärkerer Integration der ambulanten und stationären Versorgung weitgehend vermieden werden. Die Krankenhäuser wären nicht mehr gezwungen, aus diagnostischen oder therapeutischen Gründen Patienten stationär aufzunehmen, die eigentlich nicht bettlägerig sind. Auch aus Finanzierbarkeitsgründen ist es nicht hinzunehmen, daß sich immer mehr Kassenärzte in einem System betätigen, in dem sie - wirtschaftlich gesehen - Bedarfswecker und Bedarfsdecker in einer Person sind. Integration bedeutet in diesem Zusammenhang auch den Abbau von Privilegien.

Eine stärkere Integration der Leistungen für **Pflegebedürftige** ist ebenso erforderlich. Der Wirrwarr unterschiedlicher Finanzierungs- und Trägerzuständigkeiten verhindert eine bedarfsgerechte, lückenlose Versorgungskette für Pflegebedürftige. Pflegebedürftige belegen Krankenhausbetten, weil Rehabilitationsangebote, ambulante, teilstationäre oder stationäre Einrichtungen fehlen. So wird mancher Patient zum Pflegefall, der bei früh einsetzender Rehabilitation wieder ein lebenswertes Leben hätte führen können.

Notwendig ist die einrichtungs- und trägerübergreifende **Planung** von Versorgungseinrichtungen in der Region unter Berücksichtigung des Bedarfs. In diese Planung sind Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, ambulante Dienste, teilstationäre Einrichtungen und Heime aufzunehmen. Die Erfüllung elementarer Bedürfnisse der Bürger darf nicht dem Markt überlassen werden. Darum ist öffentliche Planung, und (wenn zur Durchsetzung qualitativer Ziele erforderlich) öffentliche Finanzierung notwendig. In diesem Zusammenhang ist auch die öffentliche Verantwortung für eine ausreichende Personalausstattung und Qualifikation der Beschäftigten zu nennen.

Sowohl für die Erbringung von Leistungen als auch für Beratung und Koordinierung sollten **bürgernahe Sozialzentren** geschaffen werden. Diese Sozialzentren könnten vielfältige Gesundheits- und Sozialdienste "unter einem Dach" anbieten und steuern. Der öffentliche Gesundheitsdienst hätte hier u.a. geeignete Entfaltungsmöglichkeiten.

Soziale Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit

Die soziale Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit bedarf dringender Verbesserungen. Durch das neue SGB V wurden den Krankenkassen neue Leistungen übertragen: die Unterstützung der häuslichen Pflege Schwerpflegebedürftiger, medizinische und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu mindern. Da gespaltene Zuständigkeiten das Erreichen der präventiven und rehabilitativen Ziele behindern können, sollten die Krankenkassen auch die Pflegekosten in Pflegeheimen als Sachleistungen tragen. Hierzu sind jedoch Zuschüsse der öffentlichen Hand erforderlich, die andererseits von der Sozialhilfe entlastet wäre.

Arzneimittel

Zur Gewährleistung einer sicheren, therapeutisch wirksamen und wirtschaftlichen Arzneimittelversorgung ist zunächst einmal die Verschärfung des Wirksamkeitsnachweises bei der Zulassung von Arzneimitteln zu fordern. Ein Bundesarzneimittelinstitut könnte neutrale, herstellerunabhängige Informationen erarbeiten und Arzneimittelforschung betreiben. Preisverhandlungen zwischen Krankenkassen und Herstellern könnten bereits vorhandene Ansätze wie z.B. Preisvergleichsliste

und Negativliste ausbauen. Darüber hinaus sind Instrumente notwendig, die auch einer ungerechtfertigten Mengenausweitung der Verordnungen entgegenwirken.

Organisationsreform der Krankenkassen

Die eklatanten Beitragsunterschiede zwischen Kassen und Kassenarten bei in etwa gleichen Leistungen sind nicht hinzunehmen. Sie führen zu einem finanziellen Ausbluten der Allgemeinen Ortskrankenkassen, die als Basiskassen jedermann aufnehmen müssen. "Schlechte Risiken" führen zwangsläufig zu höheren Ausgaben und damit zu höheren Beiträgen. Eine Zurückbesinnung auf den Grundgedanken der Solidargemeinschaft hätte als erstes die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze, die Versicherungspflicht aller Beschäftigungsverhältnisse, die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und einen Risikoausgleich zwischen Kassen und Kassenarten zur Folge.

Risiken, die ausgeglichen werden sollten, sind insbesondere: die Grundlohnsumme, die Altersstruktur, die Familienquote. Zudem sollte die rechtliche Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten aufgehoben werden. Unabhängig davon sind Arbeiter und Angestellte bei der Kassenwahl gleichzustellen.

Verlag Westfälisches Dampfboot

Hansgeorg Conert:

Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus

Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow

288 S. ; DM 36,00 ISBN 3-924550-43-3

H.-E. Bremes/ Maria Schumacher (Hg.):

Mit der Vergangenheit in die Zukunft

Felder gewerkschaftlicher Politik seit '45
235 S. ; DM 29,80 ISBN 3-924550-38-7
(mit vielen Abbildungen)

R. Gries/ V. Ilgen/ D. Schindelbeck:

Gestylte Geschichte

Vom alltäglichen Umgang mit Geschichtsbildern.
Mit Beiträgen von H.Glaser und M.Salewski
317 S. ; DM 38,00 ISBN 3-924550-36-0
(viele z.T. farbige Abbildungen)

Thomas Balistier:

Gewalt und Ordnung

Kalkül und Faszination der SA. Mit einem Vorwort von B.J.Warneken
209 S. ; DM 29,80 ISBN 3-924550-37-9
(mit vielen Abbildungen)

Verlag Westfälisches Dampfboot

Achtermannstr.10 - 44 Münster - Tel. 0251/56268

WANN, WENN NICHT JETZT?

Umbau des Gesundheitswesens? Wann sind die Chancen jemals besser gewesen als jetzt? Die Diskussion über eine Sozialunion mit der DDR bietet reale Möglichkeiten, die Gesundheitspolitik grundlegend neu zu gestalten.

Die Verhältnisse in der DDR sind ein Quell ständigen Nachdenkens über Kompatibilitätsprobleme der Gesundheitssysteme. Ginge es nach den Ideen verschiedener Verbände der niedergelassenen Ärzte, so wären die Rezepte schon ausgestellt: Die verfehlte kostentreibende Grundstruktur unseres Gesundheitswesens würde der DDR transplantiert. "Brüder, zur Sonne, zur Kasse" könnte hierfür der Sinnspruch sein.

Das Gegenteil von Profitüberlegungen sollte dazu veranlassen, darüber nachzudenken, ob nicht die Zusammenführung unterschiedlicher Systeme eine Chance bietet, mit Defiziten unseres bizarren Gesundheitsversorgungssystems Schluß zu machen. Polikliniken in der DDR und eine starke Orientierung an einer präventiven Gesundheitspolitik bieten unabhängig vom Verbleib der dort Beschäftigten, der uns wichtig sein sollte, die Gelegenheit, darüber nachzudenken, ob nicht die Struktur der ambulanten medizinischen Versorgung in der Bundesrepublik einseitig an Gewinninteressen ausgerichtet ist und daher geändert werden sollte. Die Zusammenführung der Systeme bietet Chancen, die wir nicht ungenutzt verstreichen lassen sollten.

Norbert Mappes-Niediek*

DIE SPD UND DIE GESUNDHEITSPOLITIK DER 90ER JAHRE

Als Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung den berühmt gewordenen Satz vom "blauen Himmel über der Ruhr" vortrug, reagierte der Bundestag mit Heiterkeit. Die Abgeordneten fanden es komisch, daß ein Politiker über Dinge sprach, die mit Politik nichts zu tun hatten: Ruß, Dreck und Schwefel gehörte, so meinten sie, nun einmal zur Industriegesellschaft wie die eine Seite der Medaille zur anderen. Inzwischen ist die Umweltpolitik zu einem anerkannten Fachgebiet der Politik geworden. Schwefeldioxidwerte werden öffentlich als Erfolgszahlen gehandelt, so wie früher einmal die Tonnen geförderter Kohle.

Ebenso wie die Umwelt sind die Themen Energie und Technologie in den vergangenen 20 Jahren zu Gegenständen der Politik im engeren Sinn geworden. Entscheidungen über Kernreaktoren oder über Richtlinien für biotechnologische Forschung finden mitunter auf den ersten Seiten der Tageszeitungen Platz und werden in den Radio- und Fernsehnachrichten erwähnt. Politiker können sich mit diesem Thema vor den Wählern profilieren. Alles das konnte sich 1970 noch niemand vorstellen.

Meine These ist, daß in den 90er Jahren ein neues Politikfeld erschlossen wird: die Gesundheit. Mit dieser These wird nicht einfach ein Trend zum historischen Subjekt erhoben: die Entwicklung läßt sich abbiegen oder be-

fördern. Ob wir im Jahr 2000 die Zahl der Schwerstpflegebedürftigen oder die der kariösen Zähne bei Schulkindern genauso diskutieren wie heute die Schadstoffwerte, hängt zum Beispiel wesentlich von der SPD ab, wie ich weiter unten darlegen werde.

"Gesundheitspolitik" gibt es freilich schon, wenn auch nicht als eigenständiges Politikfeld. Mit dem Begriff bezeichnen wir zum einen eine wenig entwickelte Rechtspolitik, die dem Walten des Gesundheitswesens einen allgemeinen ordnungspolitischen Rahmen setzt. Zu einer so verstandenen Gesundheitspolitik gehören die Vorschriften über die Zulassung von Medikamenten oder von Personen zur Ausübung von Gesundheitsberufen. Dieser Zweig der Gesundheitspolitik gehört in der Systematik der Bundesregierung zum Ressort "Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit", wo er seit jeher neben dem gesellschaftspolitisch umkämpften Thema Familie eine unter-

Meine These ist, daß in den 90er Jahren ein neues Politikfeld erschlossen wird: die Gesundheit. Ob wir im Jahr 2000 die Zahl der Schwerstpflegebedürftigen oder die der kariösen Zähne bei Schulkindern genauso diskutieren wie heute die Schadstoffwerte, hängt zum Beispiel wesentlich von der SPD ab.

geordnete Rolle spielt. In den vergangenen Jahren ist ein einziges Thema dieser Gesundheitspolitik, nämlich AIDS, im großen Rahmen diskutiert worden. Die Diskussion über dieses Thema und seine Behandlung durch das Ministerium haben nach langer Zeit wieder eine

Ahnung davon gegeben, was Gesundheitspolitik sein kann und mit welchen Instrumenten sie arbeiten könnte. In den sechziger Jahren (1961 bis 1969) gab es einmal ein Ministerium für das Gesundheitswesen, an dessen Spitze die CDU-Ministerin Elisabeth Schwarzhaupt (1961 bis 1965) mit einer Kampagne gegen das Rauchen von sich reden machte. In der Großen Koalition wurde das Ministerium von Käthe Strobel (SPD) verwaltet, bis es 1969 mit dem Ministerium für Familie und Jugend zusammengelegt und damit bedeutungslos wurde.

Unter bedeutend größerer öffentlicher Aufmerksamkeit operiert der sozialpo-

litische Zweig der Gesundheitspolitik, der im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung zu Hause ist. Er regelt die Verteilung der finanziellen Lasten, die das Gesundheitswesen der Gesellschaft aufbürdet. Steuerung und Lenkung dieser erheblichen Geldmittel zur Erreichung bestimmter gesundheitlicher Ziele finden dabei nur ganz am Rande statt. Die "Gesundheitsreform" von 1987/88 war ein verteilungspolitisches Werk, das nur nebenher im eigentlichen Sinne gesundheitspolitische Ziele verfolgte, etwa bei der schüchternen Umsteuerung von Mitteln in die ambulante Pflege oder bei der Finanzierung von Zahnersatz.

Beide Zweige dieser Prä-Gesundheitspolitik agieren unabhängig voneinander. Die wichtigen Entscheidungen, die zum Gegenstand einer neuen Gesundheitspolitik werden können, fallen fern von demokratischer Kontrolle in den öffentlichen wie privaten Strukturen des Gesundheitswesens, wo sie als solche kaum zu erkennen sind und allen, selbst denen, die sie fällen, als direkte Funktion von Sachzwängen erscheinen.

Gesundheitspolitik im engeren Sinne, die also, die es noch nicht gibt, setzt sich gesundheitliche Ziele: Steigerung der Lebenserwartung, Verringerung der Herz-Kreislauf-Krankheiten oder der Karies, Ausrottung von AIDS, Verhinderung von Haltungsschäden bei Kindern oder bei Menschen mit sitzenden Berufen. Das einzige bisher bekannte, wenn auch seltene Instrument solcher Gesundheitspolitik sind Kampagnen (Rauchen, AIDS); weiter entwickelt ist das Kampagnenwesen, das auf eine Änderung des individuellen Verhaltens zielt, in der Dritten Welt.

Eine entwickelte Gesundheitspolitik findet erst statt, wenn die Mittel im Gesundheitswesen gezielt zur Bekämpfung bestimmter Krankheiten, zur Änderung bestimmter gesundheitsschädlicher Verhältnisse oder zur Bereitstellung bestimmter gesundheitsfördernder Einrichtungen verwendet werden. Um es plastisch zu machen: Im Wahlkampf streitet Partei A für die Kariesbekämpfung und Partei B für die Krebsforschung; die zuständige Ministerin muß dem Parlament Rede und Antwort stehen, wenn die Zahl der

Fälle von Leberzirrhose wieder gestiegen ist, und, wenn es ihr nicht gelingt, anderntags böse Kommentare auf der Seite 2 der Tageszeitung lesen.

Objektive und subjektive Voraussetzungen dafür, daß es in zehn Jahren eine solche Politik geben könnte, sind vorhanden.

- Die gesetzlichen Krankenkassen, Körperschaften öffentlichen Rechts, binden wie keine zweite öffentliche Institution enorme Ressourcen, ohne daß über deren Anwendung in nennenswertem Umfang demokratisch entschieden würde.

- Die Entscheidungen über die Steuerung dieser Mittel sind politisch diskutabel und im vormaligen Bereich schon heute sehr umstritten. Debatten um Apparatedechnik, um Ernährungsfragen, 35-Stunden-Woche (hier der gesundheitliche Aspekt); Heilpraktiker und Naturheilkunde, Psychiatrie, ambulante Pflege, das Stillen von Säuglingen, Tabakwerbung oder Freigabe von Haschisch werden an Arbeitsplätzen und Stammtischen, in alternativen Gruppen, in Illustrierten und zwischen Fernsehzuschauern und ihrem Sender zunehmend heftig geführt. "Monitor" z.B. erzielt mit Gesundheitsthemen die bei weitem größte Aufmerksamkeit und setzt sie deshalb gezielt ein, um auch die im engeren Sinne politischen Themen "verkaufen" zu können.

- Wie sich solche Gesundheitsdiskussionen politisch institutionalisieren ließen, ist schon vorgedacht, vor allem bei der SPD und bei den Gewerkschaften. In Expertenkreisen gilt besonders das Konzept als zukunftsweisend, das die SPD-Bundestagsfraktion mitten in der Gesundheitsreform-Debatte im März 1988 unter dem Titel "Eckdaten einer Strukturreform im Gesundheitswesen" vorgelegt hat. Was es enthält, ist in spw 47** nachzulesen. Hier nur soviel: Der Bundestag legt globale gesundheitliche Ziele für einen bestimmten Zeitraum fest, und auf regionaler Ebene sind sogenannte "Gesundheitskonferenzen", die sich aus Kassen und den verschiedenen Anbietern zusammensetzen, für die Präzisierung und Umsetzung dieser Ziele zuständig. Was an ordnungspolitischen Reformen im Gesund-

heitswesen nötig ist, ergibt sich dann aus dem Erfolg oder Nichterfolg dieser Konferenzen.

Hier soll es nun um die Umsetzung dieser Ideen gehen. Erfahrungsgemäß sind Reformen im Gesundheitswesen besonders schwer durchzusetzen, und die Diskussion um die Gesundheitsreform hat noch einmal deutlich die Macht der Anbieter vorgeführt. Es gilt zu verhindern, daß das zukunftsweisende Programm der SPD den Weg so mancher Idee geht und in einer Schublade verschwindet.

Zunächst verarbeiten die "Eckdaten" eine strategische Erfahrung: Es ist sinnlos, mit einer abstrakten strukturpolitischen Debatte zu beginnen. Große Entwürfe zur Vergesellschaftung des Gesundheitssektors, wie sie bei der Linken in den 70er Jahren populär waren, blieben ohne Wirkung. Die Eckdaten gehen einen anderen Weg: Zunächst sind Strukturen zu schaffen, die überhaupt erst den Problemdruck deutlich werden lassen. Erst wenn die Diskussionen sich zuspitzen und öffentlich Gehör finden, werden grundsätzliche Strukturfragen wieder aktuell.

Aber schon die Rezeption der "Eckdaten" war schwach. Zwar fand das Konzept noch Eingang in die sozialpolitischen Programme von SPD und DGB, aber in der Öffentlichkeit fand es so gut wie keine Resonanz, und auch im Regierungsprogramm "Fortschritt 90" kommt die komplizierte Reformalternative nicht vor.

Trügerisch wäre die Hoffnung, daß die Strukturen des Gesundheitswesens im Zuge des Vereinigungsprozesses BRD-DDR fruchtbar diskutiert werden könnten. Zwar hat das Gesundheitswesen der DDR strukturell gegenüber dem der BRD einige Vorteile. Tatsächlich löst dieses System alle Probleme, die sinnvollerweise kollektiv bewältigt werden (dazu zählt vor allem gezielte Prophylaxe), besser als das wesentlich teurere bundesdeutsche, und es hält auch vernünftige Einrichtungen bereit, die es im Westen nicht gibt (z.B. Ambulatorien und Polikliniken). Aber das Bewußtsein über die Überlegenheit dieser Strukturen ist wegen des verbreiteten Mangels wenig entwik-

kelt. Daß die Struktur gut ist und die Ausführung schlecht, läßt sich nun einmal nicht vermitteln. Überdies darf nicht übersehen werden, daß auch das DDR-Gesundheitssystem an strukturellen Mängeln krankt. Wie alle kollektiven Gesundheitssysteme kann es zum Beispiel keine echte Therapiefreiheit und vor allem keine freie Arztwahl bieten. Diese Vorteile des BRD-Systems dürfen nicht gering geachtet werden; kein Reformmodell hätte eine Chance, in dem diese Vorzüge nicht aufgehoben wären.

Das andere Extrem zu einer solchen Lösung "von oben" wäre das Warten auf gesellschaftliche Bewegung, die dem SPD-Programm erst den nötigen Drive gäbe und die dann von der SPD mit einem ausgereiften Konzept beantwortet würde. Auch das scheint mir nicht der richtige Weg zu sein.

Auf eine "Gesundheitsbewegung" wird schon lange vergeblich gewartet. Was sich so nannte, erreichte zu Beginn der 80er Jahre mit den Gesundheitstagen seine Blüte; war vor allem von Medizinstudenten und einigen Gesundheitsarbeitern getragen; konnte sich wegen fehlender Beteiligung von Patienten, also Betroffenen, von professionellen Interessen (die dann allerdings im idealistischen Gewande auftraten) nie ganz freihalten; stieß nie zu Konzepten vor und zerfaserte schließlich in eine spirituelle Fraktion, die sich nur noch für Naturheilkunde, Asiatica und Psycho-Kulte interessierte, und in eine sozialpolitische, die sich zurück in die Gewerkschaften und an einige wenige Lehrstühle flüchtete. Eine Bewegung der Sozialversicherten hat es, außer in Verteilungsfragen, nie gegeben. Ähnlich wie der "Verbraucher" taugen der "Patient" und der "Sozialversicherte" eben nicht besonders gut zum politischen Subjekt.

Das heißt nicht, daß eine solche Bewegung unmöglich wäre. Aber sie braucht den Anstoß von außen. Auch der Umweltgeschädigte ist, anders als etwa der Arbeiter, kein "Traumsubjekt" für eine Bewegung, weil wir eben alle ein bißchen umweltschädigt sind, wie wir auch manchmal Patienten und nebenher Sozialversicherte sind, ohne daß wir auf die Idee kämen, diese temporären und vergleichs-

weise nebensächlichen Rollen zum Hauptinhalt unseres politischen Interesses zu machen. Trotzdem hat es in den 80er Jahren eine große und vorübergehend auch einflußreiche Ökologiebewegung gegeben. In der Geschichtsschreibung gibt diese Bewegung freimütig zu, daß der Anstoß von den ersten Ansätzen einer Umweltpolitik unter Brandt kam. Erst als die Krise einbrach, die Umweltpolitik zum Stillstand kam, als die Probleme gerade auf dem Tisch lagen, entwickelte sich eine Bewegung derer, die die Ansätze weiter treiben wollten.

Anstöße zu geben ist auch jetzt das Gebot der Stunde. Zwar sieht alles so aus, als wenn es auch in den nächsten Jahren keine sozialdemokratische Regierungserklärung gäbe. Aber es gibt auch andere Möglichkeiten.

- Gesundheitsthemen gehören in Aktionsprogramme für Landtags- und Kommunalwahlen und vor allem auch in die Programme oder "Thesen" von Strömungen in der SPD. Spitzenpolitiker haben die Möglichkeit, öffentlich einen Stein ins Wasser zu werfen. Erklärte etwa ein Oskar Lafontaine, die vielen faulen Zähne der Schuljugend könnten nicht länger hingenommen werden, könnte er in jedem Fall auf großes öffentliches Interesse rechnen. Zwar gäbe es auch Spott, und vor allem die Bonner Korrespondenten wären mit dem Populismus-Vorwurf schnell bei der Hand. Wer aber eine Debatte anzetteln will, wird sich davon nicht schrecken lassen.

Fände dann der verbreitete Unmut über gesundheitliche Probleme Rezeptoren

Fände dann der verbreitete Unmut über gesundheitliche Probleme Rezeptoren in der Bonner Politik, könnte das der Beginn eines fröhlichen Tacklings zwischen Politik und Öffentlichkeit werden, in dessen Verlauf auch Strukturalternativen zur Diskussion kämen.

in der Bonner Politik, könnte das der Beginn eines fröhlichen Tacklings zwischen Politik und Öffentlichkeit werden, in dessen Verlauf auch Strukturalternativen zur Diskussion kämen. Dieser Reihenfolge muß man in jedem Fall den Vorzug geben vor Versuchen, gleich mit einer Strukturdiskussion zu beginnen. Wo kein öffentliches Interesse besteht, bleiben Strukturen leer. Man sieht es gerade im Gesundheitswesen bei der Selbstverwaltung der Krankenkassen, die über eine Reihe von Möglichkeiten verfügt, aber in der Regel lust- und phantasielos vor sich hin wirtschaftet.

Die organisierte Politisierung der Gesundheit ist auch für die SPD nicht ohne Gefahren. Das wird deutlich, wenn man sich die Parallele zur Umweltpolitik ansieht. Wahlstrategisch ausgedrückt, hat die SPD 1969 etwas versprochen, was sie einige Jahre später nicht halten konnte. Da liegt es nahe, es der anderen großen Volkspartei gleichzutun und erst gar nichts zu versprechen. Treibt man die Parallele aber weiter, dann kommt gleich die Antwort mit: Die ökologische Wende ist heute das Thema, mit dem die SPD wieder Wahlen gewinnen will - so viele Um- und Irrwege sie zwischen 1969 und heute auch gegangen ist.

* Norbert Mappes-Niediek, Fachjournalist für Medizin, Gesundheits- und Sozialpolitik. Mitglied der SPD

**vgl. N. Mappes-Niediek, Wann kommt die nächste Gesundheitsreform?, in: spw 47, Juni 1989, S. 215-221

Oliver Brosch*

LIEBER REICH UND GESUND ...

VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE MODERNE GESUNDHEITS- POLITIK



Es erscheint vielleicht kurios, mitten in den schönsten Grundsatzzdebatten über das Ende der (Nachkriegs-)Geschichte und des Sozialismus ein Thema in spw zum Schwerpunkt zu machen, bei dem der zwangsläufig in diese Debatten eingebundene Leser und die ebensowenig unbeteiligte Leserin nicht umhin können, es zunächst bei so phantasieanregenden Assoziationen wie "Bundespflegegeldgesetz" oder "Krankenhausbettenfehlbelegung" zu belassen. Allenfalls kommt noch der vom vorigen Abend brummende Schädel mit ins Spiel oder auch der Griff zum Taschentuch statt zur Zeitschrift, um dem nächsten frühsummerlichen Pollenangriff zu begegnen. Womit wir schon mitten im Thema wären: Der Trennung von Politik und Lebensweise, die sich bei wohl keinem anderen Thema als dem der "Gesundheit" so exemplarisch aufzeigen läßt.

Das Elend einer "Prä-Gesundheitspolitik", die sich nur um den rechtlichen Rahmen und um die Finanzierung eines wuchernden Gesundheitsapparates kümmert, wird in den Beiträgen von Norbert Mappes und Wolfgang Schelter in diesem Heft ausführlich beschrie-

ben. Mein Ausgangspunkt war ein wenig theoretischer: Warum machen eigentlich (fast) alle diese Form von Gesundheitspolitik mit, und was hindert namentlich die politische Linke, auf einem Feld originell zu werden, dessen Stellenwert für eine hegemoniale Politik sich schon allein an der Unzahl vorpolitischer Trivialisierungen von "Gesundheit" in der Massenkultur - von der Schwarzwaldklinik im ZDF bis zur "Schwarzwaldklinik" der "Toten Hosen" - ablesen lassen müßte.

Eine vage Vorstellung der möglichen Bedeutung von Gesundheitspolitik bezog sich auf zwei Sachverhalte: Ökonomistische und klassenreduktionistische Konzeptionen sozialistischer Politik, wie sie z.B. mit dem "Projekt Moderner Sozialismus" ein Stück weit korrigiert wurden, hatten den Zugriff auf "Lebensweise-Themen" - bis hin zur Analyse des Wohlfahrtsstaates selbst - lange verstellt. Die Auseinandersetzung mit Modernisierungs- und Individualisierungsprozessen auch außerhalb der materiellen Produktion fand zwar Eingang in Analysen - etwa in den "53 Thesen". Programmatisch blieb aber das weite Feld zwischen "Zukunft der Arbeit" und "Alltagsdemokratie" unbesetzt, steht eine moderne sozialistische Frauen-, Jugend-, Bildungs-, Sozial- und eben Gesundheitspolitik noch ganz am Anfang.

Klar wurde aber schon durch diese analytischen Ansätze - und dies war das zweite Motiv der Auseinandersetzung mit dem Beispiel "Gesundheit" - daß eine solche moderne Politik wiederum auf Gesellschafts- (will sagen: Kapitalismus-)Kritik verweisen muß. Nicht nur im schön-banalen Sinne der bekannten Karikatur von Much, wo der Schüler dem Lehrer als Entschuldigungsgrund sagt: "Der Kapitalismus mit seinen Krisen macht mich ganz fertig." Unstrittig ist, daß das System der kapitalistischen Organisation der Produktion und daß erst recht die fordistische Arbeitsgestaltung krank macht und Leben verkürzt. Ausbeutung findet nicht nur als ökonomische Größe, sondern auch in der Form physischer Vernichtung von Mensch und Natur statt. Unstrittig ist aber auch, daß durch die fortbestehende Zentralität des Produktionssektors in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften hier auch über die Teilhabe der Menschen an gesellschaftlichen Reichtum und damit auch an dem gesellschaftlichen Gut Gesundheit entschieden wird. Und schließlich spielt Profitmacherei auch dort die Hauptrolle, wo Gesundheitsschädigung oder Tod quasi zum Produktionsfaktor werden: das internationale Drogenkapital ist da nur Beispiel für die größte Expansionsleistung".

So weit, so klar. Aber eine linke Dro-

gen-Politik etwa, die sich auf die Anprangerung der Profitgier im Drogengeschäft beschränkt und für Abhängige nur noch schlechte Pädagogik übrig hat, ist ebensowenig wirksam wie modern. Die Linke tut sich schwer mit einer reformerischen Drogen-Politik, die sich irgendwo zwischen der naiv-sozialistischen Utopie von Helden der Arbeit, die keine andere Droge brauchen, und superliberaler Freigabe von Drogen für mündige Konsumenten und verantwortungsbewußte Dealer ganz breit machen könnte. Das ist - einstweilen - noch kein Thema für die eigene Politik, höchstens für den Bekannten aus der Suchtberatungsstelle; und wir verschlingen noch nebenbei die nächste TEMPO-Story über den Bandenkrieg in L.A..

Der Umgang mit AIDS war und ist ein anderes Beispiel für einen von der Linken verpennten gesundheitspolitischen Diskurs. Wo man denn überhaupt mitmischte, bewegte man sich auf vertrautem ideologiekritischem Feld - oder auf dem der Kritik am neokonservativen Polizei- und Überwachungsstaat. Dem Ausmachen und mindestens verbalen Absondern vermeintlicher "Risikogruppen" wurde damit zumindest Vorschub geleistet - und die Linke ging einem klassischen "rechten" Individualisierungsdiskurs ein Stück weit auf den Leim. Soziales wird

da nicht mehr mit sozialem erklärt (und verändert), sondern mal an das persönliche Fehlverhalten, mal an anonyme Systemzwänge angeheftet. Und schließlich läßt das Nicht-Verhältnis zur eigenen Gesundheit als einer möglichen gesellschaftlichen oder politischen Resultante tief blicken. "Wir haben alle einen angeschlagenen Magen, leben alle auf Kredit und auf Rezept", besang Heinz Rudolf Kunze schon vor Jahren treffend die fortschrittlichen jungen Deutschen. Aber unser Bauch, Kopf oder Geschlechtsteil gehören uns allen so gründlich, daß politischer Spürsinn und Schamgefühl darin nie ein öffentliches Thema sehen. Die Diskussion über die eigenen Süchte und Sehnsüchte findet dort statt, wo sie scheinbar unverrückbar hingehört: am Bierisch nach der Sitzung. Allenfalls wird dort, wo es Szenen und Alltagskulturen gibt, noch die persönliche Erfahrung mit dem Medikament xy ausgetauscht oder die Adresse des besten Frauenarztes weitergegeben. Daß auch unsere Form von Politik (und Alltagsleben) krank machen kann, äußert sich zwar manifest in nervösen Magenbeschwerden, Streßkopfschmerzen oder chronischen Blasenentzündungen, wird aber in der politischen Praxis mit immer schaler schmeckenden Appellen an die sozialistische Askese, die Trennung von Verstand und Kopfschmerz verarbeitet. Nicht

das Private ist da politisch, sondern eigentlich Politisches wird zur Privatangelegenheit gemacht, in der uns auch nicht mehr als Vertrauen auf Experten, Illustriertenweisheit und Hilfe zur Selbsthilfe einfällt. Ausnahmen in Frauenkulturen oder bei den noch politischen Teilen der Gesundheitsbewegung z.B. - bestätigen die Regel.

Versucht man, diese empirische Realität auf den theoretischen Begriff zu bringen, so läßt sich die Eingangsthese der Trennung von Politik und Lebensweise präzisieren: Sozialkulturell leben auch wir längst einen modernisierten Alltag, in dem alle Flüche und Segnungen der Individualisierung wirksam sind. Unsere theoretischen Vorstellungen von dieser Wirklichkeit - und die schüchternen Versuche, aus diesen Politik zu stricken - bewegen sich aber noch auf einem Niveau, das sich im modernen Kapitalismus im Stadium der Aufhebung befindet. Sofern diese Form der Theorie- und Politikentwicklung ihre Bezugspunkte noch aus dem "realen Sozialismus" gewann, wird sie noch schneller obsolet werden: Die ungeheure Beschleunigung des Modernisierungsprozesses, den die Kapitalisierung Osteuropas bewirken wird, dürfte Milieus und Kulturen dafür noch schneller auflösen als in traditionellen Kernen des Kapitalismus selbst.

GANZKÖRPERZÄHLER LEBENSSTIL-MESSSTELLE

Man kann die Entwicklung wohlfahrtsstaatlicher Politik im fordistischen Kapitalismus in drei Etappen unterteilen. Für die BRD wäre die Wirtschaftswunderzeit mit der Entwicklung von "Lebensstandard" zu kennzeichnen, also mit der Erwirtschaftung materieller Ressourcen und der politischen Durchsetzung der Strukturen eines entwickelten Wohlfahrtsstaates mit relativem Massenwohlstand. Jene Ära, in der die Politik selbst sich das Ziel von mehr "Lebensqualität" setzte, in der Reformen neue, qualitative Elemente des Sozialstaates - und darunter erstmals das Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt für alle - absichern sollte, baute darauf auf. Und doch war diese Stufe auch schon Resultat gewachsener Ansprüche und der Differenzierung von Lebensweisen.

Auf einer dritten Stufe des Modernisierungsprozesses kommt es zur vollständigen Freisetzung der Individuen aus ständischen, klassenbezogenen und bürgerlich-familiären Zwängen und zugleich zu einer Vermassung neuer Qualität, es entsteht "das standardisierte Kollektivdasein des vereinzelt Massen-Eremiten" (U. Beck). Zwischen der Auflösung traditioneller Schranken und neuen Anforderungen an das Ich eröffnet sich ein weiter Raum von Handlungsdispositionen, die sich in differenzierten Lebensweisen verdichten und im "Lebensstil" Eigenständigkeit gewinnen. "Mit dem Begriff der Lebensweise ist dabei die zeitlich überdauernde Gestalt von Handlungsformen und Handlungsmustern von Personen und Gruppen gemeint, die sich im Prozeß der Persönlichkeitsentwicklung und der Gestaltung der Lebenspraxis herausbildet. In der Lebensweise drücken sich bestimmte Formen der Aneignung des eigenen Körpers und der sozialen und dinglichen Welt und die Formen der Auseinandersetzung und Bewältigung der Anforderungen und

Probleme aus, die sich hieraus ergeben."¹

Krankheit - und noch allgemeiner jede Form von abweichendem oder auffälligem Verhalten - kann dann "als Ausdruck der psychosozialen "Kosten", die die moderne Lebensweise mit sich bringt"², verstanden werden.

Die Geschichte von Krankheiten, Medizin und "Volksgesundheit" so in Zusammenhang mit gesellschaftlicher Entwicklung zu interpretieren, wäre ein erster Schritt zu einem anderen Blick auf Gesundheitspolitik. Eine empirische Bestätigung für ihren Zusammenhang liefert schon die Analyse des Krankheitsbildes moderner Gesellschaften, die es - hauptsächlich mit Hygienisierung und Technisierung - zu längst wieder fragwürdig gewordenen Erfolgen in der Lebensverlängerung und der Ausschaltung lebensbedrohender akuter Erkrankungen gebracht haben. Stattdessen gibt es "ein dramatisches Anwachsen der sogenannten "chronischen" Krankheiten, d.h. Krankheiten, die aufgrund des geschärften medizinisch-technischen Sensoriums diagnostiziert werden, ohne daß für ihre Behandlung effektive Therapien vorhanden wären..."³

AIDS als spektakulärstes Beispiel, die Krebskrankungen, die explodierende Rate von Allergikern, schließlich die Unzahl psychosomatischer Erkrankungen, all dies sind zwar gerade noch Größen für die Abschreibung im Zivilisationsprozeß - den Ruf der Medizin als unfehlbarer Wissenschaft müßten sie aber eigentlich ruinieren. Sie würden es wohl auch, hätte nicht dieses gesellschaftliche Subsystem längst eine Definitionsmacht erreicht, die das "Auseinanderfallen von Diagnose und Therapie" (U. Beck) weder für das Kapital noch für sein Gesundheitswesen zum Problem werden läßt.

Im Gegenteil: "Krankheit wird als Produkt auch des diagnostischen "Fortschritts" generalisiert. Alles und jedes ist oder macht aktuell oder potentiell "krank" - ganz unabhängig davon, wie der Mensch sich fühlt."⁴

An diesem Punkt können erst Medizin und Beutelschneiderei ihre unheilige Allianz eingehen. Und neben die Kapitalisierung der Gesundheit tritt Herrschaft über Menschen: "Heute werden nun ... die Kranken, die im Umgang mit ihrer Krankheit systematisch unmündig gemacht und gehalten wurden, mit ihrer Krankheit sich selbst überlassen und den anderen, darauf ebenfalls völlig unvorbereiteten Institutionen: Familie, Berufswelt, Schule, Öffentlichkeit usw."⁵ Und der (Gesundheits-)Politik, wäre wohl noch anzufügen.

"Gesundheit" kann deshalb in der modernen Lebensweise nicht nur als Abwesenheit oder Heilung von Krankheit definiert werden. "Sie ist kein passiv erlebter Zustand des Wohlbefindens, wie die rein körperliche Fixierung des Begriffes in der klassischen Medizin nahelegt, sondern ein aktuelles Ergebnis der jeweils aktiv betriebenen Herstellung und Erhaltung der sozialen, psychischen und körperlichen Aktionsfähigkeit eines Menschen. Soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle Lebensbedingungen bilden dabei den Rahmen für die Entwicklungsmöglichkeiten von Gesundheit."⁶

Das übergreifende Ziel einer modernen Gesundheitspolitik müßte es daher sein, nicht lediglich den institutionellen, juristischen und materiellen Rahmen für körperliches Wohlbefinden bereitzustellen, sondern die in das kapitalistische Gesundheitswesen strukturell eingewobenen Verhältnisse von Herrschaft und Fremdbestimmung abzubauen, also die Handlungsfähigkeit der Individuen und ihre Möglichkeiten zur Selbststeuerung und Selbstentscheidung zu stärken. Das Ziel der biographischen Selbstbestimmung mithilfe gesellschaftlicher Regulierungsmechanismen wäre Leitbild einer solchen Gesundheitspolitik, die damit auf dem Modernitätsniveau der Lebensweise ihrer Adressaten angelangt wäre.

Am Beispiel der Stadtpolitik hat H. Schwengel beschrieben, wie die Lebensstilsuche, das Verlangen nach einer "Kultur des Wählens" politisch gestützt werden könnte.⁷ "Kartograph des eigenen Territoriums, der eigenen Nachbarschaft, des Stadtteils und der Stadt zu werden, seine eigene Lebensform zu repräsentieren, und nicht an Routine und Dichte des Alltags zu verlieren, die ziellose Bewegung im öffentlichen Raum als Strategie, Zwecke überhaupt zu finden, zu verstehen, das sind ... sehr konkrete sinnliche Notwendigkeiten des Lebens und Überlebens und zugleich Vorgriffe auf Erfahrungen, die erst dann möglich und notwendig werden, wenn erfolgreiche Modernisierung alle Lebensverhältnisse umgestülpt hat, kein Reservoir der Traditionalität wirklich mehr übrig läßt. Dieser Spagat gehört inzwischen zum Alltag unserer Zivilisation und ist keineswegs mehr bestimmten Eliten und Avantgarden vorbehalten. Es gibt einen wachsenden Bereich, wo es gilt, Ambivalenzen auszuhalten und zugleich Wahlchancen zu eröffnen, ohne sicher zu sein, daß es dafür gesellschaftliche "Lösungen" im eigentlichen Sinn überhaupt geben kann..."⁸ "Gesundheit spiegelt die subjektive Verarbei-

tung und Bewältigung" gerade auch dieser gesellschaftlichen Verhältnisse. "Gesundheit ist nur möglich, wenn eine Person konstruktiv Sozialbeziehungen aufbauen kann, sozial integriert ist, die eigene Lebensgestaltung an die wechselhaften Belastungen des Lebensumfeldes anpassen kann, dabei individuelle Selbstbestimmung sichern und den Einklang mit den biogenetischen, physiologischen und körperlichen Möglichkeiten herstellen kann."⁹

Der Trennung von Politik und Lebensweise auf einer Entwicklungsstufe der modernen Gesellschaft, in der die Politik noch wohlfahrtsstaatlichen Mustern folgt, die im Lebensalltag längst in Auflösung befindlich sind, kann also eine Repolitisierung des Alltags und eine Diffusion von Politik in weitere gesellschaftliche Bereiche folgen. Nicht nur die Medizin, auch die Psychologie, die Pädagogik, die Sozial- und Umweltwissenschaften sind dann auf dem Gebiet der "Gesundheit" gefordert. Nicht nur das Gesundheitswesen, auch das Bildungswesen, die Sozialarbeit, die sozialen Bewegungen und die politischen Gruppen und Institutionen haben sich dann um das

Wohlbefinden der Individuen zu kümmern. Gerade auch die Demokratisierungsperspektiven der Linken, der proklamierte zweite Anlauf, mehr Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen zu wagen, ist darin aufgehoben. In diesem Sinne ist "Gesundheit" eine Macht- und vielleicht auch (und noch immer) eine Klassenfrage - und für die Linke nicht nur im Feuilleton interessant.

- * Oliver Brosch, Wuppertal, Mitglied der spw-Redaktion
 1 K. Hurrelmann, Sozialisation und Gesundheit, Weinheim und München 1988, S. 12
 2 ebd.
 3 U. Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986, S. 330
 4 U. Beck, a.a.O., S. 331
 5 ebd.
 6 K. Hurrelmann, a.a.O., S. 17
 7 H. Schwengel, Neue Urbanität und die Politik der Lebensstile, in: Kulturlandschaft Stadt, Köln 1990, S. 29-46
 8 H. Schwengel, a.a.O., S. 39/40
 9 K. Hurrelmann, a.a.O., S. 17

Zeitungsmacher!

Bei uns gibt's Vereins- & Verbandszeitungen in TOP-QUALITÄT; wir drucken ausschließlich über Film + Metallplatte.
 Außerdem: Negativ- und Mehrfarbdruck sind für uns ebenso Standard, wie beste, professionelle Weiterverarbeitung !!

Unsere Preise?
SENSATIONELL!

0 23 04 / 2 17 55

DRUCKEREI Uwe Nolte - Karl-Gerharts-Str. 25 - 5840 Schwerte 1

Richard Roth*

“FORTSCHRITT '90” - VERZICHT AUF DIE SOZIALE GRUNDSICHERUNG BEDEUTET SOZIALPOLITISCHEN RÜCKSCHRITT

Die sozialpolitische Bedeutung der Grundsicherung

In der Bundesrepublik gilt das Sozialstaatsprinzip als Verfassungsprinzip. Bei der konkreten Ausgestaltung dominiert der Versicherungsgedanke gegenüber der Fürsorge und der Versorgung. Von 660 Milliarden DM, die 1988 für Sozialleistungen ausgegeben wurden und einem Anteil von 31,3 Prozent des Bruttosozialproduktes entsprachen, entfielen 60 Prozent auf die Sozialversicherung. Steuerfinanzierte Fürsorge- und Versorgungsleistungen wie Kindergeld, Sozialhilfe und Wohngeld machten 14 Prozent des Sozialbudgets aus. Hinzu kam ein steuerfinanzierter Anteil von 9 Prozent für beamtenrechtliche Versorgungssysteme. Weitere 9 Prozent des Sozialaufwandes entfielen auf direkte Arbeitgeberleistungen wie Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. 8 Prozent waren indirekte Leistungen durch steuerrechtliche Vergünstigungen.²

Obwohl die Sozialversicherung die wichtigste Grundlage der sozialen Sicherung bildet, weist sie erhebliche Defizite auf. Diese hängen mit den Konstruktionsprinzipien zusammen. Die Sozialversicherung knüpft in der Regel an einer lohnabhängigen Erwerbstätigkeit an und kennt ansonsten nur abgeleitete Ansprüche. Versor-

Die sozialdemokratische Forderung nach einer sozialen Grundsicherung wurde im März 1990 auf Vorschlag von Oskar Lafontaine von der Arbeitsgruppe "Fortschritt '90" aus dem Programm der SPD für die bevorstehende Bundestagswahl gestrichen. Der designierte Kanzlerkandidat begründete diesen Schritt damit, daß angesichts der zu erwartenden finanziellen Leistungen für die DDR im Bundeshaushalt keine weiteren Leistungsgesetze finanzierbar seien.¹ Ein Verzicht auf die soziale Grundsicherung bedeutet einen Rückschritt in der Sozialpolitik für die neunziger Jahre. Die Finanzierungsfrage ist lediglich ein Aspekt der sozialen Grundsicherung. Ein anderer Gesichtspunkt ist die sozialpolitische Bedeutung.



gungslücken zeigen sich vor allem bei den monetären Leistungen. Relative Armut ist kein Einzelfall. 1975 war die CDU im Zusammenhang mit der "Neuen Sozialen Frage" davon ausgegangen, daß fast 2,3 Millionen Personen in 1,1 Millionen Rentnerhaushalten in Armut lebten.³ 1979 schätzte die Transfer-Enquete-Kommission den Personenkreis, der neben einer Rente regelmäßig Sozialhilfeleistungen bezog, für das Jahr 1973 auf rund 500 000 Rentnerinnen und Rentner.⁴

Die Existenz der Altersarmut läßt sich nicht leugnen. Umstritten ist nur das Ausmaß. Nach Angaben der Sachverständigenkommission zur Harmonisierung der Alterssicherungssysteme verfügten 1981 etwa 15 Prozent aller Rentnerhaushalte über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1000 DM. Entsprechende Pensionärshaushalte wurden nicht gefunden, da den Beamtinnen und Beamten eine Mindestversorgung von mehr als 1000 DM netto zugesichert war.⁵ Auf der Grundlage der Ergebnisse des Mikrozensus von 1982 errechneten die Grünen 1985, daß 500 000 Personen, von denen 80 Prozent Frauen waren, in Rentnerhaushalten mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 600 DM und 2,7 Millionen Personen in Rentnerhaushalten mit weniger als 1000 DM pro Kopf auskommen mußten.⁶ Nach dem Bundessozialhilfegesetz erhielten 1985 54 000 Männer und 211 000 Frauen, die über 60 Jahre alt waren, laufende Hilfen zum Lebensunterhalt. Aufgrund einer Quote der Nichtinanspruchnahme von 100 Prozent wurde das Sozialhilfepotential älterer Menschen für das Jahr 1985 auf 500 000 Personen geschätzt.⁷

Von der Altersarmut sind vor allem Frauen betroffen. Eine Witwenrente übersteigt nur dann das Sozialhilfeniveau, wenn der verstorbene Ehemann zumindest Durchschnittsverdiener war und 44 anrechnungsfähige Versicherungsjahre aufzuweisen hat.⁸ Ohne Zusatzversorgung oder eigene Rentenansprüche droht Witwen ein Leben an der Armutsgrenze. 1989 betrug die durchschnittliche Witwenrente 785,84 DM brutto im Monat.⁹ Mit 28,80 DM je Kind (1989) ergab selbst

die Anrechnung von Kindererziehungszeiten nur ein zusätzliches Taschengeld. Frauen wird der Aufbau einer ausreichenden eigenständigen Alterssicherung nach wie vor durch Kindererziehung und Lohndiskriminierung erschwert, durch die Regelungen über die Sozialversicherungsfreiheit geringfügiger Beschäftigungen sogar verunmöglicht. Die Anzahl der sozialversicherungsfrei Beschäftigten wurde 1989 mit 2,28 Millionen Personen angegeben. Davon waren 60 Prozent Frauen.¹⁰ Wegen der Lohndiskriminierung mußte die Rente nach Mindesteinkommen bei der "Rentenreform '92" noch einmal fortgeschrieben werden.

Durch die Sozialversicherung wird die Altersarmut auch in Zukunft nicht ausgeschlossen. Für jüngere Lohnabhängige ist es schwieriger geworden, ausreichende Rentenansprüche aufzubauen, da das Normalarbeitsverhältnis erodiert, die Sozialversicherungsfreiheit geringfügiger Beschäftigungen fortbesteht und bei Arbeitslosigkeit die Voraussetzungen für eine Unterstützungsleistung der Bundesanstalt für Arbeit nicht erfüllt werden. Von 22,527 Millionen Beschäftigten hatten 1986 lediglich 83,5 Prozent ein unbefristetes Vollzeitverhältnis. Der Rest mußte mit Teilzeitarbeitsverhältnissen und zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnissen zufrieden sein.¹¹

In den achtziger Jahren wurde die Armutsproblematik durch die Massenarbeitslosigkeit und den angebotsorientierten Sozialabbau weiter ausgedehnt. Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Textil und Bekleidung beklagte 1985 eine "neue Armut", die manche Rentnerinnen und Rentner zum Verzehr von Hundefutter zwingt.¹²

Miteinschneidenden Sozialkürzungen mußten auch die mehr als 2 Millionen Arbeitslosen fertig werden. Für kinderlose Leistungsempfänger wurde das Arbeitslosengeld von 68 auf 63 Prozent und die Arbeitslosenhilfe von 58 auf 56 Prozent des letzten Nettolohnes herabgesetzt. 1988 betrug das monatliche Arbeitslosengeld im Durchschnitt 1055 DM, die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe 842 DM im Monat.¹³ Rund ein Drittel der 2,242 Millionen Arbeitslosen bekam 1988 keinerlei finanzielle Unterstützung durch

die Bundesanstalt für Arbeit und war damit zur Bestreitung des Lebensunterhaltes auf die Familien- oder die Sozialhilfe angewiesen. 33 Prozent der Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen waren Arbeitslose.¹⁴

Den letzten Rettungsanker der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik bildet die Sozialhilfe. Zwischen 1980 und 1987 stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger der Hilfe zum Lebensunterhalt von 1,322 auf 2,332 Millionen Personen. Die Ausgaben für die Hilfen zum Lebensunterhalt, die überwiegend von den Städten und Gemeinden getragen wurden, wuchsen im gleichen Zeitraum von 4,399 auf 10,270 Milliarden DM.¹⁵ Die Leistungen der Sozialhilfe richteten sich nach einem standardisierten Pro-Kopf-Bedarf. 1989 erhielt beispielsweise ein älteres (Rentner-) Ehepaar 918 DM, eine alleinerziehende Frau mit 2 Kindern im Alter von 5 und 8 Jahren 892 DM im Monat. Hinzu kam die Erstattung der anerkanntsfähigen Kosten für Heizung und Wohnung, so daß sich rechnerisch Sozialhilfeleistungen von ungefähr 1300 DM im Monat ergaben.¹⁶ Der Bezug von Sozialhilfe setzt eine Bedürftigkeitsprüfung voraus und bedeutet zugleich die offizielle Anerkennung der Armut.

Auch wenn in der Bundesrepublik eine systematische Armutsberichterstattung fehlt¹⁷, läßt sich die Existenz von relativer Armut nicht bestreiten. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband errechnete 1989, daß in der Bundesrepublik rund 6 Millionen Menschen in Armut lebten.¹⁸ Das war ein Zehntel der Wohnbevölkerung. Mit der Forderung nach einer sozialen Grundsicherung hatte die SPD nach langjähriger parteiinterner Diskussion bis 1988/89 programmatisch einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Armutsproblematik geleistet.

Die Diskussion über eine soziale Grundsicherung

Bei der Forderung nach einer sozialen Grund- oder Mindestsicherung handelt es sich um eine alte sozialdemokratische Überlegung. Die aktuelle Variante der Diskussion geht bis in das Jahr 1977 zurück. Auf dem Hamburger Parteitag der SPD im November 1977 hatte Herbert Wehner eine neue sozialpolitische Offensive verlangt: "Unsere Partei muß ein überzeugendes Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung der Sozialpolitik erarbeiten und für 1980 eine neue sozialpolitische Offensive vorbereiten"



...ale Integration... Probleme auf... Verteilung... Wirtschaft... notwen... in: Wird es... risierung in... geeinten... und zum an... der wirt... tion ver... sucht... dem Kalkül... zuklammern... nicht auf...

... Dieses Konzept muß der SPD sowohl eine langfristige und grundsätzliche Orientierung für ihre Sozialpolitik an die Hand geben als auch konkrete programmatische Aussagen für den ... Bundestagswahlkampf 1980 und für die 9. Legislaturperiode enthalten.¹⁹ Vom Parteivorstand war bereits am 13. Oktober 1977 beschlossen worden, eine Arbeitsgruppe "Sozialpolitisches Programm" einzurichten.

Im Vorfeld der Bundestagswahl von 1980 verabschiedete die SPD auf

einem außerordentlichen Parteitag ein "Programm zur zukunftsgerechten Weiterentwicklung der Alterssicherung". Darin wurde auch eine "bedarfsorientierte Mindestrente" gefordert, die durch freiwerdende Mittel der Sozialhilfe finanziert werden sollte. "Mit der Einführung der bedarfsorientierten Mindestrente machen wir einen weiteren Schritt hin zur Erfüllung des Auftrags des Gadesberger Programms, das jedem Bürger im Alter, bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit oder beim Tode des Ernährers Anspruch auf eine solidarische Mindestsicherung garantieren will."²⁰ Abgesehen von den Aussagen zur Rentenversicherung stand das "Programm zur zukunftsgerechten

Zukunft des Sozialstaats" vor. Auf dem Nürnberger Parteitag 1986 folgte der erste Entwurf für ein sozialpolitisches Programm "Die Zukunft sozial gestalten". Als der Parteitag in Münster schließlich 1988 das "Sozialpolitische Programm" verabschiedete, wurde von der SPD die Schaffung einer sozialen Grundsicherung befürwortet: "Im heutigen Versicherungssystem kann im Alter, bei Invalidität, bei Arbeitslosigkeit und im Hinterbliebenenfall nicht in jedem Einzelfall eine Geldleistung garantiert werden, die zur Sicherung des Existenzminimums ausreicht..."

Sozialdemokraten sprechen sich deshalb für ein umfassendes Konzept

Ein Verzicht auf die Forderung nach einer sozialen Grundsicherung bedeutet nicht nur den Bruch mit der geltenden sozialdemokratischen Programmatik, sondern auch eine Absage an Vorstellungen der Gewerkschaften und der Grünen. In einem Schreiben an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion zum "Rentenkompromiß" erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Rudolf Dreßler im Februar 1989: "Daß mit den Regierungsparteien weder über die Soziale Grundsicherung noch über den Wertschöpfungsbeitrag zu reden ist, braucht niemanden zu wundern."²⁵ In der Tat war eine allgemeine Staatsbürgerversicherung von der CDU bereits im Grundsatzprogramm von 1978

DOKUMENTATION

Körner in der Pferdeäpfeln sättigen nicht die Spatzen

10-jährige Armutsbericht der Arbeitsgruppe „Armut und Unterversorgung“ mit Blick auf ein Gesamtde

Trotz des jahrelangen Wirtschaftsaufschwungs: die Zahl der Armen ist gestiegen. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung betrug 1988 im Bundesdurchschnitt 5,5 Prozent. Es besteht die Gefahr, daß diese Zahl nach der deutschen Vereinigung weiter in die Höhe schnell. Dennoch, so die Arbeitsgruppe Armut und Unterversorgung an der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, setze die Bundesregierung weiterhin auf die "Pferdeäpfeltheorie", die da lautet: Man muß die Pferde (Unternehmer) kräftig füttern, um zu erreichen, daß in deren Pferdeäpfeln ausreichend Körner übrigbleiben, damit auch noch die Spatzen (Arbeitnehmer) satt werden. In ihrer fachpolitischen Stellungnahme "Reichtum und Armut in Deutschland" gibt die Arbeitsgruppe einen Überblick über die aktuelle Situation und fordert Korrekturen für das Sozialversicherungssystem. Die FR dokumentiert Auszüge aus dem Papier, erhältlich bei Professor Dr. Huster, Evangelische Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Fachbereich Sozialarbeit, 4630 Bochum 1, Inmanuel-Kant-Straße 18-20.

an Steuergeldern durch fehlgeleitete Ausgabenpolitik, also etwa durch Luxusbauprojekte, Fehlkalkulationen, Planungsspannen, Politourismus u.a.m. verschleudert werden. Angesichts dieser enormen Förderung der Bessergestellten in dieser Gesellschaft etwa durch das Steuerrecht und eine entsprechende Ausgabenpolitik des Beschenkens und Vergעדens versteht es sich quasi von selbst, daß für soziale Reformprojekte nichts übrig bleibt. Auf der Strecke...

sten der L... der Kanzler... fontaine, nic... Entwicklung i... formprojekte... einer. Grun... Gesellscha... versicheru... er... T... den Mitt... len will.

rechten Weiterentwicklung der Alterssicherung unter einem Finanzierungsverbot²¹, den Helmut Schmidt am 21. Februar 1980 in einer vorbereitenden Sitzung des Parteivorstandes durchgesetzt hatte.²²

Programmatisch gelang der Durchbruch zu einer umfassenden sozialen Grundsicherung erst nach dem Regierungswechsel von 1982. Auf dem Essener Parteitag 1984 legte die Arbeitsgruppe "Sozialpolitisches Programm" den Zwischenbericht "Die

Sozialer Grundsicherung aus, das im Alter, bei Invalidität, bei Arbeitslosigkeit und im Hinterbliebenenfall durch den für den jeweiligen Tatbestand zuständigen Sozialversicherungszweig in jedem Fall das Existenzminimum sichert, ohne daß Sozialhilfe zu zahlen ist."²³

Das Konzept einer ergänzenden sozialen Grundsicherung wurde im Dezember 1989 auch in das neue Grundsatzprogramm der SPD aufgenommen.²⁴

abgelehnt worden.²⁶ Die FDP hatte Kleinstrentner in den 32 Thesen zur Alterssicherung von 1979 auf die Sozialhilfe verwiesen.²⁷ Lediglich die Grünen hatten 1985 den Vorschlag einer Mindestrente von 1000 DM im Monat für alle Staatsbürger und einer beitragsbezogenen Zusatzrente für Erwerbstätige zur Bekämpfung der Altersarmut unterbreitet.²⁸ 1987 befürwortete auch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB eine ergänzende soziale Grundsicherung.²⁹

Mit der Forderung nach einer sozialen Grundsicherung hatte sich die SPD programmatisch deutlich von marktradikalen und neokonservativen Vorstellungen in der Sozialpolitik abgegrenzt. Auch im Verlauf der Ausschlußberatungen zum Rentenreformgesetz 1992 sprachen sich die Vertreter der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion 1989 für die Einführung einer sozialen Grundsicherung bei veränderten Mehrheitsverhältnissen nach der nächsten Bundestagswahl aus.³⁰ Trotz ihrer überwiegenden Zustimmung zu angebotsorientierten "Rentenreform '92" versicherte die SPD-Bundestagsfraktion bei den abschließenden Lesungen am 9. November 1989 mehrfach, daß die Einführung einer sozialen Grundsicherung auf der Tagesordnung bleibe.³¹ Wenige Stunden später öffnete die DDR die "Mauer". Seither wird in der Bundesrepublik über die Modalitäten der deutsch-deutschen Einheit diskutiert.

Einheit auf Kosten der sozialen Sicherheit?

Mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wird die soziale Grundsicherung zu einem wichtigen Bestandteil für die soziale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der DDR. Die bloße Übertragung bundesdeutscher Sozialversicherungsleistungen auf DDR-Verhältnisse ist selbst bei einem Umstellungskurs der Währungen von 1:1 materiell unzureichend, da das bisherige Miet- und Preisgefüge auseinanderbrechen wird. Nach bundesdeutschem Berechnungsverfahren bekommen Arbeitslose in der DDR künftig zwischen 620 und 670 DM im Monat. Trotz einer Anhebung des bisherigen Rentenzahlbetrages nach 45 Versicherungsjahren von 470 Mark auf ungefähr 750 DM im Monat drohen gewaltige Kaufkraftverluste. In der DDR kostete eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit Küche und Bad bislang monatlich 75 Mark Miete. In der Bundesrepublik mußten durchschnittlich 390 DM bezahlt werden.³²

Durch die Sozialunion mit der Bundesrepublik kommt auf die Bürgerinnen und Bürger der DDR eine völlig anders

geartete Sozialstaatsstruktur zu. Die Stichworte lauten: Differenzierung statt Egalisierung, Eigenleistung statt Versorgung, Ausgrenzung statt Einbindung. Bisher bildete die garantierte Vollbeschäftigung die Grundlage der sozialen Sicherheit in der DDR. 84 Prozent der Frauen und 82 Prozent der Männer im erwerbsfähigen Alter waren erwerbstätig. In der Bundesrepublik waren es 77 Prozent der Männer und nur 53 Prozent der Frauen.³³ In der DDR verfügten demnach weitaus mehr Menschen über eigenständige Einkommen und Sozialversicherungsansprüche als in der Bundesrepublik. Dies wird sich in Zukunft ändern. Ähnlich hohe Erwerbsquoten wie im Sozialismus der DDR wurden von der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik nie erreicht. Schon heute zeichnet sich ab, daß die Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft in erster Linie zu Lasten der erwerbstätigen Frauen gehen wird. Insgesamt wird mit der Arbeitslosigkeit von zwei bis drei Millionen Personen in der DDR gerechnet. In der Bundesrepublik wurde die Arbeitslosigkeit seit Mitte der siebziger Jahre zum Anlaß für einen fortschreitenden Sozialabbau genommen.

Aus verschiedenen Gründen droht die DDR zu einem Billiglohnland zu werden. Allein durch die Einführung bundesdeutscher Steuer- und Sozialversicherungsverhältnisse vermindern sich die verfügbaren Einkommen der Erwerbstätigen. In der DDR betrug das durchschnittliche Bruttoeinkommen knapp 1250 Mark im Monat. Davon waren rund 15 Prozent für Steuern und Sozialabgaben zu entrichten. In der Bundesrepublik lag die Belastungsquote der Bruttolöhne 1985 bei 32,9 Prozent. Davon entfielen 18,2 Prozent auf die Lohnsteuer und 14,7 Prozent auf Beiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung.³⁴ Bei dieser Belastungsquote verbleiben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der DDR statt 1062 Mark nur 839 DM netto im Monat. Im Gegensatz zur kostenlosen Gesundheitsversorgung in der DDR kennt das bundesdeutsche Krankenversicherungswesen eine Selbstbeteiligung der Versicherten und ihrer Familienangehörigen für Krankenhausaufenthalte, Arzneimittel, Sehhilfen und Zahnersatz. Die High-Tech-Medizin im Westen hat einen

Sonderpreis, der die Einkommen zusätzlich belastet. Ohne Selbstbeteiligung müßten die Arbeitgeber die Hälfte der Zusatzkosten übernehmen.

Durch die Umstellung auf das bundesdeutsche Berechnungsverfahren steigt der monatliche Rentenzahlbetrag nach 45 Versicherungsjahren in der DDR von 470 Mark auf ungefähr 750 DM. Davon muß ein Rentnerkrankenversicherungsbeitrag von 6,45 Prozent abgezogen werden, so daß netto rund 700 DM zur Verfügung stehen. Wer weniger als 45 Versicherungsjahre aufzuweisen hat, bekommt entsprechend weniger. Das bundesdeutsche Rentenrecht orientiert sich strikt an der individuellen Position im allgemeinen Einkommensgefüge und an der Dauer der Erwerbstätigkeit. Mindestrenten gibt es nicht. Unter der Annahme, daß in der DDR von einem älteren Ehepaar wegen langjähriger Erwerbstätigkeit zwei Renten bezogen werden, liegt der Bruttozahlbetrag mit 1500 DM unter der Rente eines bundesdeutschen Durchschnittsverdieners mit 45 Versicherungsjahren in Höhe von 1780,90 DM ab 1. Juli 1990.

Ohne soziale Grundsicherung im Alter, bei Invalidität, bei Arbeitslosigkeit und im Hinterbliebenenfall werden die Defizite der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik mit Hilfe einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion auf die DDR übertragen und dort erheblich verschärft. Bisher flossen jedem Haushalt in der DDR durch Preissubventionen durchschnittlich 945 Mark im Monat zu.³⁵ Bei freien Mieten und Preisen werden künftig Rentnerinnen und Rentner sowie Arbeitslose, die nur über ein Sozialeinkommen von 750 oder 620 DM verfügen, in der DDR entweder verelenden oder Familien- und Sozialhilfe beanspruchen müssen. Der Anspruch auf Sozialhilfe wird allerdings von den jeweiligen Richtsätzen und Anrechnungsbestimmungen abhängen. Wer auf die Forderung nach einer sozialen Grundsicherung verzichtet, beschreitet den Weg des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten auf Kosten der sozialen Sicherheit. Trotz der zu erwartenden finanziellen Leistungen für die DDR ist die Einführung einer sozialen Grundsicherung in den neunziger Jahren keine Finanzierungsfrage

im Bundeshaushalt, sondern eine gesellschaftspolitische Verteilungsfrage.

Zur Finanzierung der sozialen Grundsicherung

Die Frage nach der Finanzierung der sozialen Grundsicherung wurde von der SPD im "Sozialpolitischen Programm" von 1988 so beantwortet: "Die Kosten, die für den zuständigen Sozialleistungsträger durch die soziale Grundsicherung entstehen, werden vom Bund getragen. Die Einsparungen der Länder und Gemeinden bei der Sozialhilfe sind bei der Verteilung des Steueraufkommens angemessen zu berücksichtigen."³⁶ Gleichzeitig wurde an anderer Stelle folgende Aussage getroffen: "Die Einkommens- und Vermögenspolitik muß zu einem eigenständigen Schwerpunkt sozial-

demokratischer Gesellschaftspolitik weiterentwickelt werden."³⁷ Dies könnte durch die Einführung einer steuerfinanzierten sozialen Grundsicherung geschehen.

Die Einkommensverteilung hat sich seit Mitte der siebziger Jahre beständig zu Gunsten der Unternehmerschichten. Während ein Selbständigenhaushalt 1975 im Durchschnitt das 2,1-fache des Einkommens eines Arbeitnehmerhaushaltes bezogen hatte, betrug der Einkommensunterschied 1986 das 2,6-fache.³⁸ Diese Entwicklung hing nicht zuletzt mit der fiskal- und sozialpolitischen Umverteilung von unten nach oben zusammen. Zwischen 1975 und 1988 verringerte sich die Sozialleistungsquote von 33,7 auf 31,3 Prozent des Bruttoeinkommens. Außerdem sank die Steuerbelastung der Bruttoeinkommen aus privater Unternehmertätigkeit zwischen 1977 und 1987 von 38,7 auf 24,3 Prozent,³⁹

während die Lohnsteuerquote von 16,4 auf 18,4 Prozent der Bruttolöhne stieg. 1987 entfielen 35 Prozent des Steueraufkommens auf die Lohn- und 26 Prozent auf die Mehrwertsteuer. Angesichts der fiskal- und sozialpolitischen Umverteilung von unten nach oben verwundert es nicht, daß nach dem Regierungswechsel von 1982 die Gewinne explodierten.

Eine soziale Grundsicherung ist nach wie vor finanzierbar. Neben der Umschichtung freierwerdender Mittel der Sozialhilfe muß nur die Unternehmerbesteuerung wieder der Gewinnexplosion angepaßt werden. Finanzielle Leistungen für die DDR lassen sich durch die Streichung des Milliardenprojektes "Jäger '90" erbringen. Wer die soziale Grundsicherung dem Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten opfert, flankiert die Umverteilungsabsichten der Arbeitgeber.

* Dr. phil., Diplom-Politologe, Mitglied der SPD, Fürth

1 Vgl. z.B. das Interview mit Oskar Lafontaine "Viel Porzellan zerdeppert", in: Vorwärts, Sozialdemokratisches Magazin, Nr. 4/1990, S. 8-10, hier: S. 10
 2 Vgl. Bäcker, G. u.a.: Sozialpolitik und soziale Lage in der Bundesrepublik Deutschland (2 Bände), hier: Band I, Arbeit, Einkommen, Qualifikation, Köln 1989, S. 41-44
 3 Vgl. Fink, U.: Armut - Eine neue soziale Frage?, in: Soziale Sicherheit 1976, S. 289-293
 4 Vgl. Transfer-Enquete-Kommission: Zur Einkommenslage der Rentner. Zwischenbericht der Kommission, hrsgg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1983, S. 125
 5 Vgl. Gutachten der Sachverständigenkommission Alterssicherungssysteme: Berichtsband 1, Vergleich der Alterssicherungssysteme und Empfehlungen der Kommission, hrsgg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1983, S. 125
 6 Vgl. Bundestagsdrucksache 10/3496 (= Antrag der Grünen "Grundrente statt Altersarmut") vom 18. Juni 1985, S. 3
 7 Vgl. Bäcker, G./Steffan, J.: Alterssicherung in der Zukunft. Fakten, Argumente und Vorschläge zur Reform der Alterssicherung für Arbeitnehmer, Hamburg 1988, S. 130
 8 Vgl. Schmähl, W.: Rentenniveau, Rentenhöhe und Sozialhilfezahlungen - Einkommensmäßige "Über- und Unterversorgung", in: Deutsche Rentenversicherung, Nr. 10/1984, S. 575f.
 9 Vgl. Rentenreform '92, hrsgg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1990, Übersicht S. 196f.
 10 Vgl. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Sozialversicherungsfreie Beschäftigung, Bonn 1989

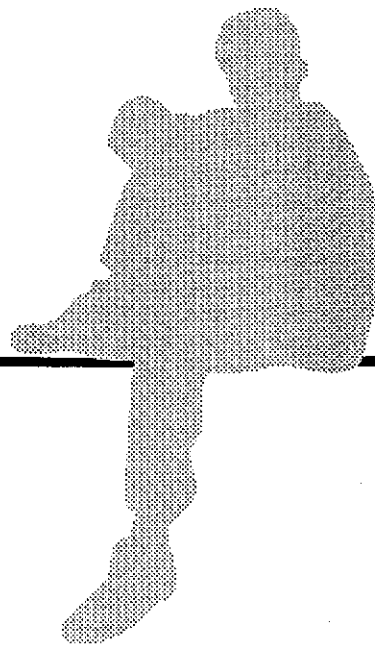
11 Vgl. Bäcker, G. u.a.: Sozialpolitik, Band I, a.a.O. (= Anm. 2), S. 182 und 184
 12 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 29.04.1985, S. 4
 13 Vgl. Bäcker, G. u.a.: Sozialpolitik, Band I, a.a.O. (= Anm. 2), S. 242-244
 14 Vgl. ebd., S. 230
 15 Vgl. ebd., S. 141f.
 16 Vgl. ebd., S. 135
 17 Vgl. Armutsberichterstattung statt Tabuisierung von Armut: "Wir brauchen eine regelmäßige, umfassende Armutsberichterstattung in der Bundesrepublik". Fachpolitische Stellungnahme der Arbeitsgruppe "Armut und Unterversorgung", in: Soziale Sicherheit 1987, S. 136-140
 18 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 10.11.1989, S. 1
 19 Wehner, H., zit. nach: Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. bis 17. November 1977, Congreß-Centrum Hamburg. Protokoll der Verhandlungen, Anträge, Bonn o.J., S. 214
 20 Vorstand der SPD (Hrsg.), Programm zur zukunftsgerechten Weiterentwicklung der Alterssicherung. In der vom außerordentlichen Parteitag der SPD am 9. Juni 1980 beschlossenen Fassung, Bonn o.J., S. 9
 21 Vgl. ebd., S. 16
 22 Vgl. Der Spiegel, Nr. 10/1980, S. 38-40
 23 Die Zukunft sozial gestalten - Sozialpolitisches Programm der SPD. Beschluß zur Sozialpolitik des Münsteraner Parteitages, in: Politik, Informationsdienst der SPD, Nr. 8, September 1988, S. 21
 24 Vgl. das im Vorwärts, Sozialdemokratisches Magazin, Nr. 1/1990 dokumentierte Grundsatzprogramm der SPD vom Dezember 1989, S. 15
 25 Dreßler, R., zit. nach: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (Hrsg.): Politik und Betrieb, Nr. 2/1989: Der Ren-

tenkompromiß. Materialien und Informationen, Bonn 1989, S. 5-7, hier: S. 6
 26 Vgl. Heck, B. (Hrsg.): Die CDU und ihr Programm. Programme, Erklärungen, Entschlüsse, Melle 1979, S. 205
 27 Vgl. FDP-Bundeschäftsstelle (Hrsg.): 32 Thesen zur Alterssicherung. Bundestagepartei der FDP in Bremen vom 10. bis 17. Juni 1979, S. 19f.
 28 Vgl. Grundrente statt Altersarmut, hrsgg. von den Grünen und dem Seniorenschutzbund "Graue Panther", Berlin (West), Essen 1985
 29 Vgl. dazu: WSI-Mitteilungen, Nr. 2/1987
 30 Vgl. Bundestagsdrucksache 11/5530 (= Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zum Rentenreformgesetz 1992), S. 57f.
 31 Vgl. Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 11. Wahlperiode, 174. Sitzung am 9. November 1989, S. 13111 (Abg. Dreßler), S. 13124 (Abg. Heyenn), S. 13157 (Abg. Frau Steinhauer)
 32 Vgl. Soziales im DDR-Sozialismus, in: Die Zeit vom 23. 02. 1990, S. 14
 33 Vgl. Die Zeit vom 16. 03. 1990, S. 40
 34 Vgl. Bundestagsdrucksache 10/5810 (= Sozialbericht 1986), S. 186
 35 Vgl. Soziales im DDR-Sozialismus, in: Die Zeit vom 23. 02. 1990, S. 14
 36 Die Zukunft sozial gestalten - Sozialpolitisches Programm der SPD, a.a.O. (= Anm. 23), S. 22
 37 Ebd., S. 8
 38 Vgl. Bäcker, G. u.a.: Sozialpolitik, Band I, a.a.O. (= Anm. 2), S. 104
 39 Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '89. Gegen Unternehmerrmacht und Patriarchat. Gleichstellung der Frauen - demokratische Wirtschaftspolitik in der EG, Köln 1989, S. 122

DER SOZIALISMUS ALS FEHLGEBURT?

EIN GESPRÄCH MIT JÜRGEN KUCZYNSKI

Am Rande des
5. Wolfgang-Abendroth-
Symposiums, das vom
27.-29. April
in Nürnberg stattfand,
führte Uli Schöler für
spw ein Gespräch mit
Prof. Jürgen Kuczynski,
dem Nestor der
DDR-Geschichtswissen-
schaft.



Interview

spw: *eine Chance haben würden, wenn diese Revolution ausgeweitet würde in Richtung auf eine Weltrevolution; zumindest eine europäische Revolution; sie gingen also - Lenin eingeschlossen - nicht davon aus, daß innerhalb Sowjetrußlands alleine eine sozialistische Entwicklung möglich sein würde.*

Jürgen Kuczynski: Ja. Das war jedoch ein Irrtum in zweierlei Beziehung. Erstens hat es keine Weltrevolution gegeben, und zweitens hat sich der Sozialismus in der Sowjetunion entwickelt.

spw: *Gab es denn zu dem Weg, den die Bolschewiki im Gefolge der Erkenntnis ihrer isolierten Lage eingeschlagen haben - ich nenne zwei Stichworte: einmal 1921 die Wende zur Neuen Ökonomischen Politik und dann die Wende 1929 zur forcierten Industrialisierung und Zwangskollektivierung - gab es dazu historisch jeweils Alternativen?*

Jürgen Kuczynski: Also, ich würde sagen, daß die beiden politischen Konzepte richtig waren, abgesehen von dem Zwang bei der Kollektivierung. Aber gleichwohl hatte die Revolution von 1917 schon Aussichten auf eine Entwicklung in Richtung Sozialismus (und hat ihn auch in gewisser Weise durchgeführt - allerdings noch sehr im Anfangsstadium). Und zweitens würde ich sagen, daß die Kollektivierung der Landwirtschaft als Zwangsmaßnahme falsch war, aber genossenschaftliche Institutionen in der Landwirtschaft, die freiwillig gewesen wären, wären nützlich gewesen.

spw: *Die Debatten über die Veränderungen in Osteuropa werden nahezu einhellig unter dem Stichwort "Scheitern des Sozialismus" geführt. "Scheitern des Sozialismus" - heißt das möglicherweise, daß schon die Oktoberrevolution als erster Versuch, in diesem Jahrhundert den Sozialismus anzugehen, ein Irrtum gewesen ist?*

Jürgen Kuczynski: Nein, das würde ich keineswegs sagen. Wir brauchen nur daran zu denken, daß schließlich ein Viertel der Menschheit heute noch unter sozialistischen Bedingungen lebt, in der Sowjetunion und China, natürlich unter reparaturbedürftigen Verhältnissen, aber welche Gesellschaftsordnung bedarf nicht dauernd neuer Reparatur? Und das ist das Entscheidende, was man begreifen muß. Das hätte man auch vom Kapitalismus lernen können, der sich immer wieder erneuert hat.

spw: *Die Bolschewiki gingen allerdings nach der Oktoberrevolution 1917 zunächst selber davon aus, daß sie nur dann*

spw: Und der Bereich der Industrialisierung - war dieses schnelle Tempo...

Jürgen Kuczynski: ...es war eine absolute Notwendigkeit, das hat der Zweite Weltkrieg gezeigt. Ich bin immer noch im Zweifel, ob die Verbrechen Stalins stärker zu werten sind als seine Industrialisierungspolitik, denn die war die Basis dafür, daß die Sowjetunion eine Rüstungsindustrie hatte, die es ihr ermöglichte, den Hitlerfaschismus zu besiegen.

spw: *Nun wird in der heutigen sowjetischen Diskussion sehr stark Bezug genommen auf die Konzepte der Neuen Ökonomischen Politik, sowohl Lenins als auch Bucharins. Es wird intensiv darüber diskutiert, inwieweit das, was man heute als das administrative Kommando-system in der Industrie bezeichnet, inwieweit dies nicht ein Relikt ist aus der Zeit des Stalinismus, inwieweit also diese Wende von 1929 nicht gerade mit effektiveren und demokratischeren ökonomischen Mechanismen Schluß gemacht hat, an die man heute anzuknüpfen versucht.*

Jürgen Kuczynski: Ja, aber man muß zweierlei unterscheiden. Das eine ist die Wendung zum Aufbau einer modernen Industrie, und das zweite sind die Mittel, mit denen man das getan hat.

spw: *Die sowjetische Kritik geht meines Erachtens heute zu Recht dahin, daß ein viel zu scharfes Tempo eingeschlagen worden und daß dadurch eine große Ressourcenvergeudung zustande gekommen ist.*

Jürgen Kuczynski: Nein, das würde ich nicht sagen, nein, es war ein ganz starkes Tempo notwendig, aber nicht mit diesem Kommandosystem.

spw: *Wenden wir uns nun der Situation nach 1945 zu, dem eigentlichen Bereich unseres Gesprächs, bezogen insbesondere auf die Entwicklung der DDR. Kann man sagen, daß das, was nach 1945 stattgefunden hat,*

der Versuch der Sowjetunion war, die Revolution zu exportieren, die eigene Isolation zu überwinden?

Jürgen Kuczynski: Ich würde nicht von einem Export der Revolution sprechen. Also erstens besteht gar kein Zweifel, daß in Jugoslawien und China die Revolution aus eigener Kraft gemacht wurde. Daß die Sowjetunion in den besetzten Gebieten zunächst einen ganz starken Einfluß hatte, ist selbstverständlich, genau wie die Vereinigten Staaten und Großbritannien einen sehr entscheidenden Einfluß auf dem heutigen Gebiet der Bundesrepublik hatten.

spw: *Aber interessant ist doch, daß die Beispiele China und Jugoslawien im Umkehrschluß belegen, daß dies, wenn man von einem revolutionären, eigenständigen Prozeß spricht, für den Bereich der DDR und für andere osteuropäische Länder nicht gesagt werden kann...*

Jürgen Kuczynski: ...ganz sicher nicht...

spw: *...- Die Frage ist aber dann: Welche Auswirkungen hat dies auf das System, das sich seitdem ausgebildet hat?*

Jürgen Kuczynski: Also, ich würde sagen, daß die Sowjetadministration auf dem heutigen Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik sehr vorsichtig und sehr klug vorgegangen ist. Wenn man die negativen Erscheinungen der Sowjetpolitik in der Sowjetunion und auf dem Gebiet der DDR vergleicht, sind sie überhaupt nicht vergleichbar. Vieles, was in der Sowjetunion geschah, geschah bei uns nicht. Im großen und ganzen war die Besatzungsmacht für unser Volk in der DDR eine ganz große Hilfe. Ich möchte aber hinzufügen, daß sich das änderte, nachdem wir eine selbständige Republik wurden. Wir wurden viel stalinistischer, als wir selbständig waren, als vorher.

spw: *Beziehen wir dies einmal konkret auf die parteipolitische Entwicklung. Hier gibt es, zumindest was die letzten Jahr-*

zehnte angeht, eine frappierend unterschiedliche Beurteilung des Entstehungszusammenhangs der SED als Partei; während man bei uns fast einhellig von einer Zwangsvereinigung spricht, wird es in der SED-Geschichtsschreibung eher als brüderlicher Zusammenschluß gewertet. Wie beurteilst du das aus der heutigen Sicht?

Jürgen Kuczynski: Ich würde sagen, es war ein brüderlicher Zusammenschluß. Schon im November 1945 wollte die Führung der Sozialdemokraten eine Einheitspartei, und damals wurde das sowohl von der Sowjetbesatzungsmacht wie von unserer Partei, also der KPD, abgelehnt; etwas ganz anderes ist die Behandlung der Sozialdemokraten, die sich nicht anschlossen. Die war einfach schändlich.

spw: *Nun wird als Hauptargument für den Begriff der Zwangsvereinigung die Abstimmung gewertet, die es in Berlin gegeben hat, wo zwar die überwiegende Mehrheit der Abstimmenden dafür votiert hat, mit der KPD gemeinsame Politik zu machen, aber zugleich gegen einen sofortigen Zusammenschluß ausgesprochen hat.*

Jürgen Kuczynski: Das hat damit etwas zu tun, daß es in Berlin verschiedene Besatzungsmächte gab. Das erklärt im Grunde alles.

spw: *Was bedeuteten die Unruhen von 1953 für eine andere Entwicklungsmöglichkeit der DDR und welche Wege zur Umkehr gab es bezüglich der von dir schon angesprochenen Stalinisierung innerhalb der SED?*

Jürgen Kuczynski: Ich würde sagen, daß die Entwicklung im Juni 1953 ein Aufstand gegen das Kommandosystem war, nicht gegen den Stalinismus, der Begriff war ja damals noch gar nicht vorhanden. Auch die ganze Ideologie war eine andere, aber es war ein sehr gesunder Aufstand gegen das Kommandosystem. Es gab eine kurzfristige Wendung, aber leider eben nur sehr kurzfristig.

spw: Hätte es im Gefolge die Möglichkeit einer anderen ökonomischen Entwicklung gegeben, konkret eine Alternative zur Kopie des sowjetischen Modells, die mögliche längere Beibehaltung privatisierter und genossenschaftlicher Sektoren, z.B. im Handwerk, im Dienstleistungsbereich, bei den Kleinbetrieben, mehr Demokratie im Betrieb und z.B. auch ein anderes Verhältnis zu Forschung und Wissenschaft.

Jürgen Kuczynski: Ja unbedingt, da ist gar kein Zweifel. Da haben wir eine völlig unsinnige - nicht so unsinnig wie in anderen sozialistischen Staaten, nicht so unsinnig wie in der Sowjetunion, aber trotzdem reichlich unsinnige - Politik betrieben. Wir hätten eine Fülle von Kleinbetrieben, mittleren Betrieben erhalten sollen, wir hätten dem Handwerk viel mehr Freiheit geben sollen.

spw: Nun wurde in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei im Jahre 1968 versucht, in der angesprochenen Richtung ein anderes Modell zu entwickeln. Wie beurteilst du aus der heutigen Sicht diesen Versuch und seine Beendigung, die militärische Intervention der sozialistischen Bruderstaaten?

Jürgen Kuczynski: Kurz gefaßt: Der Versuch war positiv, das Eingreifen des Militärs negativ.

spw: Kommen wir nun zur heutigen Situation. Wenn es nach Lenins Auffassung so ist, daß der Wettbewerb der Systeme sich auf dem ökonomischen und nicht auf dem politischen Sektor entscheidet, ist der Sozialismus damit insgesamt oder nur ein bestimmtes Modell des Sozialismus gescheitert?

Jürgen Kuczynski: Nur letzteres trifft zu. Man hat vergessen, daß Lenin eben gesagt hat, die wahre Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus werde sich in einer höheren Arbeitsproduktivität zeigen.

spw: Was bedeutet die Entwicklung in der DDR für die SED bzw. jetzt die PDS als Partei? Welche Aufarbeitung hat sie geleistet, wie glaubwürdig ist sie dabei und welche realen Änderungen hat es in der Partei, oben und unten, gegeben?

Jürgen Kuczynski: Also, ich würde sagen, daß das natürlich zu einer schweren Niederlage des Sozialismus, und damit der SED und der PDS, geführt hat, daß sich aber die Situation schon geändert hat. Man merkt es auch an den Angriffen der bundesrepublikanischen Presse auf die PDS, und ich meine, daß eine Stabilisierung der PDS stattgefunden hat.

spw: Bleiben wir aber doch mal bei dem, was ich als Problem der Aufarbeitung angesprochen habe. Gibt es eine wirklich offene Diskussion darüber, welche Fehler in den letzten 40 Jahren gemacht worden sind, und welche Konsequenzen ideologischer, theoretischer, praktischer und auch personeller Art daraus gezogen werden müssen?

Jürgen Kuczynski: Ja, es gibt eine sehr offene Diskussion in der PDS und selbstverständlich in der gesamten Presse, in Artikeln, in Vorträgen, und es fängt auch schon an in Büchern und Broschüren.

spw: Ich denke, daß wir dabei das "Wendehals-Problem" nicht ausklammern dürfen. Ich will dies aus eigener Erfahrung an folgendem Problem festmachen: In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion - ausgehend von der Position des Marxismus-Leninismus - wurden andere Strömungen in der Arbeiterbewegung, auch in ihrer historischen und theoretischen Beurteilung, zumeist mit dem Verdikt des Revisionismus, der Abweichung belegt. Vorstellungen alternativer Wege zum Sozialismus, etwa des sogenannten dritten Weges, wurden als Verrat am Sozialismus gebrandmarkt. Die gleichen Personen, die dies noch

vor dem November '89 in ihren Publikationen getan haben, propagieren nun diesen dritten Weg. Ist dies die Möglichkeit einer glaubwürdigen Aufarbeitung?

Jürgen Kuczynski: Ich glaube, man muß erstens unterscheiden zwischen denen, die stets kritisch waren, zweitens denen, die eingesehen haben, wie falsch die bisherige Politik war - das sind echte Wendehälse, und dann natürlich den Opportunisten. Alle drei muß man unterscheiden und schließlich die große Gruppe derer, die sich völlig vom Sozialismus abgekehrt haben, die sind ja schließlich auch Wendehälse.

spw: Damit zusammenhängend ist sicherlich ein großes Problem das der Verantwortlichkeit der PDS für die gesamte Vergangenheit mit der Staatsicherheit, die Verantwortlichkeit beispielsweise dafür, daß fast die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung der DDR beim Ministerium für Staatsicherheit in Akten erfaßt worden ist. Was bedeutet dies für die politische Aktionsmöglichkeit und Glaubwürdigkeit der PDS heute?

Jürgen Kuczynski: Es ist eine schwere Belastung für die PDS als Partei. Für die große Masse der Parteimitglieder der PDS insofern nicht, als sie erstens nicht von dem Ausmaß der Autokratie der Staatsicherheit gewußt hat, und zweitens, als ein großer Teil der Parteimitglieder auch negativ von der Staatsicherheit erfaßt wurde, darunter ich selbstverständlich auch.

spw: Wenn nun die PDS in ihrem Namen zum Ausdruck bringt, daß sie sich selbst für einen demokratischen Sozialismus einsetzt, wenn in ihr der Begriff des dritten Weges völlig neu positiv besetzt wird, wenn sie für ein Mehrparteiensystem eintritt, wenn in ihr die alte Lenin'sche Parteikonzeption des Demokratischen Zentralismus, zumindest in ihrer lang geübten Ausprägung, aufgegeben wird - was unterscheidet eine solche Partei von einer linken Position

innerhalb der Sozialdemokratie? Gibt es überhaupt nach diesen ideologischen Wandlungen das Erfordernis einer eigenen im früheren Sinne kommunistischen Partei, bzw. was bedeutet dies bezogen auf die historischen Gründe für die Spaltung der Arbeiterbewegung?

Jürgen Kuczynski: Also, zunächst bin ich unbedingt für das Weiterbestehen der PDS, zweitens bin ich unbedingt für ein vernünftiges Verhältnis zwischen PDS und Sozialdemokratie, wobei man durchaus feststellen kann, daß viele linke Sozialdemokraten und wir als Mitglieder der PDS uns ohne Schwierigkeiten über den größten Teil der Probleme verständigen können.

spw: Aber nochmal nachgefragt: Es gibt in der Situation zwischen 1917 und 1920 sehr intensive theoretische Debatten um bestimmte Grundfragen des theoretischen Verständnisses von Sozialismus, der Diktatur des Proletariats, der Parteikonzeption. Sind diese historischen Gründe, die die Spaltung der Arbeiterbewegung in der heute noch vorfindlichen Form gerechtfertigt haben, sind diese Gründe noch vorhanden?

Jürgen Kuczynski: Ich glaube nicht. Wir sprechen nicht mehr von der Diktatur des Proletariats als PDS, und wir begreifen, daß sich überhaupt die Gesellschaft sehr wesentlich verändert hat gegenüber der Zeit vor 50, 60, ja 70 Jahren. Die Intelligenz spielt eine ganz andere Rolle in der Gesellschaft, und auch in der Zusammensetzung der Führung der PDS.

spw: Wie ist deine Haltung zur SPD in der DDR?

Jürgen Kuczynski: Ich würde sagen, soweit ich Kontakte mit Sozialdemokraten habe, diese Kontakte durchaus erfreulich sind. Aber ich würde nicht sagen, daß ich mit der Politik der SPD insofern übereinstimme, als es richtig war, sich auf eine Koalition mit der CDU, überhaupt mit der rechten Allianz, zu einigen. Und es gibt auch große Teile der Sozialdemokratie, die gegen diese Koalition sind.

Etwa der Bezirk Berlin der SPD ist gegen die Koalition, die Jungen Sozialdemokraten sind gegen die Koalition, und ich glaube auch nicht, daß diese Koalition sehr lange halten wird.

spw: Das selbstbeschriebene Dilemma der SPD in der DDR hat ja nun darin bestanden, daß sie befürchtete, zwischen einer Oppositionspartei PDS auf der einen Seite, mit der sie nicht identifiziert werden wollte, und einer Regierungspolitik auf der anderen Seite, auf die sie keinen Einfluß gehabt hätte, zerrieben zu werden. Welche Chancen einer alternativen Politik hätte sie gehabt?

Jürgen Kuczynski: Ich glaube, sie hätte eine große Chance als selbständige Oppositionspartei gehabt, die sich abgrenzt von der PDS, aber nicht in feindlicher, sondern in sachlicher Weise.

spw: Das Hauptproblem des Verhältnisses der SPD der DDR zur PDS, glaube ich, besteht darin, daß viele SPD-Mitglieder konkrete Erfahrungen mit der Repression des alten Systems in der DDR gemacht haben...

Jürgen Kuczynski: ...sicherlich, ja...

spw: ... und dafür weiter auch die PDS als Nachfolgeorganisation der SED verantwortlich machen.

Jürgen Kuczynski: Ganz zweifellos.

spw: Was bedeutet dies für Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten einer Zusammenarbeit?

Jürgen Kuczynski: Ich glaube, daß die praktische Politik der PDS allmählich eine ganze Reihe Sozialdemokraten überzeugen wird, daß es eine ganze Reihe von Berührungspunkten in gemeinsamen Auffassungen gibt und daß vor allen Dingen die PDS nicht das Bestreben hat, die Sozialdemokratie entweder zu verteuflern oder kaputtzumachen, indem sie die Mitglieder zu sich rüberziehen will.

spw: Noch eine Frage, die ein Stück die Rückschau betrifft. Wiewürdest du heute die politische Position und das politische Wirken von Personen wie Robert Havemann oder Wolfgang Biermann in der DDR einschätzen?

Jürgen Kuczynski: Also, was Robert Havemann betrifft, so haben wir nie in einem Konflikt gestanden, und ich halte die Rehabilitierung von Robert für völlig berechtigt und nicht nur berechtigt, sondern auch für notwendig. Mit Biermann habe ich mich nie beschäftigt, aber ich fand die Politik ihm gegenüber völlig blödsinnig.

spw: Eine letzte Frage zu der Perspektive. Gibt es eine Perspektive des Sozialismus in der DDR?

Jürgen Kuczynski: Ja. Das würde ich definitiv sagen, nicht für die aller nächste Zeit, da werden wir erst langsam erstarben, aber ohne eine entscheidende Rolle in der Gesellschaft zu spielen. Aber wenn man etwas weiter sieht, bin ich überzeugt, daß wir wieder an echtem Einfluß gewinnen werden, und schließlich wird der Sozialismus siegen. Aber das werde ich nicht mehr erleben.

spw: Diese Perspektive, zusammengedacht mit dem, was wir aktuell erleben, daß die konservativen Kräfte den Anschluß der DDR um jeden Preis betreiben: Bedeutet dies nicht, daß jedwede sozialistische Position in einem vereinigten Deutschland zunächst notwendig aus einer Minderheitsposition heraus operieren muß?

Jürgen Kuczynski: Das hängt zum Teil sehr stark von der Entwicklung in der Bundesrepublik ab...

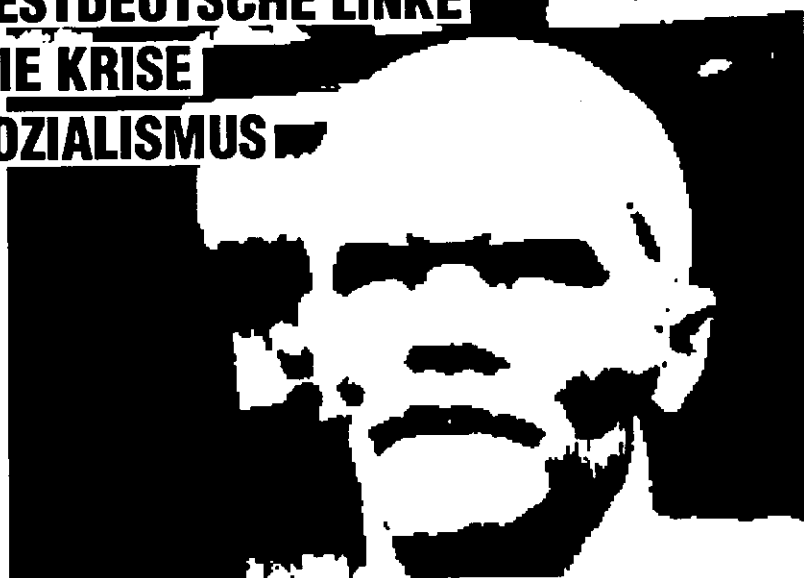
spw: ...und welche Hoffnungen oder Befürchtungen hast du da?

Jürgen Kuczynski: Keine Befürchtungen, sondern nur Hoffnungen.

spw: Vielen Dank.

MECHTILD JANSEN*

DIE WESTDEUTSCHE LINKE UND DIE KRISE DES SOZIALISMUS



DIE "REAL-SOZIALISTISCHEN" LÄNDER HABEN EIGENE ENTWICKLUNGSPRÜNGE NICHT GESCHAFFT.

Wenn in diesen Tagen vielerorts über die Verunsicherung oder auch "Jammern" von Linken gesprochen wird, so ist dieser Zustand zwar nicht angenehm, mehr würde es mich aber wundern oder beunruhigen, es gäbe angesichts des historischen Geschehens keine Krise, und es würde schon wieder hurra geschrien. Vielleicht können wir die Lernchance nutzen. Die folgenden Anmerkungen sind der Versuch einer politischen Analyse und Debatte vor unvollständigem wissenschaftlichen und theoretischen Hintergrund.

1. Die Krise des Sozialismus - was macht sie aus?

"Der Sozialismus" ist angetreten, aus dem ökonomisch, sozial, politisch und kulturell Vorgefundenen ein eigenes Neues an humanem, sozial gerechtem

und demokratischem Gesellschaftsleben zu entwickeln. In Form der in unser Denken als "realsozialistisch" eingegangenen Länder ist "der Sozialismus" zu einem bloßen Antipoden der realkapitalistischen Gesellschaft geworden und darin seinem Gegenüber unterlegen geblieben. Um dem Kapitalismus gleich oder noch schöner gleich zu werden, dafür sind die höheren Potenzen in jeder Hinsicht allemal im Original-Kapitalismus angesammelt.

Die Krise des "realen Sozialismus" sagt über beide Systeme etwas aus, auch über das ihm entgegengesetzte. Diese Krise Ost sagt nämlich auch etwas über die inneren Grenzen und Widersprüche des Kapitalismus, die wir in schlechterer Kopie oder auch als ausgelagerte Hälfte seiner selbst im "Realsozialismus" wiederfinden. Und sie sagt etwas über die Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus, der sich zum Anderen einer Gesellschaftsordnung nur in Gegnerschaft definieren konnte und kann und sie nie als Chance eigener Entwicklung begriff.

Diese bloße "Anti-, Ab-, Gegenwehr- oder Spiegelbild-Haltung hatte in bestimmter Weise oder für bestimmte Entwicklungsphasen ihre Notwendigkeit und ihre Berechtigung. Sie reicht aber niemals und sie führt sogar ins Abwärts, wenn sie darüber hinaus aufrechterhalten wird. Die "realsozialistischen" Länder haben eigene Entwicklungssprünge nicht geschafft, welche natürlich nie unabhängig von den Ausgangs- und Rahmenbedingungen möglich sind, die aber gerade die entscheidende Möglichkeit sozialen und politischen Handelns der menschlichen Subjekte ausmachen. Insofern ist die "Krise" des Sozialismus primär ein "hausgemachtes" Problem.

Dafür gibt es zwei denkbare Erklärungen: Entweder war anderes nicht möglich, und dann hatte der Sozialismus noch keine hinreichende historische Berechtigung, so war die Entwicklung noch nicht "reif" für ihn. Oder diejenigen, die es anders wollten, haben mehr versagt als Erfolg gehabt.

Dieses Schema der bloßen Antipode und diese Krise des Sozialismus erstrecken sich auf alle Felder der Politik und Gesellschaft:

- Die staatliche "Kommando-" oder Planwirtschaft erstickte in bloßer Nachahmung des westlichen "Wachstums" und Industrialisierungsprozesses schließlich ökonomisches Wachstum und damit soziale Besserung.
- Die atomare Abschreckungspolitik wurde zu einem Bestandteil der globalen Kriegs- und Umweltgefährdung.
- Die internationale Hegemonialpolitik verschüttete die Emanzipationsbewegungen oder gaukelte ihnen leichten Sieg vor und schlug schließlich als Schwächung auf die UdSSR selbst zurück.
- Innergesellschaftlich verkam die Partei als "neue Kraft" zur Abwehr monopolistischer kapitalistischer Macht selber zu autoritärer, polizeistaatlicher und terroristischer Gewaltausübung, sie wirkte über alle Unterschiede hinweg inhuman und wurde zum Gegenteil gesellschaftlicher und individueller Emanzipation und Verwirklichung von Menschenrechten.

All das konzentriert sich noch einmal im absoluten Wahrheits- und Heilsanspruch einer kleinen Elite bzw. Partei "führung", die von oben das Gute bringen sollte und zum Schrecken für die Menschen wurde. Als Antipode zur Religion, die als "Opium für das Volk" bekanntlich das Paradies fürs Jenseits verhieß, blieb sie doch nur eine andere Art von Religion. Sie verlangte absolute Gefolgschaft, verfolgte Abweichung nicht weniger gnadenlos und verhielt sich als "materialistische Weltanschauung" fatalerweise das Paradies - im Einheitsmodell - für das Diesseits, weshalb die Enttäuschung jetzt möglicherweise noch größer ist als gegenüber dem lieben Gott.

Es spricht m.E. nach wie vor für eine Chance von "Sozialismus" in der UdSSR, daß dort dieses "alte" System und diese "alte" Politik von innen her aufgebrochen und die Wende von innen in Gang gesetzt worden ist.

Es versteht sich, daß da heute kaum jemand mehr von Sozialismus sprechen mag, was jetzt im common sense negativ als Stalinismus gefaßt wird. Statt eines Begriffstreits und einer Wortakrobatik über lange verteidigten "real existierenden Sozialismus", der nun entschieden ganz und gar nie einer war, - gut gemeint vielleicht als Rettungsversuch für Sozialismus überhaupt - wäre es für die zukünftige Debatte hilfreicher, wir würden konkret definieren, was wir warum gegenüber der Vergangenheit ändern und wie wir Zukunft neu - demokratisch, sozial, friedlich, ökologisch, feministisch, sozialistisch - gestalten wollen.

Diese Zusammenhänge verweisen uns auf ganz grundlegende Probleme alternativer Politikversuche, die eine eigene Entwicklungsqualität bekommen sollen und sich nicht in bloßen Anti-Haltungen erschöpfen. Es gibt Grundelemente, die wir aus unseren bisherigen Lebensverhältnissen heraus als Voraussetzungen für die wirkliche (soziale, demokratische und individuelle) "Freiheit aller" formulieren können, besonders im Blick auf ökonomische und politische Machtverhältnisse bzw. Verfügungsrechte. Dann aber schon setzt immer ein Prozeß von Befreiung von unten, aktiv von den Menschen geschaffen ein, in dem das "Neue" zunächst immer als Minderheit auftritt. Es ist ein Prozeß schöpferischen Werdens, dessen Ergebnis wir nicht vorab kennen. Wenn Unterwerfung abgeworfen werden soll, dann geht es um Annahme, Akzeptanz und Gestaltung dieses Werdens, d.h. auch des Suchens und nicht des Habens von Befreiung. Dies ist folglich immer auch ein Prozeß, der mit Risiken beladen ist, die einzugehen sind und

mir einem linken "Sicherheits- und Versorgungsdenken" in vieler Hinsicht zu widersprechen scheinen. Wo es wirklich um Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung gehen soll, wäre der Begriff von "Sicherheit" im Sinne existentieller Grund aufgehobenheit eines jeden Individuums in der Gesellschaft neu bzw. genauer zu definieren.¹

Das alles sagt aber nichts über die Berechtigung des Ausgangspunktes, eine Alternative zum kapitalistischen Raubbau zu wollen und zu brauchen. Damit ist ebenfalls nicht gesagt, daß die sozialistischen Kräfte, die das versucht haben, von Anfang an keine Ansätze zu einer Alternative gehabt und nichts Neues hervorgebracht hätten. Es spricht m.E. nach wie vor für eine Chance von "Sozialismus" in der UdSSR, daß dort dieses "alte" System und diese "alte" Politik von innen her aufgebrochen und die Wende von innen in Gang gesetzt worden ist, deren Ausgang ungewiß bleibt. Diese Chance gilt für das Umfeld der UdSSR m.E. nicht oder sehr viel weniger, nicht zuletzt wohl auch weil dort das stalinistische System in Folge des 2. Weltkrieges von oben inthronisiert worden ist.

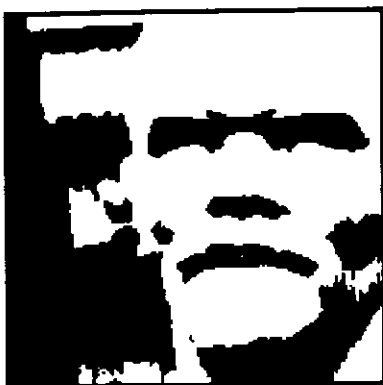
Umgekehrt mag ich mich über These vom "Sieg des Kapitalismus" (wie sie auch von vielen Linken, v.a. von solchen, die besonders "radikal" sein wollen, vertreten wird) so nicht anschließen. Das ist natürlich eine relative Aussage, weil es selbstredend Einflußnahmen, Abhängigkeiten und

Ich wende mich gegen die These vom bloßen Sieg des Kapitalismus, weil sie wiederum eigenes Scheitern linker Politik nicht wahrhaben will oder auf bloße monolithische allmächtige Gegner ablenkt.

Vorteilsnahme gibt, aber auf beiden Seiten eben auch eigene innere Wirkungsmechanismen. Wenn, dann hat

es vielleicht höchstens einen "Sieg" des Kapitalismus über den ersten sozialistischen Versuch ganz in seinen Anfängen gegeben, das wäre noch einmal genau zu betrachten.

Natürlich hat sich der Kapitalismus auch unter Einflußnahme des Sozialismus verändert und er ist insoweit ein Stück veränderungsfähig. Aber das Scheitern des einen ist nicht gleichbedeutend mit dem Sieg des anderen. Diese Bewertung scheint mir eher ein Mythos und Denkfehler des Abschreckungsdenkens, das unser aller Köpfe immer noch besetzt. Einen "Sieg" -



was ist ein solcher? - des Kapitalismus sehe ich perspektivisch noch keineswegs, bestimmt keinen ungebrochenen. Nichts an eigenen Problemen der reichen westlichen Gesellschaften ist mit der Krise ostwärts gelöst oder hätte produktiven Auftrieb bekommen. Es scheitert ja auch das schlechtere Spiegelbild seiner selbst. Im übrigen wird der "freie Westen" ohne Negativ-Selbstdefinition in Abgrenzung zum Sozialismus oder Kommunismus auf sich selbst zurückgeworfen sein und einer kritischen Eigenbilanz nicht ausweichen können. Die von ihm produzierten Probleme auf dem Erdball schlagen ja schon längst auf ihn zurück. Die Unfähigkeit der hiesigen Politik, die Revolutionen in Osteuropa nicht bloß als Nachvollzug der westlichen Lebensweise, sondern auch als Herausforderung und Chance eigener Entwicklung aus eigenem Interesse zu begreifen, ist ein Ausdruck ihrer Blockaden. Mit der "Krise des Sozialismus" schwinden einige Konstitutiven westlichen und insbesondere des BRD-Selbstverständnisses dahin, was freilich bislang mit Fleiß und Sieges euphorie verdrängt wird.

Gescheitert ist ein "realer Sozialismus", der keiner - mindestens keiner mehr - war, an dessen Erbe alle, die Sozialismus weiterhin für notwendig halten und ihn wollen, lange zu tragen und anstrengend neu aufzubauen haben werden. Ich wende mich nicht zuletzt gegen die These vom bloßen Sieg des Kapitalismus, weil sie wiederum den *eigenen Anteil* am Geschehen leugnet, eigenes Scheitern linker Politik nicht wahrhaben will oder auf bloße monolithische, allmächtige Gegner ablenkt und somit einen entscheidenden Fehler linker Politik wiederholt. Sie läuft auf eine Selbstbeschränkung eigener Handlungsmöglichkeiten hinaus und verschließt oder engt bereits die zukünftigen Möglichkeiten ein, etwas Eigenes zu schaffen.

2. Die Krise der Linken

Die Krise der Linken in der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern ist mit der Krise der osteuropäischen Systeme eng verwoben, sie geht aber darin nicht auf und hat insofern nur bedingt mit ihr zu tun. Die Krise der WVO-Staaten berührt die Linke in der BRD, insoweit,

- als das Denken in Alternativen einmal mehr erschwert und nun erst recht verpönt sein und tabuisiert werden soll;
- als daß jede Emanzipationsbewegung an den Erfahrungen ihrer vorherigen um ihrer selbst willen anknüpfen muß und von außen daran gemessen wird;
- als daß sie sich in der Vergangenheit meist so oder so am "realsozialistischen Modell" abarbeitete;
- als daß sie dies selbst als "Modell" übernahm, propagierte oder sich ihm gar sklavisch unterworfen hatte, weshalb übrigens Zusammenbruch Ost mit dem Zusammenbruch der DKP hier ineinsfällt;
- und schließlich insofern, als daß alle linken Gruppen oder Strömungen keine hinreichenden alternativen Auswege für notwendige Problemlösungen haben.

Je größer die Identifizierung mit dem "realsozialistischen System" war, desto größer ist die Krisentendenz auch für die Linke hierzulande. Je größer

umgekehrt die souveräne Distanz bei gleichwohl sozialistischer Zielvorstellung war oder wird, desto eher ist jetzt eine Chance zur Kreativität und zu befreiendem Neuanfang gegeben. Zugleich sind trotz der unterschiedlichen Haltungen und dissidenten Kritik alle Linken und die *ganze Arbeiterbewegung* in das Problem verwoben - in welcher positiv oder negativ fixierten Weise auch immer. Es gibt gemeinsame Wurzeln und Prägungen, gegenseitige Abhängigkeiten und Beteiligungen am Geschehen, aus denen sich niemand heraushehlen kann, der sich auf das soziale Anliegen der Arbeiterbewegung bezieht, was nach wie vor nicht als Fehler gelten muß.

Auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zeigen in vielen Grundfragen - je eher sie "systemkritisch" waren oder sind, desto mehr - im Grundsätzlichen ähnliche Krisenerscheinungen, wenngleich sie vielleicht - weil weniger monolithisch und mehr an das reale Leben West gebunden - sich lernfähiger zeigen. Noch jedenfalls haben sie die Chance zu lernen. Hingegen war der Zusammenbruch der kommunistischen Politik m.E. unvermeidbar. Er ist zu begrüßen, weil dieses Politiksystem aus sich heraus nicht lernfähig war. Das schließt die Trauer und das Entsetzen über das Ausmaß des Scheiterns mit ein.

JE GRÖßER DIE IDENTIFIZIERUNG MIT DEM "REALSOZIALISTISCHEN SYSTEM" WAR, DESTO GRÖßER IST DIE KRISENTENDENZ AUCH FÜR DIE LINKE HIERZULANDE. ZUGLEICH SIND TROTZ DER UNTERSCHIEDLICHEN HALTUNGEN UND DISSIDENTEN KRITIK ALLE LINKEN UND DIE GANZE ARBEITERBEWEGUNG IN DAS PROBLEM VERWOBEN.

Die Krise der Linken in der BRD ist - im Rahmen des wechselseitigen Bedingungsgefüges - aber auch eine *hausgemachte*. Wesentliche Probleme im eigenen Land wurden nicht erkannt, es gab keine ausreichende eigene emanzipatorische Kraft und Alternative zur Lösung hiesiger Probleme. Das größte Hindernis bildete dabei die Orientie-

rung an einem Vorbild (und "Vorbild"-Denken überhaupt), die zu einem Konservatismus und einer Blockade progressiver Entwicklung von links führte, die sich wiederum mit rechtem Konservatismus die Hand gab und nicht selten zu einer Austauschbarkeit bestimmter Praktiken und Verhältnisse "rechts" und "links" führte. Die Widerspiegelung zu dieser "Vorbild-Orientierung" ist die Unfähigkeit, sich auf hiesige Verhältnisse wirklich einzulassen, zu einer "unbefangenen" Wahrnehmung und "echten", "ursprünglichen" Auseinandersetzung mit und in dieser Gesellschaft zu kommen. Der Vorgang kann auch als Internalisierung der Ausverlagerung einer Linken aus der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft und "Akzeptanz" oder Unterwerfung unter ein "Fremdkörper-Dasein" interpretiert werden und damit wieder als Unfähigkeit, etwas Eigenes, wirklich Emanzipatorisches, zu schaffen und somit die Fähigkeit zur grundlegenden qualitativen politischen Alternative zu erwerben. Als "hausgemachte" eigene Probleme der Linken sehe ich folgende Momente, die ich hier nur skizzenhaft kennzeichnen kann:

- Den Kampf gegen Militarismus und für den Frieden stellten sich viele Linke entweder bloß als - die Veränderung des Kapitalismus ignorierendes - "Niederreißen des Imperialismus" oder als Apologie auf das "Gleichgewichtsdenken" vor, das dem Militarismus selbst elementar verhaftet blieb.
- Die ökologische Problematik wurde sowohl in ihrer Tatsächlichkeit als in ihrem Charakter völlig verkannt, weil "Fortschritt" mit "wachstumsorientiertem Industrialismus" gleichgesetzt und seine Grenzen nicht auf einer qualitativ neuen Ebene gesprengt werden sollten.
- Für das moderne Elendspotential unserer Gesellschaften bestand - außerhalb des Sinns für aus dem vorigen Jahrhundert bekannte soziale Notlagen - kaum ein Gespür: Das Erfassen der Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt als *Kehrseite* unseres westlichen Wohlstandsstaats erschöpfte sich bestenfalls in einem auf den Lippen herumgetragenen Samaritertum. Die Veränderung der Arbeitsverhältnisse, der widersprüchliche Charakter von "Flexibilisierung" und die Zeitpro-

blematik wurden kaum oder viel zu spät erfaßt, in ihrer Geschlechtsspezifität gar nicht. Die Inhalte von Arbeit bzw. der Sinn unserer Produkte und unseres Konsums wurden erst gar nicht thematisiert und auch hier Wachstums- und Industrialisierungs-ideologie blind übernommen. Während Abhängigkeitsstrukturen längst gerade auf tiefsten psychischen Ebenen ausgeprägt wurden und entsprechenden humanen Verlust und Leid verursachten, galt die bloße Beschäftigung damit schon als Ausdruck bürgerlicher Dekadenz oder intellektueller Hysterie.

- Gegenüber den Problemen der Frauenemanzipation herrschte völlige Ignoranz und Verkenning des ihnen zugrundeliegenden umfassenden *eigenständigen* Unterdrückungsverhältnisses im Bereich der Produktion und Reproduktion. Ihre historisch herangereifte Dynamik übersehend werden das hierarchische System von Berufs- und Hausarbeit sowie die Familienform als patriarchales Herrschaftsverhältnis bis heute kaum thematisiert.
- Gegenüber den gesellschaftlichen Individualisierungstendenzen zeigten Arbeiterbewegung und viele Linke Hilflosigkeit, Ignoranz, oder sie verstiegen sich gar zu einer Anti-Haltung.
- Ihre Vorstellungen von Demokratie offenbarten eine ziemliche Rückständigkeit, und gegenüber den kulturellen Veränderungsprozessen ließen sie meist Unterschätzung und Fremdheit erkennen.

Es fällt auf, wie die "Linke" - das ist in der Kürze leider immer wieder grob und eigentlich unzulässig verallgemeinernd - noch vergleichsweise tätig war und ist, wo es irgendwelche "Opfer" des Kapitalismus zu betreuen gab und solange diese in ihrer Opferhaltung blieben. Als "betroffene" *Subjekte* waren die "Opfer" selbst in linker Politik kaum mehr vorgesehen, es sei denn, sie wurden als "Beweis" oder "Girlande" für einen bestimmten politischen Anspruch vorgeführt. So kam es zu einer paternalistischen Verwaltung von Emanzipation mit eingebautem Herrschaftsanspruch über die zur Herdentreue aufgeforderten Opfer-schäfchen. Diese Haltung ist durchaus der der Kirchen ähnlich. Denken wir

an die "Arbeitslosen", die armen Ausländer, die leicht minderbemittelten Frauen, die antifaschistischen Opfer, die Berufsverbote-Opfer, die

Die Krise der Linken in der BRD ist auch eine hausgemachte. Wesentliche Probleme im eigenen Land wurden nicht erkannt, es gab keine ausreichende eigene emanzipatorische Kraft und Alternative zur Lösung hiesiger Probleme.

sozialistischen Länder als Opfer der westlichen Atomraketen etc. pp. Damit ich nicht falsch verstanden werde, das Problem sehe ich in der Reduktion auf die Rolle der Opfer, die diese von Selbstverantwortung und Kritik einerseits befreit, und andererseits einen Herrschaftsanspruch über sie und dessen unterwürfige Hinnahme begründet.

So fällt auf, wie unsensibel, autoritär oder ausgrenzend sich "die Linke" oft gegenüber den *eigenen* - oder denen, die sie trotz *Tatsache* artikulierten - verhalten und wie *selbst* sie sich der *Veränderung* der *eigenen* Lebenshaltungen und -verhältnisse entziehen konnte. So konnte es kommen, daß auf die Krisenprozesse und die mit ihnen einhergehenden Veränderungsprozesse der modernen kapitalistischen Gesellschaft - in die wir ja selbst problemhaft involviert sind - sowie deren *Internationalisierung* aufgrund des weltumfassenden Kapitalverhältnisses keine hinreichenden Antworten gegeben werden konnten. So konnte die neokonservative Politik ihre schnelleren und aus ihrer Sicht zu einem großen Teil treffenden Antworten plazieren, deren Widersprüchlichkeit und Begrenztheit von der Linken jetzt vielleicht erst in einer nächsten Etappe begegnet werden kann.

Diese Entwicklungen sind Produkt bestimmter historischer gesellschaftlicher Entwicklungen, auf die wir jedoch immer nur mittels des "subjektiven Faktors" Einfluß haben, d.h. mit-

tels unserer Fähigkeit zu ihrer Erfassung, Verarbeitung und der Mobilisierung von Gestaltungs- und Veränderungspotentialen. Genau jener subjektive Faktor wurde in Bedeutung und Inhalt nicht adäquat erfaßt, seine Hervorhebung oft gar als Abweichung vom historischen Ausgangspunkt der "Arbeiterbewegung" diffamiert.

3. Die Reaktionen der verschiedenen Linken

Zur DKP und ihrem Umfeld löst sich sagen, tiefer Fall kommt nach dem Hochmut. Die DKP und ihre (Ex-) Mitglieder verstehen die Welt nicht mehr und befinden sich in tiefster Politik- und Psychokrise. Linke SPDler und Jusos fühlen sich ganz obenauf in weicher und modernistischer Variante des Altvertrauten. Gegen den Stalinismus waren sie schließlich schon immer, und ansonsten geht alles seinen sozialdemokratisch-sozialistischen Gang. Die Grünen bieten uns eine bemerkenswerte Gemengelage. Sie bleiben stecken in der globalen Frage, die ohne Systemzusammenhang, aber doch mit dem Kapitalismus zu lösen sein soll oder doch im Systemzusammenhang gesehen, aber nicht "sozialistisch" gelöst werden kann. Die "unabhängigen Linken" hatten stets recht gehabt und fordern nun endlich von Kommunisten und Prokommunisten öffentliches Schuldbekenntnis und unter der Hand vielleicht auch Reinwaschung von mancher Form linker antikommunistischer Ausgrenzung. Die Fundamentalisten aller "Sekten" vereinigen sich im Kampf gegen den "längst gerollten" Sieg des Kapitalismus, den sie mit radikaler "Negation" gleichwohl noch brechen werden. Die außerparlamentarischen Bewegungen sind verunsichert, suchen ahnungsvoll der Ansteking zu entgehen und nehmen ihre unfreiwillige Mitbetroffenheit ungern zur Kenntnis. Sie halten zum "linken Eingemachten" lieber den Mund und tasten nach eigenen neuen Perspektiven unter veränderten Voraussetzungen.

In der Summe sehe ich Erscheinungen, denen bald entgegenhalten zu können gut wäre: Verunsicherung und Orientierungslosigkeit; Unfähigkeit, innezu-

halten, auch zur Trauerarbeit, atemlose Rettungsversuche noch ganz nach altem Muster; Pseudoradikalisierung in letztlich hilfloser bloßer Antihaltung; Utopieverlust; ein Rennen, den Anschluß an den Anschluß nicht zu verpassen und jetzt wenigstens auch mal die Vorzüge des Systems zu genießen; Einrichten in Verhältnissen, Zynismus oder Fatalismus.

So können wir die Chancen, die die Revolutionen in Osteuropa neben allen Gefahren eröffnen, gewiß nicht nutzen. Ich sehe keinen Grund für "Pessimismus", wohl Anlaß für Realismus. Der Blick auf die Gründe möglicher Chancen linker Politik wird uns kaum nur freuen können. Alternative, Fremdbestimmung aufhebende, d.h.

IN DER SUMME SEHE ICH ERSCHEINUNGEN, DENEN BALD ENTGEGENHALTEN ZU KÖNNEN GUT WÄRE: VERUNSICHERUNG UND ORIENTIERUNGSLOSIGKEIT; UNFÄHIGKEIT, INNEZUHALTEN, AUCH ZUR TRAUERARBEIT, ATEMLOSE RETTUNGSVERSUCHE NACH GANZ ALTEM MUSTER; PSEUDORADIKALISIERUNG IN LETZTLICH HILFLOSER BLOSSER ANTIHALTUNG...

linke Politik ist nicht zuletzt tatsächlich Notwendigkeit, die sich aus der Entwicklung unserer Lebensverhältnisse ergibt. Eine kurzfristige Sicht der Dinge erlaubt uns keine großen Sprünge. Die Linke befindet sich in einer nachhaltigen Defensivposition, gegenwärtig bestimmt nicht sie das Geschehen, sondern es wird von anderen auch über sie entschieden. Wir können uns allerdings jetzt möglicherweise auf eine neue Situation einstellen und uns neuen Vorlauf zu schaffen versuchen - u.a. für die Zeit, in der die Regierenden an den von ihnen z.T. selbst organisierten Problemen stocken und mit ihrer Politik hoffentlich scheitern werden. Ich wünsche mir, daß wir uns nicht einen Tag länger wie die Karnickel über das Feld jagen lassen und uns selbst mit dem Argument an der Nase herumführen, dies oder jenes jetzt machen zu müssen, obwohl wir dazu nicht hinreichend vorbereitet sind, weil doch sonst der Gegner... und weil es andere

doch auch machen... Diese Atemlosigkeit verschafft uns keine neue Kraft.

4. Problemlagen und veränderte Rahmenbedingungen

Die Probleme, denen wir uns zu widmen haben, sind bekannt, und sie wachsen: Ausbeutung der Dritten Welt, Militarisierung, ökologische Zerstörung, Frauenunterdrückung, erniedrigende, ausbeuterische oder sinnlose Produktionsweise und -inhalte, Erwerbslosigkeit, Diskriminierung von ImmigrantInnen, Herrschaft und Kontrolle durch Kapital und Staat. Kompetente Lösungsvorschläge gibt es seit langem. Sie scheitern im wesentlichen am immer noch mangelnden Druck der Betroffenen und der Öffentlichkeit; an den politischen Machtverhältnissen bzw. den fehlenden Entscheidungskompetenzen der BürgerInnen und mangelnder politischer Demokratie; an der noch nicht erfolgreichen Suche nach neuen ökonomischen Mechanismen, die Demokratie und Effektivität im Sinne humaner Problemlösung gewährleisten; und an einem neuen emanzipativen Verhältnis von Individuum und Kollektiv, Rechten der Einzelnen und der Gesellschaft, Vorschlägen zur Gewährleistung von individuellen und sozialen Menschenrechten für alle. Damit sind auch bevorstehende Aufgabenstellungen angedeutet. Ich sehe veränderte Rahmenbedingungen für unseren Versuch, die existierenden Probleme auf einem humanen, demokratischen und sozialen Weg zu lösen:

- Wir haben ein beachtliches Fundamentkritisches BürgerInnen-Bewußtseins und eine nicht gänzlich geschlossene Öffentlichkeit in der Folge des Wirkens neuer und z.T. auch der alten sozialen Bewegungen, es ist jedenfalls stärker als je zuvor nach 1945.
- Die Revolutionen in Osteuropa, die dort praktizierte Übung in Demokratie von unten, können zurückwirken als ein motivierendes und aktivierendes Beispiel für die BürgerInnen hier, ihre Interessen und Rechte zu verteidigen.
- In dem Maße, in dem die Kapitalisierung Osteuropas fortschreitet und deren Preis spürbar wird, mögen

sich die Menschen dort ebenfalls ihrer demokratischen Ausgangsorte und Sozialwerte wiedererinnern. Des Feindbildes ledig geworden werden die kapitalistischen Gesellschaften auf ihre eigenen Krisen-, Verfalls-, Korruptionserscheinungen und Entwicklungsprobleme stoßen. Es könnte sein, daß die uneingelösten Ansprüche aus Ost und West, der bürgerlichen Französischen und der sozialistischen Oktober-Revolution, auf die Tagesordnung geraten.

- Der Ost-West-Gegensatz und die "Systemkonkurrenz" wird zugunsten pluralerer Verhältnisse und u.U. mehr demokratischer Experimentiermöglichkeiten abgelöst.
- Der Nord-Süd-Gegensatz wird stärker in den Vordergrund geraten, uns die Internationalisierung und internationale Interdependenz aller zentralen Probleme vor Augen führen - und uns entsprechende Antworten abverlangen.
- Für alle Handlungsmöglichkeiten hiesiger Politik, d.h. auch der Linken, wird der europäische Zusammenhang eine wachsende Rolle spielen; ohne ihn ist kein nationales Problem mehr sinnvoll anzugehen.

Diese Faktoren, insbesondere die globalen Gefahren und die internationalen Interdependenzen, erhöhen m.E. die Chancen der Einflußnahme der Politik, auch der "kleineren" Kräfte, d.h. es gibt Möglichkeiten für eine Demokratisierung und Abbau von Hierarchien. Denn: es darf z.B. nicht mehr so

Wir brauchen Utopien als produktive Kraft und Orientierungselemente von unten - nicht fertige segensreiche Modelle, übergestülpt von oben.

leicht, mindestens nicht atomar, geschossen werden; nicht alles kann mehr gekauft werden (reine Luft z.B.); der Kapitalismus selbst bedarf zu seinem

Überleben der wachsenden "Kreativität" und "denkenden Selbstverantwortung" einer wachsenden Anzahl von Menschen. Grenzen neokonservativer Modernisierung scheinen auf. Vielleicht wird die "Einheit Deutschlands" neue Sozialdemokratisierung mit sich bringen.

Sozialismus könnte künftig ausmachen, daß die verschiedenen Herrschaftsverhältnisse in ihrer Verflochtenheit und ihren globalen Zusammenhängen wie in ihrer jeweiligen Eigenständigkeit angegangen und abgebaut werden.

gen, dann aber wird sie auch deren "Weite" zur progressiven Weiterentwicklung als Chance eröffnen. Ob die Karten wirklich neu gemischt werden, das ist offen. Aber der Versuch, unseren Beitrag beizusteuern, kann nicht strittig sein. Neue gesellschaftspolitische Debatten jedenfalls stehen ins Haus.

5. Konsequenzen

Wenn Linke ihre Möglichkeiten ausschöpfen wollen, so wird es ihnen nur gelingen, wenn sie ihre Arbeit von unten her auf Prozesse der Befreiung hin anlegen. Emanzipation - "Sozialismus" - ist nur mit dem Willen der Menschen denkbar. Die Negation unakzeptabler gesellschaftlicher Zustände ist dabei produktive Kraft nur als Teil eines Zusammenhangs von Widersprüchen, in dem das Positive aufgespiert, erhalten und entwickelt wird. Wir brauchen Utopien als produktive Kraft und Orientierungselemente von unten - nicht als fertige segensreiche Modelle übergestülpt von oben - und wir werden sie verteidigen müssen, um aus dem Versumpfen im bereits Vorhandenen herauszukommen. Die Organisationsweisen von Linken kann ich mir nur als pluralistische demokratische Netzwerke mit streitbaren Bestandteilen und als bewußtes Denken und Handeln in Zusammenhängen denken.

Organisationen, Parteien und Staat sind Instrumente der Selbstbestimmung und Befreiung und nicht deren Ziel und Selbstzweck. Sie sind Instrumente, die so wenig wie möglich und nur so viel wie nötig einzusetzen, die prinzipiell so weit als denkbar zum Individuum und überschaubaren Kollektiv herunterzuziehen und die vor allem veränderbar, ggf. auch ausrangierbar sind. In ihrer Politik muß die Linke den Wiedergewinn der Gegenwart und der Zeit zum Leben vorsehen als die wichtigste Voraussetzung, Zukunftsfähigkeit zu gewinnen und Zukunftssicherung möglich zu machen.

Eine perspektivische Chance für sozialistische Politik sehe ich sehr wohl. Wenn Sozialismus Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und Aufhebung aller Herrschaftsverhältnisse wollte und will, haben wir allen Grund, in diesem Sinne Leben und Gesellschaft zu verändern. Wo, wenn nicht aus den "entwickelten" kapitalistischen Gesellschaften heraus, besteht ein Bedarf an Aufhebung von Entfremdung durch Profitgesetze, Patriarchat, Naturausplünderung, Produktionswahn, Elitedünkel der "Ersten Welt", sei es in der Arbeit, zwischen den Geschlechtern und Rassen, in der Kultur, gegenüber der Natur, in den zwischenmenschlichen Beziehungen? "Sozialismus" könnte zukünftig gerade ausmachen, daß die verschiedenen Herrschaftsverhältnisse in ihrer Verflochtenheit und ihren globalen Zusammenhängen wie in ihrer jeweiligen Eigenständigkeit angegangen und abgebaut werden. Es geht um eine neue Vereinigung von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit oder Solidarität, um Selbstbestimmung für alle.

* Mechtild Jansen arbeitet als Publizistin in Köln

1 Vergl. dazu: M. J., Autonomie, Individuum und Kollektiv, in: Zeitschrift für "Sozialismus" 2/90

WEITERHIN LIEFERBAR AUS UNSEREM VERLAGS- PROGRAMM:

Josef Hindels MARXISMUS UND GEGENWART

2. Auflage 1985, 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück. Prof. Josef Hindels, einer der engagiertesten Vertreter der Weiterentwicklung austromarxistischer Vorstellungen in der Gegenwart, befaßt sich in dieser Broschüre aus der Sicht des unorthodoxen Marxismus mit jenen Fragen, die in der Gesellschaft von heute große ideologische Auseinandersetzungen auslösen: Die atomare Bedrohung und der Hunger in der Welt sowie das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie unter spätkapitalistischen Produktionsverhältnissen. Damit verbunden ist auch eine leicht verständliche Einführung in marxistische Denkweisen. Für die Schulungsarbeit erprobt und bestens geeignet!

FRAUENBILDER: Die weibliche Wirklichkeit ist anders

(Hrsg. von den JungsozialistInnen Berlin), 80 Seiten mit Fotos, Ergebnisse des Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM

KAPITALISTISCHE KRISE UND STRATEGIEN DER EUROLINKEN

Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa, hrsg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeuropäischen Linken, 160 Seiten, Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM

HERFORDER THESEN. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

2. überarbeitete Ausgabe 1981, hrsg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM. Die Herforder Thesen waren Anfang der achtziger Jahre die grundlegende Positionsbestimmung marxistischer Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anknüpfen.

LINKE SOZIALDEMOKRATEN & BUNDESREPUBLIKANISCHE LINKE. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen

Hrsg. v. Detlev Albers u.a., mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM.

"... alle diese kritischen Bemerkungen mindern in meinen Augen das außerordentliche Verdienst der Herforder Thesen nicht - und ich sage das ausdrücklich, obwohl ich in einer Reihe von ganz entscheidenden Punkten inhaltlich nicht mit ihnen übereinstimme -, weil nach langer, langer Zeit ... der Versuch gemacht wurde, ein umfassendes

Konzept sozialistischer Politik auf marxistischer Grundlage für Sozialisten in der SPD zu entwickeln." (Peter von Oertzen)

SOZIALISMUS DER ZUKUNFT. Grundlagen für das neue Programm der SPD

Hrsg. v. D. Albers, F. Heidenreich, H. Lienker u. Kurt Neumann, mit Beiträgen von Dieter Dehm, Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 Seiten, Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.

WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, Ökonomen und Politologen, Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament, skizzieren Ziele und Wege sozialdemokratischer Politik auf lange Frist. Grundelemente der SPD-Programmatik, die auf der Höhe der Probleme der Zeit steht und die antikapitalistische Perspektive nicht preisgibt.

PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS. 53 Thesen

Hrsg. v. Susi Möbbeck, Fieta Saß und Birgit Zoerner, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM. Marxistische Jusos in der SPD haben Bausteine für eine Analyse unserer Zeit und eine moderne sozialistische Strategie formuliert. Aus dem Inhalt: Welt im Umbruch; Ökonomische Regulierung; Veränderung von Arbeits- und Lebensweise; Entwicklung des politischen Systems; Reform und Revolution heute; Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur; Perspektiven des modernen Sozialismus.

spw-Hefte 1 bis 51 sind sämtlich noch lieferbar:

- Hefte 1-29 für AbonnentInnen zu je 5,- DM
- Hefte 30-50 für AbonnentInnen zu je 7,50 DM

Ich bestelle

- gegen Rechnung
 durch Vorkasse
 mit Verrechnungsscheck

- Expl. Josef Hindels, Marxismus und Gegenwart
 Expl. Frauenbilder
 Expl. Kapitalistische Krise
 Expl. Herforder Thesen
 Expl. Linke Sozialdemokraten & ...
 Expl. Sozialismus der Zukunft
 Expl. Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen

spw Heft Nr. _____

Name, Vorname _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ und Ort _____

Datum und Unterschrift _____

Geschichte wird gemacht, spw war dabei.

10 Jahre spw

spw-1 bis spw-38 zum Sonderpreis von 100,- DM (incl. Versand).

Ich bestelle "10 Jahre spw"

- Ich habe einen Verrechnungsscheck beigelegt
 Ich wünsche eine Rechnung

Name, Vorname _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ und Ort _____

Datum und Unterschrift _____

Volkszeitung

DIE LINKE WOCHENZEITUNG

Die linke Alternative zur Einheits-Presse

In Inhalt 1:1 und Preis

Kritisch • Link Wöchentlich

Jeden Freitag
an allen gutsortierten Verkaufsstellen
in Ost und West

Ich möchte die Volkszeitung kennenlernen und bestelle 6 Ausgaben für 10,- DM (gegen Vorkasse: Geldschein, Scheck, Briefmarken) als Probeabonnement. Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein regelmäßiges Abonnement um.

Name/Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim Volkszeitung Verlag GmbH, Postfach 360 520, 1000 Berlin 36, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Obenstehende Bedingungen habe ich zur Kenntnis genommen.

Datum/Unterschrift _____

Einsenden an: Volkszeitung Verlag GmbH, Postfach 360 520,
1000 Berlin 36. Tel.: 030 / 614 90 33

ABO

SPW Verlag-Redaktion GmbH
Kieler Str. 13
5000 Köln 80

(Tel. 0221/623271)

Ich abonniere SPW ab sofort/ab Heft **SPW** erscheint in sechs Heften mit einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Jahresabo: Inland DM 51,-; Ausland DM 54,- (incl. Versand). **SPW** kann jahrgangsweise auch rückwirkend abonniert werden.

- zum Normalpreis DM 51,-
 zum ermäßigten Preis DM 42,-
 zum Auslandspreis DM 54,-

Hiermit erteile ich dem SPW-Verlag gleichzeitig eine Einzugsermächtigung für die Abbuchung des Abo-Betrags von meinem Konto.

Ich wünsche eine Rechnung

Konto-Nummer _____ Bankleitzahl _____

Bankverbindung _____

Name (in Druckbuchstaben) _____ Geburtsdatum _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____

Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden (Poststempel). Erfolgt innerhalb dieser Frist kein Widerruf, ist ein wirksamer Vertrag zustande gekommen. Ich bestätige hiermit, über mein Widerrufsrecht entsprechend dem Abzahlungsgesetz (§ 1b, Abs. 1) in Kenntnis gesetzt worden zu sein.

Datum/Unterschrift _____

(Achtung! Zwei Unterschriften bitte, damit wir die Bestellung zügig bearbeiten können!)

Ich habe spw bereits abonniert und diese/n Abonnenten/in geworben. Dafür erhalte ich ein Expl. "Sozialismus der Zukunft"

Name (in Druckbuchstaben) _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____

Postvertriebsstück • Gebühr bezahlt • G 5361 F

spw abonnieren! AbonentInnen werben!

**Wer jetzt spw abonniert,
oder ein neues ABO wirbt,
erhält als Dankeschön
"Sozialismus der Zukunft",
herausgegeben von:
D. Albers, Frank Heidenreich,
Heinrich Lienker, Kurt Neumann**

- 185 Seiten
- Buchhandelspreis 17,50 DM

SPW

- das Magazin der sozialdemokratischen Linken,
- das Magazin für einen sozialistischen Dialog.

SPW wird herausgegeben von den Bundestagsabgeordneten **Katrin Fuchs** und **Jürgen Egert**, der Juso-Vorsitzenden **Susi Möbbeck**, den Mitgliedern der SPD-Programmkommission **Detlev Albers** und **Heinrich Lienker**, dem Gewerkschafter **Klaus-Peter Wolf** u.a.

SPW erscheint als Themenheft, mit aktuellen Kommentaren, Analysen und Berichten aus dem In- und Ausland.

6 Ausgaben im Jahr (Jahresumfang 360 Seiten) • Einzelheft 7,- DM • Jahresabo: 51,- DM (für Nichterwerbstätige: 42,- DM) incl. Versand (Ausland 54,- DM)